

Volksrecht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 5 mal und in durch die Haupt-Expedition: Kiensteck 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“: Neue Götterstraße Nr. 5 und Neue Götterstraße 11, durch die Zweigstellen: Algersstraße 11, Kiensteck 4/6, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,10 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3143
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schienen 70 H. Stellenangebote 12 H. auswärts 17 H. Anzeigen unter Tage 70 H. Familienanzeigen, Stellenangebote, Gelegenheits-, Verarmungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 H. Kleinere Anzeigen pro Wort 2 H. das erste Wort 4 H. Anzeigen für die 6. und 7. Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Kiensteck 4/6) oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Das albanische Abenteuer.

Der Völkerbund nicht erwünscht.

Der amtliche englische Funkdienst äußert sich am Montag abend dahin, daß es nicht ratsam wäre, zu den Vorgängen auf dem Balkan die Völkerbundsmaschinerie ohne zwingenden Grund in Bewegung zu setzen. In vielen Kreisen — so wird hinzugefügt — sei man der Auffassung, daß der Belgrader Vorschlag hinsichtlich einer internationalen Untersuchung zweckmäßig erscheint und die Militärattachés der verschiedenen Mächte an Ort und Stelle gemeinsam die Tatsachen nachprüfen sollten.

Die englische Arbeiterpartei warnt ihre Regierung.

London, 21. März. (Eigener Drahtbericht.) In einem Leitartikel setzt sich „Daily Herald“ am Dienstag mit der Lage auf dem Balkan auseinander. Das Blatt der englischen Arbeiterpartei sieht in dem Vorgehen Italiens lediglich einen Versuch, einen Vorwand zu schaffen, um den Frieden von Tirana in Aktion treten zu lassen, nämlich Albanien vor den Serben zu retten, das Land zu besetzen, zu kolonisieren und friedlich zu annektieren. Es sei klar, daß die ganze Aktion die katastrophalsten Folgen haben könne.

Das Blatt untersucht dann die Rolle der britischen Regierung und stellt fest, es könne kein Zweifel darüber herrschen, daß Italiens Haltung die Billigung und Zustimmung der britischen Regierung finde. Ganz Europa werde England als den diplomatischen Alliierten Italiens betrachten. Chamberlains „Entzügen“ mit Mussolini, dem gefährlichsten und ehrgeizigsten Außenminister Europas, stimmten schlecht überein mit den offiziellen britischen Erklärungen zugunsten einer Politik des europäischen Friedens. Locarno und Livorno (der Ort der Zusammenkunft Chamberlains und Mussolinis) seien unvereinbar. Man müsse sich fragen, was England von Mussolini als Dank für diese Unterstützung erwarte.

Briand rät zur Mäßigung.

Paris, 21. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Laufe des Montags sind, wie an hiesiger zuständiger Stelle erklärt wird, die diplomatischen Bemühungen zwischen den Großmächten zur Vermeidung des italienisch-jugoslawischen Konflikts fortgesetzt worden. Dem „Temps“ zufolge sind die Kabinette von Paris, London, Rom und Belgrad in ständigem Kontakt. Der jugoslawische Gesandte in Paris hat heute bei Briand vorgelesen und ihm die Versicherung der durchaus friedlichen Absicht seiner Regierung wiederholt. Auch der bulgarische Gesandte hat eine ähnliche Demarche bei Briand unternommen. Briand hat später auch den italienischen Botschafter in Paris empfangen und bei dieser Gelegenheit ebenfalls Ratshläge der Mäßigung erteilt. Andererseits ist der französische Gesandte in Belgrad durch Briand angewiesen worden, in Belgrad zur Mäßigung zu raten. Man scheint überzeugt, daß überlegte Handlungen nicht von jugoslawischer Seite kommen werden und hofft, daß auch Rom kaltes Blut bewahren wird.

Trotz dieser Bemühungen, den Frieden zu erhalten, wird die Lage nach wie vor als sehr ernst angesehen und man gibt vor allem der „Times“ Ausdruck, daß auch, wenn es diesmal noch gelingen sollte, den Konflikt beizulegen, die Konfliktsgefahr, die der italienisch-albanische Vertrag in sich birgt, nicht aus der Welt geschafft wird und bei irgend einer ähnlichen Gelegenheit wiederum neu ausbrechen könnte. Man hätte es hier sehr begrüßt, wenn England auch in Rom in dem gleichen Sinne vorstellig geworden wäre wie in Belgrad. In Versuchen von französischer Seite, das nachträglich zu erwirken, fehlt es jedoch nicht.

Ein Zwischenfall in der Stupschina-Sitzung.

Belgrad, 22. März. (Eigener Funkbericht.) Im Verlaufe der Besprechungen der von dem Außenminister zu den Vorgängen auf dem Balkan gehaltenen Rede rief der Abgeordnete der Opposition, Wilber, nach der Diplomatenloge des Parlaments gerichtet: „Der jugoslawische Gesandte in Rom mußte Italien schon längst verlassen. Der italienische Botschafter aber ist immer noch hier als Chef einer ganzen Spionagebande. Die ganze Welt weiß das.“ Der Präsident der Stupschina schloß den Abgeordneten Wilber zunächst aus dem Hause aus und verlagte dann die Sitzung, indem er gleichzeitig den Zwischenfall als unwürdig bezeichnete. In der neuen Sitzung erklärte der jugoslawische Außenminister: Die königliche Regierung bedauert, daß ein Abgeordneter sich soweit vergewagen konnte, in diesem Hause einen Vertreter einer fremden Macht zu beleidigen. Später machte

der Außenminister dem italienischen Botschafter einen Besuch und sprach ihm im Namen seiner Regierung nochmals deren Bedauern über den Vorfall aus. Der italienische Botschafter erwiderte den Besuch sofort. Man glaubt hier, daß der Vorfall damit als erledigt zu betrachten ist.

In weiteren Verlaufe der Debatte über die Außenpolitik wurde Italien von den verschiedensten Rednern scharf angegriffen. Die Angriffe richteten sich insbesondere auch gegen die Politik des ehemaligen Außenministers Nitti, der sich während seiner Amtszeit trotz aller Enttäuschungen immer wieder Italien zuwandte. Der frühere Außenminister Trumbitsch forderte im Verlauf der Diskussion unter anderem eine wesentlich freundlichere Haltung gegenüber Deutschland als bisher.

Der Balkan Konflikt im Reichstag.

Seute spricht Stresemann. Der Reichsaussenminister wird heute zu den wichtigsten aktuellen Problemen der Außenpolitik, insbesondere zu den Vorgängen auf dem Balkan und der Lage in China Stellung nehmen. Er wird unter anderem auch versuchen, seine Haltung in Genf vor dem Reichstag zu rechtfertigen. Im Anschluß an die Erklärungen Stresemanns wird der Abg. Dr. Breitscheid das Wort nehmen. Ihm dürfte für die Deutschnationalen Graf Westarp folgen.

Grundlinien für die Abrüstung.

Genf, 21. März. (Eigener Drahtbericht.) Die vorbereitende Abrüstungskommission wurde Montag nachmittag in Anwesenheit von zwölf Delegationen (die spanische ist ohne irgend welche Mitteilung nicht erschienen) von ihrem Präsidenten Loubo (Holland) mit einer Rede eröffnet, in welcher er den Arbeiten der technischen Unterausschüsse starke Anerkennung zollte und erklärte, daß die öffentliche Meinung der Welt nunmehr unbedingt erwarte, daß man zu politischen Ergebnissen gelange. Lord Robert Cecil (England) äußerte sich in gleichem Sinne und legte ein Diskussionsprojekt zu einer Abrüstungskonvention vor, des fünf Abschnitte und nur 14 Artikel enthält. In ihm werden die Grundzüge über die Abrüstung festgelegt, während die Festsetzung der Rüstungszahlen zu Lande, zur See und in der Luft für jedes Land Sache der eigentlichen Abrüstungskonferenz bleiben soll.

Das Projekt legt in einzelnen fest, daß jedes Land seine Land-, See- und Luftkräften in den Grenzen der vereinbarten Tabellen zu halten sich verpflichtet, deren Ueberschreitung nur in Ausnahmefällen des Krieges, der Kriegsbedrohung, sowie Resolution und auch dann nur mit Zustimmung des Völkerbundsrates zulässig sein soll. Ebenso hat jedes Land sein Militärbudget in den zu bestimmenden Grenzen zu halten und darüber eine jährliche Berechnung dem Völkerbund einzusenden. Im Abschnitt 2 ist die Herabziehung der Landrüstungen durch Beschränkung der Effektiveinheiten, vorgesehen, das heißt, derjenigen Truppen, welche innerhalb einer zu bestimmenden Frist ins Feld rücken können. Offiziere sollen nicht mehr als einer für fünfzehn Soldaten, Unteroffiziere je einer auf neun Soldaten gehalten werden. Abschnitt 3 umschreibt die Flottenbeschränkungen auf Grund der Zahl der zu haltenden Kriegsschiffe und des festzusetzenden Tonnengehaltes, sowie Zahl und Art des Kalibers der auf den Kriegsschiffen verwendeten Schiffsgeschütze. Jedes Land soll außerdem die in den Artikeln 13 bis 18 der Washingtoner See-Abrüstungskonvention vorgesehenen Bestimmungen als bindend annehmen. Nach Abschnitt 4 sollen die Militärflugzeuge, welche zum aktiven Dienst in der ersten Kampflinie bestimmt sind, beschränkt werden. In Abschnitt 5 wird die Dauer der Konvention auf zehn Jahre und die Dauer der Abrüstungstabellen auf fünf Jahre festgelegt. Die Konvention soll erst in Kraft treten, wenn sie von Deutschland, den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan ratifiziert worden ist.

Der französische Delegierte Paul Boncour kündigte für Dienstag die Vorlage eines französischen Gegenprojekts an. Die amerikanischen und japanischen Delegierten sprachen sich im allgemeinen für den Entwurfsentwurf aus, wogegen der italienische Delegierte verschiedene Vorbehalte machte.

Wahlerfolg der österreichischen Sozialdemokraten im Burgenland.

Wien, 21. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fanden im Burgenland Gemeindevahlen statt, denen ansehnlich der bevorstehenden Wahl des Nationalrats eine besondere Bedeutung zukommt, zumal das Burgenland seiner großen Mehrheit nach von Kleinbauern bewohnt wird. Trotzdem haben die Sozialdemokraten einen großen Erfolg zu verzeichnen. In den beiden größten Städten des Landes, der Landeshauptstadt Eisenstadt und in Sauerbrunn, wo bisher Bürgerliche und Sozialdemokraten gleich standen, haben die Sozialdemokraten die Mehrheit erobert. In den kleineren Städten und Dorfgemeinden haben sie ebenfalls überall an Stimmen gewonnen.

Wien, 22. März. (Eigener Funkbericht.) Die endgültigen Wahlergebnisse im Burgenlande stellen sich für die Sozialdemokraten auf 47 702 für die bürgerlichen Parteien auf 70 933 Stimmen. Die Sozialdemokraten stellen nach dem neuen Wahlergebnis in 64 Gemeinden den Bürgermeister, hat 45 bei den letzten Wahlen.

Warm!

Von Hermann Wendel.

Das Wort des Hauptmanns Deveroux in Schillers Wallenstein: Freund, jetzt ist's Zeit zu lärmeln! wird zum Gebot der Stunde. In der Tat, es heißt die Glocken läuten, die Sirenen schrillen, die Nebelhörner tuten, die Raketen steigen zu lassen, damit auch der Taubste und Blindeste abgeseucht wird. Europa befindet sich in politischer Erdbengefahr, und wieder droht sie wie in früheren Jahren von Südosten, nur daß als Friedensstörer Italien an Oesterreich-Ungarns Stelle, der Faschismus an die Stelle der Habsburgerie getreten ist. Bei der Unberechenbarkeit von Mussolinis Politik kann die Note, durch die er bei den verschiedenen Regierungen über die Angriffs vorbereitungen und Angriffsabsichten Südslawiens gegen Albanien Beschwerde führt, nicht ernst genug genommen werden: wenn sie droht, daß Italien bei einem solchen Vorgehen des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen nicht neutral bleiben könne, riecht das heftig nach Pulver.

Wäre die europäische Presse besser über die Dinge des Balkans unterrichtet als sie leider zu sein pflegt, so hätte sie sofort erkannt, daß es sich bei den Behauptungen Mussolinis um eine Retourkutsche handelt. Anfangs März nämlich schlug die Belgrader und Agrarer Presse Lärm, weil für das Frühjahr Bandeneinfälle auf südslawisches Gebiet geplant würden. Natürlich steckte die IMRO oder Innere Makedonische Revolutionäre Organisation dahinter, aber Ausgangspunkt sollte diesmal nicht das bulgarische, sondern das albanische Territorium sein und als Anstifter der Aktion wurde Mussolini genannt, der derart den unbequemsten Gegner seiner imperialistischen Balkanpolitik, Südslawien, festlegen wollte, um in Albanien die Hand für ein weiteres Spiel frei zu haben; von Besprechungen Protogerows, eines der einflussreichsten Führer der IMRO in Rom und auch über die Sammelpunkte der Banden machten die südslawischen Blätter so genaue Angaben, wie über ihre Ausstattung mit italienischen Waffen. Die Note der römischen Regierung dreht also einfach den Spiegel um, wenn sie jetzt die Südslawen beschuldigt, albanische Freischärlertruppen zum Anmarsch auf Tirana und zum Sturz Ahmed Zogus auszurufen.

Um zu erkennen, auf welcher Seite die Schuld liegt, genügt es, die alte Kriminalistenfrage aufzuwerfen: cui bono? Wer hätte den Vorteil von einem Aufstand in Albanien? Ganz gewiß nicht in Belgrad wie in Wien und anderen Städten albanische Emigranten, die der Diktatur Ahmed Zogus alles üble wünschen, und falls sie in der Vergangenheit die Möglichkeit gehabt hätten, den Tyrannen von Tirana zu stürzen, wäre ihnen nicht nur die wohlwollende Duldung der südslawischen Nachbarn sicher gewesen. Aber heute vermöchte nur der Bahnhöfliche die Entfesselung eines Aufstandes gegen Ahmed Zogus zu unterstützen, denn jede Schilderhebung gegen den Despoten führt herbei, was Südslawien um jeden Preis verhindern muß: die militärische Besetzung Albaniens durch Mussolini und die vollständige Verwandlung des Landes in eine italienische Kolonie. Wollends sind auch die Nachrichten des „Journal d'Italia“ über Kriegsvorbereitungen Südslawiens gegen Italien kindermächtig. Nicht nur ist das zahlenmäßige Mißverhältnis zwischen der Bevölkerung Südslawiens und Italiens — 12 : 40 Millionen! — allzu groß, als daß für Belgrad der Appell an die Waffen in Frage käme, sondern Mussolinis Politik ist es auch gelungen, durch sein Bündnis mit Rumänien, durch seine Beziehungen zu Ungarn, durch seinen Einfluß auf Bulgarien einen Ring um Südslawien zu schmieden, den es nur schwer zu durchbrechen vermag.

Auf der anderen Seite heimste die imperialistische Politik Italiens von einem Aufstand in Albanien alle Früchte ein, weil er ihr den Anlaß zu Truppenlandung und Besitzergreifung in einer Form lieferte, die selbst ein Einschreiten des Völkerbundes erschwerete, denn durch den Vertrag vom November 1926 ermächtigt die Regierung von Tirana im Falle innerer Unruhen Italien zu einem solchen Vorgehen. Die Erinnerung an die Lorinikel vom Söslage des Obersten Garibaldi, mit denen der Faschismus unlängst in Frankreich gearbeitet hat, legt darum die Vermutung nahe, daß solche schmutzigen Finger im Spiele sind, wenn wirklich über kurz oder lang ein Feuerchen in Albanien aufstammt. Auch ist es Italien, das nicht erst seit gestern krankhafte militärische Rüstungen betreibt, und das ständige Verjagen des Faschismus angeht, der Wirtschaftskrisis mit ihren Konkurrenz und ihrer haben

Mitton Arbeitlosler gibt den psychologischen Grund, warum Mussolini gerade jetzt der Ableitung nach außen bedarf und vielleicht sogar nach kriegerischen Vorhaben trachtet.

Durch die Rückendebung, die England ganz offensichtlich dem Mussolinismus gewährt, wird die Lage nicht vereinfacht; indem die „Times“ sofort, ohne die Beschuldigungen der italienischen Note auch nur zu prüfen, den bösen Südslawen wie Friedensbrechern ins Gewissen zu reden begann, wurde die römische Auftrumpfpolitik ermutigt. England ist mit Italien eben nicht nur durch ein gemeinsames Ausbeutungsinteresse geeint, da beide in Albanien große Retroschutzkonzessionen besitzen, sondern mehr noch teilen die Londoner Herren der Welt — ganz wie einst im Mail — den Balkan der italienischen „Interessensphäre“ zu, weil Mussolini ihr bewährter Landknecht gegen die russischen Sowjets ist. Hinwiederum liegt England jetzt nichts an einem Krieg im Südosten Europas, der leicht andere Teile des Kontinents ergreifen könnte, und darum bleibt die Hoffnung, daß der Brand im Entstehen ausgeht. Der Appell der jugoslawischen Regierung an den Völkerbund weist einen gangbaren Weg.

Aber wenn auch die Kanonen nicht ihren Mund aufstun, ist es doch Pflicht aller Friedensfreunde, das Warnsignal zu geben. Durch die imperialistische Politik Italiens auf dem Balkan wird die Kriegsgefahr in Permanenz erklärt; dank Mussolini ist Albanien eine Pandorabüchse voller Unheilsdrohungen für Europa, und das Weiter, das sich morgen vielleicht verzieht, kann sich übermorgen aufs neue zusammenballen. In Italien ist der Sozialismus gefnebelt und ohnmächtig, und auch in Südslawien fühlt sich die Sozialdemokratie zu schwach, um die Belgrader Regierung auf den einzig richtigen Weg zu drängen: nicht antehend an eine andere Großmacht wie Frankreich, sondern Zusammenschluß der kleinen Balkanstaaten! So wird, wie der südslawische Sozialistenführer Topalowitsch dieser Tage dartat, „die Verteidigung Südslawiens zur Sache der Weltdemokratie, zur Sache des Kampfes gegen den wilden Faschismus und den kolonialen Imperialismus“, und ebenfalls vor kurzem hat in Paris das Exekutivkomitee der 2. Internationale den Arbeitern und Sozialisten aller Länder die Pflicht zugewiesen, „sämtliche Kräfte gegen den italienischen Faschismus und seine Vasallen, die Reaktion in Ungarn, Rumänien und Bulgarien zu konzentrieren“.

Shanghai gefallen.

Die Niederlage der Nordarmee vollständig.

London, 21. März. (Eigener Drahtbericht.) Shanghai ist seit Montag in den Händen der Kantonomie. Die Belagerung der Eingeborenenstadt begann nicht mit der regulären Vorhut, sondern mit der Belagerung wichtiger Punkte wie Post, Polizeistationen usw. durch Angehörige der Kuomintang-Armee, die in Zivil verkleidet in die Stadt eingedrungen waren. Dieser organisierten Zivillruppe der Kantonomie folgte dann die reguläre militärische Vorhut in den frühen Stunden des Vormittags. Die Eingeborenenstadt steht völlig unter der Kontrolle von Kuomintang. Dort, wo Anhänger der Nordarmee Widerstand zu leisten versuchten, kam es zu ersten Zwischenfällen. So wurde eine Polizeistation, die Widerstand leistete, von den Kantonesen in Brand gesetzt, so daß alle Inassen den Tod in den Flammen fanden. Der erste Zusammenstoß mit den ausländischen Truppen erfolgte, als eine Abteilung indischer Infanterie auf Motormagen außerhalb der internationalen Niederlassung in die Verteidigungsstellung gebracht wurde. Die Abteilung wurde beschossen, ein indischer Soldat getötet und zwei verwundet. Das Feuer war allerdings von nicht regulären Kantontuppen abgegeben worden. Ein ersterer Zwischenfall ereignete sich außerdem gegen Abend des Montag, als Anhänger der geschlagenen Nordarmee in die internationale Niederlassung eindringen und zu plündern begannen. Zwei britische Leuts wurden hier in einen Kampf verwickelt, wobei ein Offizier und zwei Soldaten verwundet wurden. Auch an der Grenze der französischen Konzession entwickelte sich ein Feuergefecht, ohne daß es jedoch zu Verlusten gekommen zu sein scheint.

Der Sieg der Kantonomie wird in Shanghai mit dem Generalstreich gefeiert, der zu einem völligen Stillstand des Geschäftsverkehrs und aller Transportmittel geführt hat.

Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. S. Cole und Margaret Cole.

Ausgezeichnete Uebersetzung von Mathilde Wertheimer.

Sie benahmen sich wie drei gute Komaraden. Als sie Montag früh nach London zurückkehrten, klang Nora als Erstes vor, sie in ihrem Motorboot quer über den Kanal zu fahren, aber Pasquett riet ihr ab. „Ich mache das öfter, müssen Sie wissen, Mr. Barton“, erklärte sie. Arthur war der Blick nicht ganz verständlich, der zwischen ihr und Pasquett, als sie dies sagte, gewechselt wurde. Er schien sie zu warnen, weiter zu sprechen. Als Arthur sein Schwanen darüber sprach, daß sie es wage, das Meer in einem offenen Boot zu betreten, wechselte sie plötzlich den Gegenstand. Der Vorschlag, sie hinüber nach England zu führen, wurde nicht mehr berührt. Aber es blieb in Arturs Gedächtnis haften.

Alfred Culpepper selbst hielt sich während dieser Monate viel in London auf, seine Frau und Tochter jedoch zogen vor, in Frankreich zu bleiben, zeitweilig in ihrer Pariser Wohnung, aber größtenteils in Paris. Culpepper erzählte Arthur, er hätte sie gedrängt, nach London zu kommen und hier mit ihm zu leben, aber Nora weigerte sich durchaus und Mrs. Culpepper tat heils das, was ihre Tochter wünschte. Daher verbrachte Culpepper einen Großteil seiner Zeit bei seiner Schwester in England, während er seine Pariser Firma weiterführte. Diese war nur ein kleines Unternehmen, aber er hatte die Hoffnung, es in Zusammenhang mit der neuen Gesellschaft — der Anglo-Denisei — auszubauen, welche so gestaltet werden konnte, daß ein Teil des neuen Handels über Paris geleitet würde. Und Pasquett benutzte zwischen Frankreich und London hin und her, zwischen seinen beiden Geliebten, Nora und der Konzession. Arthur behauptete Nora Culpepper noch öfters in Paris, aber auch in ihrer Pariser Wohnung, und berichte sie genau kennen. Je besser er sie kannte, desto lieber gewann er sie, aber er verlor niemals aus der Empfindung, daß der Grund ihres Wehens zugleich schmerzhaft wie geheimnisvoll sei. Pasquett lobte, wenn sie Freund sie geheimnisvoll nannte. „Da müßt damit nur lassen“, erklärte er, „daß es überaus leicht auf der Welt nicht weinest gibt.“ Gerade deshalb müßte ich sie betonen.

Arturs Freundschaft mit John Pasquett gestaltete sich mittlerweile trüger und tiefer. Er fand bei seinem neuen Freund Erregung für seine eigenen Träume und Sehnsüchte.

Schieles Zuckerzoll.



„Unsere Politik ist geradlinig: das Volk soll kein Zuckerlecken haben!“

Der Gemeinderat der internationalen Niederlassung verlindele am Montag den Ausnahmezustand über das ganze Fremdengebiet. In einem Aufruf werden die Bewohner aufgefordert, alle Zusammenkünfte und Versammlungen zu meiden. Es wird geraten, sich nach Eintritt der Dunkelheit innerhalb der Häuser aufzuhalten. In dem Aufruf wird ferner die Bereitwilligkeit ausgedrückt, mit den neuen chinesischen Behörden zusammenzuarbeiten zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutze von Leben und Eigentum.

Der Aufruf verkündet zum Schluß die Entschlossenheit der europäischen Behörden, alle Formen von Gewalttätigkeiten innerhalb der internationalen Konzessionen zu unterdrücken und hierbei unter Umständen alle verfügbaren Mittel anzuwenden.

Der Feme mordprozess Wilms

nimmt immer größere Ausdehnung an, da die Verteidigung stets weitere Beweisanträge stellt. Am Montag entschied sich das Gericht vor der öffentlichen Verhandlung in geheimer Sitzung dahin, zunächst den Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weich zu hören und die Leutnants a. D. Knüppel, Janke und Henn als Zeugen laden zu lassen. Die Ladung des irgendwo in Südafrika stehenden Hauptmanns Guitknecht wurde abgelehnt und als wahr unterstellt, daß seine Stimme der des angeklagten Oberleutnants Schulz ähnlich ist. Die Befehlshaffung über die Ladung der früheren preussischen Minister Am Jeshoff und Severing behält sich das Gericht bis nach der Vernehmung des Dr. Weich vor.

In öffentlicher Sitzung wurden dann die beiden im Feme mordprozess Wilms zum Tode verurteilten Bann und Stein vernommen. Zuerst wurde noch einmal der Fall Bann erörtert. Bann gibt zu, dem Feldwebel Schirman damals den Auftrag gegeben zu haben, den geflüchteten Panzier von der Polizei abzuholen. Nachher er aus einer Barade geflohen war, habe er ihn persönlich von der Polizei, die ihn wieder verhaftet hatte, abgeholt. Auf Veranlassung v. Sebens sei er dann entlassen worden, „zur Begleitung“ habe er ihm aber wieder Schirman mitgegeben. Erst später habe er erfahren, daß Panzier von Schirman, Haan und Widentkamp im Walde erschlagen worden sei. In bezug auf den Fall Wilms erklärt Bann, Büchling habe ihm später erzählt: „Wir haben den Wilms erschlagen.“ Seinen Rat, sich an Schulz um Hilfe zu wenden, habe Büchling aus Angst abgelehnt, dieser könne ihn hochgehen lassen. Stein bezogen kundet, daß Bann ihm gesagt habe, Schulz habe die Sache mit Wilms so sein eingestanden, daß nur die nächstbestehenden Leute davon wüßten. Er erzählt auch, wie Oberleutnant Schulz am Gründonnerstag nach Döberitz gekommen sei und mit Guitknecht gesprochen habe. Daraufhin sei der Wachmeister Legner „gehängt“ und am selben Abend sei auch der Feldwebel Wob erwidert worden. Bann habe auch vor den Leuten sich dahin geäußert, daß Verräter an die Wand kommen würden. Bann gibt das zu, während er alle anderen Angaben des Stein bestreitet. Bann habe auch Stein, als er sich weigerte, die Ermordung des Panzier zu leiten, damit zu beschwichtigen gesagt, daß er

ihm erklärte: „Der Verräter kommt bestimmt. Sie brauchen keine Angst zu haben. Außerdem ist Schulz ein so getreuer Mann, daß er die ganze Staatsanwaltschaft um ihn herum hat.“ Weiter erklärt Stein, daß Bann unbedingt von ihm die Beilegung des Panzier verlangt habe, sonst komme er selbst dran. Auch Büchling habe ihn, „Stein, zur Tat ermuntert und überhaupt, von Schulz strengsten Befehl dazu zu haben. Zugabe sei, daß wenn die Ermordung des Panzier nicht auf eigene Kasse nehmen, sondern sich erst höheren Orts die Genehmigung holen wollte. Die Offiziere des Kommandos seien zur Division gefahren, und nach der Rückkehr habe Bann erklärt, mit der Beweise sei alles reiflos geklärt, Verräter müßten glatt erledigt werden. In der entscheidenden Sitzung der Offiziere hätten unter anderen Schulz und Guitknecht vernommen. Freiherr von Sebens habe übrigens erklärt, er würde nie von einem Mord Anzeige machen, zumal die Reichsregierung im Gegenjase zu preussischen Reichsregierung mit dem Feme mordverfahren einverstanden sei.“

Im Verlauf der weiteren Auseinandersetzungen erklärte Stein unter anderem, daß Schulz eines Tages mit einem Schlafrüst, acht Mann, mit Pistolen und Handgranaten ausgerüstet, nach Kottbus gefahren sei, um dort die Kommandanten zu provozieren. Auf die Frage eines Rechtsanwaltes, warum Stein den Mordbefehl Banns nicht der Polizei gemeldet habe, erwidert der Zeuge sehr erregt: „Das hätte man mir doch nicht geglaubt, und wenn ich aus der Polizeiwache herausgekommen wäre, wäre ich wohl nie lebend ins Lager zurückgekommen.“ Diese Auffassung unterstreicht der Vorsitzende mit dem Hinweis, daß die Polizei den Panzier ja auch auf die Ausgabe hin, er sei flüchtiger Reichswehrsoldat, herausgegeben habe. Stein hätte also mit Recht ein gleiches Schicksal für sich vermuten können.

Anschließend ergänzte der Zeuge Schmidt-Halsbach seine Aussage, indem er die Beschreibung in der Itabelle in der Spanbau schilderte. Da die Itabelle schon einige Tage durch Kriminal- und Schutzpolizei vollständig abgehört war, sei Büchling in Zivil erschienen. Reichswehrhauptmann Reiner habe ihm, dem Zeugen, den Befehl gegeben, Büchling bei der Flucht behilflich zu sein, damit er nicht verhaftet wird. Hauptmann Reiner will sich daran nicht mehr erinnern. Büchling sei es dann ein bis zwei Tage später gelungen, zu flüchten, als Kriminalbeamte ihn festnehmen wollten.

Polizeivizepräsident Dr. Weich, damals Leiter der Berliner Politischen Polizei, stellte bei seiner Vernehmung fest, daß er einmal in der Itabelle in Spanbau war, aber nicht im Oktober 1923. Das Bestehen der „Arbeitskommandos“ bei der Politischen Polizei seit dem Sommer 1922 bekannt gewesen und aus innenpolitischen Gründen seien sie deshalb beobachtet worden. Bei der Auflösung des Spanbauer Arbeitskommandos verhandelte Dr. Weich mit Oberst v. Bod, dem Chef des Generalstabes beim Wehrkreis III. Man habe sich dahin geeinigt, die Leute aufs Land abzuschieben, wo die Auflösung in etwa drei Monaten durchgeführt werden sollte. Oberst v. Bod muß als Zeuge die Angaben von Dr. Weich bestätigen, vor allem, daß er nicht mit ihm am 2. Oktober 1923 auf der Itabelle gewesen sei. Ganz ausgeschlossen sei, daß eine Amnestie ausgesprochen wurde.

Weitere Streichungen am Kanalprogramm.

Das Reichskabinett befahte sich am Montag abend unter anderem mit der Balancierung des Etats. Die hierüber vorliegenden Redungen besagen, daß auch jetzt ein erzwungener Beschluß noch nicht gefaßt wurde. Man plant zunächst, das im Etat vorgesehene Kanalprogramm noch einmal einer genaueren Revision zu unterziehen und möglichst starke Streichungen vorzunehmen. Der Ausgleich soll also auf Kosten der Sozialpolitik erfolgen.

Lauf „Täglicher Rundschau“ sollen die am Montag geführten interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien über den Ausgleich des Voranschlags zu einer gewissen Verständigung geführt haben, von der heute noch dem Steuerausschuß des Reichstages Mitteilung gemacht werden soll. Danach hat man sich entschlossen, im Etat eine Reihe von Abschnitten vorzunehmen. Ferner sollen in den Etat nur eingesetzt werden die Ausgaben für eine Verbesserung der Rentenversicherung und für eine Erhöhung der Invalidenrente. Es handelt sich selbstverständlich auch hierüber, wie es sich für den Bürgerblick geizt, um gänzlich ungenügende Mittel. Alle anderen dringlichen Ausgaben, das heißt die Erhöhung der Beamtenbezahlung, die Verbesserung der Kriegsbekämpfungsbezüge und die Berücksichtigung der Liquidationsgeschädigten sollen im dem Rahmen des Voranschlags nicht behandelt werden, das heißt mit anderen Worten, sie werden zunächst auf die lange Bank geschoben. Die „Tägliche Rundschau“ erklärt hierzu zwar, daß die Regierung eine entscheidende Erklärung in dem Sinne abgeben werde, daß sie die jetzt fortfallenden Ausgaben in der Gestalt eines Nachtragsetats für 1927 anfordern werde, und zwar selbst auf die Gefahr hin, daß eine sofortige Deckung dafür nicht vorhanden sein sollte. Aber was hat die Bürgerblockregierung nicht schon alles erklärt — und was hat sie gehalten?

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwabens findet am 16., 17. und 18. April in Ulm statt. Dargestellt 245, hat.

die ihm selbst niemals deutlich geworden waren. In Oxford hatte er sich gegen den Geist der Langeweile und unbedingten Sicherheit, den ihm das Universitätsleben einflößte, gepanngt. Er hatte Oxford verlassen und war in die Anglo-Haiti eingetreten, in der Sehnsucht, nach irgendetwas, das er nicht ertragen konnte, aber auf alle Fälle in der Sehnsucht nach Abenteuern in irgendeiner Form. Der moderne Kaufmann, redete er sich ein, hätte etwas vom Piraten und Räuber an sich, in diesem Berufe hoffte er, seine freibewerbensten Instinkte befriedigen zu können. Aber schon wenige Monate hatten ihn davon überzeugt, daß die Geschäftswelt ebenso dumpf wie die akademische sei und daß man dabei keine Romane erleben konnte, nicht einmal in den verknöpften Finanzgeschäften der Gesellschaft seines Ordels.

Arthur benutzte Pasquett um seine Fähigkeit, Alltäglichem Geheimnis abzugewinnen zu können. Wenn dieser über seine Zeiten in England erzählte, so wurde ein abenteuerlicher Geist in jeder Gehörte lebendig. Über selbst dann, wenn er über alltägliche Geschäfte sprach, schien Pasquett ihnen eine romantische Note zu entlocken. Er war, und mußte das selbst ein geborener Abenteuerer, ein Mann, der niemals lebhaft wurde, selbst Radletts Millionen. Kommen ihn nicht zum tragen Kapitalisten werden lassen, der sich damit zufrieden gab, das zu sitzen und hochfinanz zu spielen, während seine Untergebenen die tatsächliche Arbeit leisteten und die Produktion entzeten. Pasquett brante darauf, nach Sibirien zurückzukommen und selbst die Führung bei der Ausbeutung der Konzession zu übernehmen. Sicherlich wird er das Unternehmen mit außerordentlichem Geschäftssinn leiten. Dessen war Arthur gewiß. Aber er würde zugleich die unermesslichen Hindernisse und Schwierigkeiten genießen, und vor allem die ganze Sache mit Glanz zum Erfolg führen.

Gerade weil Arthur in Pasquett Eigenschaften entdeckte, die in ihm selbst bisher verborgen geblieben waren, wünschte er, sich seiner Führung zu unterwerfen und seine Freundschaft zu gewinnen. Gewissen trugen sie ihre Reizevorbereitungen für Sibirien, wie zwei Freunde, die eine Bergnigungsfahrt vorbereiteten. Sandy Alton, erster Minerschäferhändler der Anglo-Haiti, welcher mit ihnen fahren sollte, empfand daran immer wieder seinen trostlosen Humor. Der Letzte, unterlegte Schotte in wärscher Jahren erinnerte sie in keinem Glasgower Aktent und seiner original-humorvollen Art sehr fasziniert daran, daß es kein Risiko, sondern eine große Geschäftsexpedition sei. „Sie dürfen“, pflegte er zu sagen, „mir nicht ganz auf die Witwen und Waisen verpassen, welche ihren letzten Cent in diese Konzession eingezahlt haben.“ Auch Alton führten sie zu

keine Kinder auf, denen man verantwortungsvolle Geschäfte nicht überlassen dürfte.

Sie mußten jedoch beide, daß Alton ebenso heiß wie sie die Expedition ersehnte. Er hatte keine Laufbahn als Bergmann in den australischen Goldfeldern begonnen und sein Vorleben litt nicht Mangel an Abenteuern. Einmal, nachdem sein Frau-trauen gewachsen, erklärte er ihnen, daß er zu Hause jahrelang gefaselt und noch einer etwas aufregenderen Tätigkeit sozialer geduldet habe. Aber für gewöhnlich behielt er seine rauhe, kritische Stellungnahme und verriet sich nur durch ein Zimtern und einen gelegentlichen witzigen Einwurf. „Habe ich nicht etwa Lord Colling versprochen, auch zu bemuttern“, pflegte er zu sagen, „und auch vor Anflug zu bewahren? Ich werde die Hände schon voll zu tun haben, nicht wahr? Ja, ja, das werde ich schon.“

Schlüssig war alles zur Absicht bereit. Ein Schiff wurde mit reichlichen Vorräten und den für den Anfang der Inbetriebsetzung erforderlichen Maschinen ausgerüstet. Sobald die Jahreszeit eine eistreiche Durchfahrt erlaubte, legten die drei Männer mit einem Stabe erfahrener Mitarbeiter vom Aberdeen über den Kara-See nach dem Jenisseifluß. Sie hatten den Seeweg gewählt, um die Verwidelungen einer Ueberlandreise quer durch Europa infolge ihrer schweren Ausrüstung zu vermeiden. Lord Colling und Culpepper verabschiedeten sich von ihnen in Aberdeen.

Zweiwundzwanzigstes Kapitel.

In welchem ein ahnungsloser Russe einen Geist herausbeschwor.
Die Reise verlief ereignislos. Nach einigen Verzögerungen umschiffte der „Arbitr“, auf dem sich Pasquett und seine Gefährten befanden, glücklich das Nordkap und passierte sowohl die Kara-See als auch die gefährliche See jenseits davon, ohne auf Eisberge zu stoßen oder sonst ein Mißgeschick zu erleiden. Der laue Frühling hatte die Durchfahrt früher als in anderen Jahren vom Eise befreit. Der „Arbitr“ ging in der Mündung des Jenisseiflusses lange, ehe er hätte eintreffen sollen, war Anker und mußte mehrere Tage auf die Ankunft des Frischdampfers jener Boote, auf die sie ihre Ladung verfrachten sollten, warten. Eine Reize zu Schiff, mit wenigen Passagieren an Bord, eine strenge Prüfungszeit für menschliche Freundschaft. Aber drei Leiter der Expedition vertrugen sich gut miteinander, keiner fühlte sich in der Gesellschaft des anderen gelangweilt. Jeder der drei hatte ein glückliches Naturell und sie mußten sich eine Menge zu erzählen. Die Freundschaft zwischen Arthur und John Pasquett verwandelte sich in innige Zuneigung. (Fortsetzung folgt.)

Reudell am deutschnationalen Gängelband.

Wilhelms Rückkehr im Reichstag entschieden abgewinkt.

Die Sitzung wird um 1 Uhr vom Vizepräsidenten Meißner eröffnet. Das Haus legt die Beratung des Haushalts des Innern fort.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.):

Meine Freunde haben in den letzten Jahren die Suche der Landesvertragsparagrafen hier oft zur Sprache gebracht. Der Landesvertragsparagraf wird immer weiter ausgedehnt. Ein Herz dieser Suche liegt im Reichskommissariat für öffentliche Ordnung, dessen Gutachten die Anregung für manchen Landesvertragsparagrafen abgeben. Nach solchem Gutachten soll manches geheim sein, was die Spaken von den Dächern pfeifen. So hat in letzter Zeit in einem Projekt gegen den dänischen Staatsangehörigen Laurson das Reichskommissariat ein Schriftstück für geheim erklärt, das niemandem etwas Neues sagt. Nach diesem Bericht soll ein Land, das nicht Deutschland ist, gegenüber der Regierung eines anderen Landes, das auch nicht Deutschland ist, einen Nachrichtendienst aufgezogen haben zur Beschaffung von Nachrichten über dieses andere Land. Das ist alles. (Hört hört! links.)

Was soll an einem solchen Schriftstück geheim sein? Nach Ansicht des Reichskommissariats lediglich die Tatsache, daß Deutschland über die Spionage eines anderen Landes gegen ein drittes Land Nachrichten sammelt. Als ob es jemand gäbe, der das nicht ganz genau wüßte. (Sehr wahr! links.) Jeder Staat hat heute einen Nachrichtendienst gegen jeden anderen Staat. Das weiß jedermann. Man braucht nur des Reichsgesetzblatt aufzuschlagen, um die geheimen Nachrichtensätze festzustellen, die doch zu solchen Zwecken bestimmt sind. Man braucht auch nur an die Militärattache's zu denken, die jeder Staat in jedem anderen Lande gegen jeden anderen Staat unterhält. (Sehr wahr! links.) Es ist deshalb eine Angelegenheit, bei solchem Tatbestand einen Landesvertragsparagrafen zu machen. Graf Metternich berichtete einst dem Reichskanzler Bismarck, daß Balfour zu ihm gelangt habe, es sei ja bekannt, daß die großen Staaten militärische Informationen einzuholen suchen, wo und wie sie können. Metternich sagt also, daß alle Länder gegen alle Länder Spionage treiben. (Sehr wahr! links.) Voltaire berichtet in seinen Memoiren sogar, daß die russische Regierung die chiffrierten Depeschen des französischen Gesandten in Rußland habe entziffern lassen. Also selbst unter Verbündeten wird spioniert! (Hört! hört! links.) Wilhelm II. schrieb als Prinz 1885 an den Zaren: Ich bin sehr eng befreundet mit dem englischen Militärattache, der mir viele Dinge erzählt hat, die den anderen unbekannt sind. Wilhelm II. bemühte sich sogar, Mitteilungen über eine Mobilisierung in England zu erlangen, um sie an den Zaren zu verraten. Das war das Verfahren eines Fürsten und niemand nahm Anstoß. Wenn das die allgemeinen Gepflogenheiten zwischen den Staaten sind, wie kann dann das Reichskommissariat für öffentliche Ordnung solche ein Gutachten erlassen? Was sagt das auswärtige Amt dazu? Ist ein solches Gutachten etwa nur dadurch zu erklären, daß es sich in dem Projekt um einen Kommunisten handelt? Was sagt Herr v. Reudell zu dem Gutachten? Doch kann er verhindern, daß auf Grund eines solchen Gutachtens eine Verurteilung, womöglich zu Zuchthaus, erfolgt.

Herr Minister! Bisher haben Sie nur geredet, ohne etwas zu sagen. Jetzt brauchen Sie nicht lange zu reden, sprechen Sie aber wenigstens klar aus, daß Sie hinter jenem Gutachten nicht stehen. Wir aber, meine Damen und Herren, werden an der Kritik am Reichskommissariat, in der Kritik an der Landesvertragsparagrafen nicht nachlassen, bis es uns gelungen ist, eine andere Rechtsprechung herbeizuführen und zunächst einmal das Reichskommissariat, diesen Seuchenherd für Landesvertragsparagrafen, zu beseitigen. Bei diesem Etat lehnen wir es ab, dem Reichskommissariat für öffentliche Ordnung auch nur einen Groschen zu bewilligen. (Lebh. Beifall v. d. Soz.)

Abg. Mittelmann (D. Wp.) kann sich kaum vorstellen, daß der von dem Vorredner angeführte Fall wirklich so liegt, denn das Reichskommissariat habe sich bisher immer als objektive Behörde bewährt. — Abg. Wegmann (Ztr.) stellt fest, daß auch durch die Bewilligung von 190 Millionen für die Landespolizei das verfassungsmäßige Recht, daß die Länder über ihre Polizei selbst bestimmen, nicht verletzt werden dürfe. — Abg. Lemmer (Dem.) bedauert, daß die praktische Einwirkungsmöglichkeit des Reichs auf die Landespolizei so gering sei. Der Staat sei verpflichtet, seine Organe so zu erziehen, daß sie jederzeit zu einem Schutz bereit sind. Dem früheren preussischen Innenminister Everding und seinem Helfer Wegmann müsse man dafür danken, daß sie die preussische Polizei zu einer wirklichen Volkspolizei gemacht hätten.

Reichsminister des Innern v. Reudell

erklärt in der Beantwortung einer deutschnationalen Interpellation, daß in Baden eine Reichsbannerübung stattgefunden hat, die militärischen Charakter angenommen habe. Bei Wiederholung solle dagegen eingeschritten werden. Mit den Ländern seien Richtlinien vereinbart worden, wonach innerhalb der Schutzpolizei keine politischen Vereinigungen gebildet werden sollen. Ueber die Beschlagnahme wissenschaftlicher Werke in Stuttgart sei dem Minister antwortlich nichts bekannt. (Zuruf links: Lesen Sie keine Zeitung!) Das Reichskommissariat für öffentliche Ordnung habe mit den Ländern gut zusammen gearbeitet. Die technische Vervollständigung der Kriminalpolizei werde vom Reich gefördert werden, ohne daß damit ein Eingreifen in die Rechte der Länder erfolgen soll. Für die technische Nothilfe seien neue Richtlinien in Vorbereitung. Man dürfe die Hoffnung haben, daß sie in Zukunft nur noch bei Naturereignissen verwendet werden würde. Dem Idealismus der jungen Leute, die bei der Technischen Nothilfe gearbeitet haben, müsse man danken. (Zuruf links: Für ihre Streikbrecherdienste!) Zu dem vom Abg. Rosenfeld vorgebrachten Fall könne er sich nicht äußern, da er sonst in ein schwerendes Verfahren eingreifen würde. (Gelächter links.)

Abg. Wenzel-Franken (Komm.) führt Beschwerde über das Vorgehen der badischen Polizei, das verfassungsmäßig und gesetzwidrig sei. Sie greife nicht nur in das Organisationsleben der Kommunistischen Partei ein, sondern verleihe vielfach das Immunitätsrecht der Abgeordneten.

Abg. Schmidt-Cöpenitz (Soz.)

erklärt, daß die Sozialdemokratische Partei jede Stärkung der politischen Zentralgewalt unterstützen werde. Der Kampf der badischen Polizei gegen die Kommunisten diene nur dazu, die Gewerkschaften in ihrem Bestreben zu verhindern und ihre Tätigkeit zu erschweren. Die badische Regierung muß endlich die Beachtung der Verfassung durch die Polizei sorgen. Die Bemerkungen des Abgeordneten Wegmann über die etwaige Rückkehr Wilhelms II. nach Deutschland waren sehr eigenartig. Er habe die Hoffnung ausgesprochen, daß seine Freunde ihn veranlassen würden, von der Rückkehr Abstand zu nehmen. Das scheint doch so zu klingen, als ob das Zentrum der Regierung eine Besserung versprochen. Uns Sozialdemokraten hat Wilhelm einmal gesagt, daß wir den Staub von unseren Pantoffeln schütteln und Deutschland verlassen sollen. Die Arbeiter sind in Deutschland geblieben, Wilhelm aber ist ausgetrieben. Wenn Herr Wegmann glaubt, daß Wilhelm den guten Rathschlägen zugänglich sei, so ersieht man das aus einem untauglichen Objekt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Sozialdemokratie verlangt, daß die Verordnung aus dem Jahre 1920 über die lebenswichtigen Betriebe endlich aufgehoben und der gesamte Etatmittel für die Technische Nothilfe getrennt wird, weil diese Einrichtung nicht mehr notwendig ist. Wir bedauern es lebhaft, daß im Urtheil unsere Entschädigung abgelehnt worden ist, wonach der Reichstag über die Tätigkeit

der Technischen Nothilfe und über die Verwendung der Mittel unterrichtet werden soll. Wir hoffen, daß die Entschädigung sehr angenommen wird. Wenn ein solcher Bericht erlautet wird, dann dürfte sich bald herausstellen, daß die Technische Nothilfe nichts mehr zu tun hat. Der Minister hat heute eine Erneuerung der Richtlinien für die Technische Nothilfe in Aussicht gestellt. Wir befürchten allerdings, daß dadurch die bisherigen Mängelheiten nicht beseitigt werden, da die unteren Organe häufig anders handeln, als es die Zentrale will. Vor dem Kriege ist es ohne eine solche Einrichtung gegangen, allerdings wurden damals Organisationen der Arbeiter bei den Eisenbahnen, bei den öffentlichen Betrieben und in der Landwirtschaft gegen Gesetz und Verfassung nicht gebildet. Wir brauchen auch keinen besonderen Schutz bei Hochwasser und ähnlichen Katastrophen. Der Breslauer Gewerkschaftskongress hat sich durch einen Beschluß bereit erklärt, die Nothstandsarbeiten in lebenswichtigen Betrieben auszuführen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Berg (Komm.) beantragt gleichfalls die Streichung der Mittel für die Technische Nothilfe.

Abg. Dr. Fried (Wtl.) begründet eine Entschädigung, in der die Aufhebung des Redeverbots gegen Hitler gefordert wird. — Damit ist die Aussprache über den Reichshaushalt des Innern geschlossen. Die Abstimmungen werden am Dienstag vorgenommen.

Es folgt die Beratung des Haushalts der Post. Reichspostminister Schäkel führt aus, daß der technische Ausbau der Reichspost vervollkommen werden soll. Die internationalen Verbindungen sollen gefördert werden. Die gesamte Tätigkeit der Post soll der ständigen Kontrolle des Reichstags unterstellt werden. Die Post wird Helferin der Wirtschaft sein, aber die Wirtschaft soll der Post auch die Gebühren zugestehen, deren sie bedarf. Der künftigen Entwicklung der allgemeinen und der Volkswirtschaft steht der Minister mit Vertrauen entgegen. Im Volkbetriebe müsse jeder einzelne seine volle Pflicht erfüllen, es müsse aber auch dafür gesorgt werden, daß die Arbeitsverhältnisse des Personals so sind, daß jeder einzelne sich in seiner Tätigkeit wohl fühlt.

Abg. Seppel (Soz.):

Die Reichspost hat ihre Verpflichtungen dem Reiche gegenüber erfüllt, indem sie 70 Millionen Ueberschuß abgeführt hat. Ich hätte gewünscht, daß der Reichsfinanzminister den Wünschen des Personals in Bezug auf die Anforderung neuer Stellen mehr Rechnung getragen hätte. Es ist zu bedauern, daß immer ein Unterschied zwischen den Betriebs- und Hoheitsverwaltungen des Reichs gemacht wird. Die Betriebsverwaltungen müssen noch besonders berücksichtigt werden, da hier das Personal auch des Reichs und am Sonntag seine Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit stellen muß. Auch die Organisationen des Personals nehmen auf die wirtschaftliche Lage Rücksicht, aber auf die Wünsche der Organisationen ist bisher noch keine Rücksicht genommen worden. Das gesamte Personal ist mit dem vorliegenden Personaletat mit Recht unzufrieden, da entgegen der Auffassung des Arbeitsausschusses und des Verwaltungsrats und selbst des Sparauschusses nicht 7500 Stellen in Gruppe IV bewilligt worden sind, sondern 2000 Stellen abgeschrieben wurden. Der Schrei nach Beförderung würde verstummen, wenn der Beamtenschaft gesagt werden könnte, daß die Personalreform in absehbarer Zeit verabschiedet und ihnen das zum Lebensunterhalt Notwendige gesichert werden wird.

Der Redner bringt dann eine Reihe von Beschwerden der Telegraphenaufnahmebeamten und einiger anderer Beamten- und Arbeitergruppen der Reichspost vor. Unter der Rationalisierung haben die unteren Beamten bisher sehr zu leiden gehabt. Es ist ganz falsch, die Höchstzahlen als Durchschnittszahlen zu nehmen, da die Verhältnisse an den einzelnen Orten ganz verschieden sind und nicht allgemein beurteilt werden können. Auch wir begrüßen die Rationalisierung, aber sie darf nicht dahin führen, daß eine Gefahr entsteht, die nur zum Nachteil des ganzen Betriebes führen kann. Die Versorgungsanwärter klagen darüber, daß sie nicht zur besonderen Prüfung zugelassen werden, trotzdem sie bereits im Jahre 1916 eine Prüfung abgelegt haben. Das Wort von der Wirtschaftlichkeit ist mit der Zeit zu einem Schlagwort geworden, mit dem zum Teil Unfug geübt wird. Die Wirtschaftskonferenzen, die allmonatlich abgehalten werden, sind zum Teil überflüssig. Wir verzweifeln es, daß Vorträge über Wirtschaftlichkeit im Betriebe in den dienstfreien Stunden des Personals gehalten werden. Der Minister hat heute von dem anstehenden Ton geredet, der gegenüber dem unteren Personal gebraucht werden soll. Der Postdirektor in Sprottau, ein ehemaliger Militär, der sich einen wahren Kaffeeton angewöhnt hat, sollte sich das beherrschen. Die Regelung der wirtschaftlichen und finanziellen Dinge bei der Reichspostgesellschaft befriedigt uns nicht. Wenn im

ganzen Jahre 36 Millionen Rundfunkgebühren auskommen, so geht es nicht an, daß die Deutsche Reichspost nur soviel bekommt, um ihre Ausgaben für die Zwecke des Rundfunks zu decken. Es müßte sich für die Reichspost mindestens ein ebenso hohes Nettogewinn ergeben, wie ihn die Reichspostgesellschaft erzielt, sonst müßten die Rundfunkgebühren von 2 Mark monatlich ermäßigt werden. Wir würden sehr wohl an, daß wir bei der nächsten Gelegenheit entsprechende Anträge stellen werden. Wir möchten weiter gern wissen, welche Ansprüche Bayern und Württemberg an das Reich gestellt haben. Der Minister hat versprochen, daß er alles daransetzen werde, das Vertrauen zurückzugewinnen, das die Post früher genossen hat. Dazu gehört, daß er den Wähler hat, seine Absichten auch gegenüber den einzelnen leitenden Personen durchzusetzen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Reichspostminister Schäkel

erklärt, daß die Postbeamten genau so behandelt werden müßten wie die Beamten der anderen Reichsverwaltungen. Der Zehnpennig-Tarif für die Briefe entspreche nicht mehr der Arbeit, die die Post auszuwenden habe. Es gebe kein Land der Welt, das sich den Luxus eines so billigen Briefes gestatte. Bei der ersten Bestellung sei die Post von dem Entlassen der Bahnzüge abhängig. Es müßte viel mehr als bisher von den Schließern und der Selbstabholung Gebrauch gemacht werden. 75 Prozent der Bestellungen am Sonntag seien unanbringlich. Den Rundfunk könne man nach seiner Bedeutung als wichtigste Großmacht bezeichnen, er solle keine Partei dienen. Die Reichspost könne nicht den Stundenlohn für den Rundfunk hergeben, seine Ueberwachung sei Sache des Reichstags und des Reichsinnenministers. Man werde nachprüfen, ob zu hohe Gehälter und Lantieren gezahlt werden, aber Beamtenbesetzungen könnten hier nicht zum Vergleich herangezogen werden, sondern nur die analogen Stellen im Privatleben. Allen einzelnen vorgetragenen Beschwerden solle nachgegangen werden. Innerhalb des Betriebes müsse gearbeitet werden, außerhalb des Betriebes könne der Beamte machen, was er wolle, sei es rot oder schwarz. (Heiterkeit.) Im Dienste müßten die Reichsarbeiter getragen und die Hoheitsabzeichen des Reiches gezeigt werden. Bei der Vergütung von Arbeiten solle das Handwerk berücksichtigt werden. Es würde zu begrüßen sein, wenn der Postparlamentarier dem Postbesitzer gegenüber angelächelt würde und den alten Sparkasten Zubringerdienste leiste. Es seien bereits eine ganze Reihe von Kraftlinien für den Arbeiterverkehr eingerichtet worden.

Kultusdebatte auch im Landtag.

In seiner Montagssitzung führte der Landtag zunächst die Aussprache über das Kapitel „Universitäten und wissenschaftliche Anstalten“. In der Debatte über den Abschnitt „Kunst“ verfuhr die Abg. Frau Lehmann (Dnat.) vor allem die Aufführungen der Staatstheater zu kritisieren, die angeblich viel zu viel Rücksicht auf die breite Masse nehmen und die nationalen Interessen zu wenig in den Vordergrund stellen. Die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Desterreich nahm Gelegenheit, dem Staatssekretär Schutz vorläufige Anerkennung dafür auszusprechen, daß er durch eine Ausstellung ostpreussischer Kunst die kulturellen Interessen Ostpreußens besonders wahrgenommen hat. Das Zusammengehörigkeitsgefühl zum übrigen Deutschland sei deshalb in diesen Grenzprovinzen so lebendig, weil Arbeitervereine und Sprechstühle in Ostpreußen einen wesentlichen Anteil daran haben. Statt in den Schulen Reproduktionen auszuführen, müßten die Bildwerke moderner, noch lebender Künstler angekauft und aufgestellt werden, weil nur dadurch unsere Jugend in ein richtiges Verhältnis zur Kunst unserer Zeit kommen könnte. Die sozialdemokratische Rednerin setzte sich ferner warm für die Annahme von Anträgen ein, die die Fälligkeit der Künstler aller Gattungen von Staatsmitteln lindern wollen und kritisiert mit aller Schärfe die untaulere Konkurrenz, die den schwer ringenden Zivilberufsmustern von den Militärkapellen gemacht wird.

In der weiteren Debatte verjuchten auch die völkisch-nationalen Redner Buchhorn und Schüller die Tätigkeit der Staatstheater-Intendanten Jäger und Schüller zu kritisieren. Neben dem Abgeordneten Schüring (Ztr.) war es insbesondere der Abgeordnete König-Swinemünde (Soz.), der den Angriffen der Rechtsparteien scharf entgegen trat. Der sozialdemokratische Redner nahm vor allem Gelegenheit, die Vorwürfe gegen die Volksschöne wegen angeblicher Bevorzugung in der Berliner Oper zurückzuweisen, da sie deshalb ein Recht auf die Aufstellungen der ihr vertraglich zustehenden Plätze in der Kroll-Oper hat, weil dieses Theater fast ausschließlich aus eigenen Mitteln gebaut wurde. Recht wirtungslos kennzeichnete auch der Demokrat Dr. Bohner die Vorzüge der Rechtsparteien, die weniger der Ausflucht kritischen Geistes, als vielmehr der Ausdruck politischen Willens seien.

Damit wurde die Aussprache über den Abschnitt „Kunst“ abgeschlossen und das Haus am Dienstag, den 22. März, mit der Tagesordnung Einzelberatung der Etatmittel des Kultusstats vertagt.

Aus aller Welt.

Großer Juweliendiebstahl in einem Frankfurter Hotel.

In einem im Zentrum gelegenen Hotel wurden heute vor-mittag ein dort wohnendes Ehepaar die gesamten Juwelen im Werte von 80 000 Mark gestohlen. Man fand auf dem Balkon Fuß- und Fingerspuren, die auf einen Falladentkletterer hindeuten lassen. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Der Kreditbezug Lange-Hegermanns.

Im Rahmen des Barmat-Prozesses begann am Montag, nachdem das Kapitel der Preussischen Staatsbank abgeschlossen worden ist, die Erörterung der Anlage gegen den Zentrums-Reichstagsabgeordneten Lange-Hegermann, der sich wegen Kreditbezugs gegenüber der Reichspost zu verantworten habe. Lange-Hegermann äußerte sich zunächst ausführlich über seinen Lebenslauf und seine Tätigkeit im Barmat-Kongern, wo er schließlich Aufsichtsratsvorsitzender der Merkurbank geworden war. Dann schilderte er das Zustandekommen des der Anlage zu Grunde liegenden Zwei-Millionen-Kredits des Reichspostministeriums. Anfang März 1924 habe ihn der Zentrums-Reichstagsabgeordnete Prälat Schreiber aus Münster um finanzielle Hilfe für einen Papierfabrikanten in Sachen gebeten. Nach vorläufigen Versuchen sei einige Monate später die Frage eines Kredits der Reichspost aufgeworfen worden und Schreiber habe ihn, Lange-Hegermann, dann mitgeteilt, daß Reichspostminister Dr. Höffe, mit dem er seit langen Jahren befreundet war, sich zu einem Kredit bereit erklärt habe, allerdings unter der Voraussetzung, daß eine D-Bank den Kredit als Durchgangsstelle übernehmen sollte. Das gelang aber nicht. Daraufhin sei ein Kaufmann der Papierfabrik für rund 2 Millionen Mark an einen Kaufmann Schäfer aus Bonn zustande gekommen. Zur Zahlung dieser Summe hat sich Lange-Hegermann dank durch Dr. Höffe einen Kredit des Reichspostministeriums geben lassen. Lange-Hegermann stellt die Sache so hin, als ob Höffe für den Ankauf der Fabrik direkt 1½ Millionen Mark angeboten und ausdrücklich gewünscht habe, daß der Kredit über die Merkurbank geht und die Staatsbank das Giro übernimmt. So sei es zum Verkauf der Fabrik gekommen, als Barmat sich aber mit der Uebernahme des Giros abfindend verhielt, habe er, Lange-Hegermann, den Kredit selbst übernommen. Dem Präsidenten der Preussischen Staatsbank Dr. Schröder habe er keinen Zweifel darüber gelassen, wohin die Gelder kommen sollten. Dem gegenüber nimmt die Anlage an, daß Lange-Hegermann den Kredit der Reichspost unter der fast in der Vorpiegelung erlangt hat, das die Gelder der notleidenden Industrie des besetzten Gebietes zukommen sollen. Gegenüber dem Einwand des Vorsitzenden, daß es einen schlichten Eindruck machen würde, wenn seine Lange-

Hegermanns, Darstellung widerlegt würde, erklärte der Angeklagte mit Nachdruck: „Und wenn 400 Zeugen hier das Gleiche behaupten, so sage ich: Was ich gesagt habe, ist die Wahrheit.“

Eine Familientragödie

hat sich gestern in Erfurt abgespielt. Infolge von Familienzwistigkeiten vergiftete sich die 31 Jahre Frau Ella Heinemann mit ihren beiden acht und drei Jahre alten Kindern Werner und Karl Heinz durch Gas. Als sie aufgefunden wurden, waren alle drei Personen bereits tot.

Dreifacher Mord und Selbstmord in geistiger Unmachtung.

Im thüringischen Gebirgsstädtchen Steinbach-Hallenberg warf eine Arbeiterin Hoffmann, die an Kopfgrippe erkrankt war, offenbar in einem Anfall geistiger Unmachtung, ihre drei Kinder im Alter von ein bis vier Jahren in den tiefen Biernauer Teich und sprang ihnen dann selbst nach. Mutter und Kinder ertranken.

Totjagd wegen eines Regenwurms.

In Stuttgart wurde ein 14-jähriger Knabe von einem anderen Jungen durch einen Messerstich ins Herz so schwer verletzt, daß er nach einigen Minuten verstarb. Der jugendliche Messerstecher ergreift zunächst die Flucht, doch konnte er bald ermittelt und festgenommen werden. Es handelt sich um einen schwach-intelligenzigen Hilfsarbeiter, der mit dem Getöteten wegen eines Regenwurms zum Angeln in Streit geraten war.

Oesterreichs Alkoholverbrauch.

Auf den Kopf der oesterreichischen Bevölkerung entfallen nach der neuesten amtlichen Statistik jährlich 78,12 Liter Bier, 13 Liter Wein, 1,85 Liter Branntwein, 4 Liter u. w., 39 Liter Obst mit zusammen 6 Liter reinem Alkohol. Rechnet man die Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr ab, so ergibt sich ein tatsächlicher Kopfverbrauch von 9 Liter reinem Alkohol. Davon liefert das Bier allein 4,1 Liter, also fast die Hälfte vom ganzen Alkoholquantum.

Das neue Reichshandelsinstitut für Schweden.

Wie bereits berichtet, hat die Schwedische Organisation der Unabhängigen Arbeiterpartei Großbritannien (I.L.P.) vor kurzem ein großes Gebäude in Glasgow errichtet, das als Lokal für die Schwedische Landesorganisation der Partei dienen soll und für ein Büro, einen Saal und Kämmerlein für einen Klub enthält. Das Gebäude soll ein Denkmal für den verstorbenen Führer der britischen Arbeiterbewegung, James Keir Hardie, sein. — Nun wird bekannt gegeben, daß die notwendigen baulichen Vorkehrungen bereits fast beendet sind und daß zur Fertigstellung des Gebäudes eine Summe von etwa fünf Millionen Mark erforderlich ist. An alle Anhänger und Bewunderer des Reichshandelsinstituts wurde ein Appell zur Sammlung von Beiträgen für diesen Zweck gerichtet. Wenn das Geld aufgebracht werden wird, wird das Institut im Mai eröffnet werden.

Sindtheater
 Dienstag 8 Uhr:
 Is. Wagon-Vorstellung
 Serie A
Aradne auf Naxos.
 Mittwoch 8 Uhr:
Der Mikado
 Donnerstag 7 1/2 Uhr:
 Is. Wagon-Vorstellung
 Serie B
**Die Nacht
 des Schicksals**

Schauspielhaus.
 Operettenbühne.
 Tel. Stephan 36308.
 Täglich 8 Uhr:
 Der große Helferleitverlohr
**„Adieu,
 Mimi!“**
 Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr
 In neuer Vorbereitung!
**„Die Penfche
 Susanne“**

Lobe-Theater
 Tel. Ring 1774
 Dienstag, Mittwoch,
 abends 8 Uhr:
„Die Perle“
 Donnerstag abds. 8 Uhr
 Gastspiel Alexander Moissi
„Hamlet“

Thalia-Theater
 Tel. Ring 6700
 Dienstag, Mittwoch,
 abends 8 Uhr:
**„Die deutschen
 Kleinstädter“**

Liebig-Theater
 Täglich 8 Uhr:
 Das sensationelle
Kürz-Varieté-
Programm.
 Billige Eintrittspreise
 von 50 Pl. an.
 Jeden Sonntag
 nachmittags 3 1/2 Uhr
**Familien- und
 Kinder-Vorstellung.**
 Das volle Programm
 zu ermäßigten Preisen.

Kristall-Palast

Mauritiusplatz
Heute Dienstag: Premiere!



8 AKTE
 nach dem Roman
 von
MAXIM GORKI

DIE MUTTER

Ein Filmepos aus Rußlands gärender Zeit vor 1905
 das von der Liebe und dem Opfermut einer Arbeiterfrau erzählt, gilt
 von dem Tage der Moskauer Uraufführung an als das aufwühlendste
 Filmdrama, das seit Erfindung der Kinematographie geschaffen wurde

Auf der
 Bühne: **Frühling an der Wolga** v. T. Schauder
Die schönsten russischen Volkslieder
 u. a.: das bekannte Wolgaschifflied, werden im
 Rahmen dieses Stimmungsbildes zu Gehör gebracht

Als Gast: Opernsänger **Trostorff** sowie Hellm. Hallendorf, Emmi Velt, Hanna Goltz

Geschlossene Vorstellungen: 1/5, 1/7, 1/9 Uhr
 Vorverkauf Barack und Theaterkasse. Preise ab 80 Pl.

Symphonie-Orchester!

Reihweise elegante
Grad- Rod- und
 Smoking-
 Anzüge
A. Patalong
 Schneidermeister 4717
 Bischofstraße 3.
Kinderwagen
 Puppenwagen
 Teilzahlung
 gestattet.
 Sämtliche
Reparaturen
 Plauenbeziehen, Verdeckaus-
 läßern, schnell und preiswert.
 Alle Ersatzteile, Räder und
 Gummi, auch für Puppenwagen
Milche, Tauentzienstr. 81
 früher Weidenstraße 7.
Spezialer erzielen in
 dieser Zeitung
 den größten Erfolg



Immer so frisch -

Kruschen-Salz erhält den gesunden Menschen frisch und
 elastisch,
Kruschen-Salz reinigt das Blut,
Kruschen-Salz bedeutet für Leber und Nieren eine Hilfe in
 den normalen Funktionen,
Kruschen-Salz regt den Stoffwechsel an, die Folge ist:
Kruschen-Salz wirkt belebend und erfrischend auf den ge-
 samten Organismus.

In allen Apotheken und Drogerien M. S. — pro Glas, für 3 Monate ausreichend.
BEUTHIEN & SCHULTZ G.M.B.H. BERLIN N 39, FANKESTRASSE 13-14
 Fabrikager: **HEINRICH WEBER, Breslau, Ring 8. Fernruf: Ohle 6525.**

BE VERGEBUNG VON
DRUCKSACHEN
 BERÜCKSICHTIGEN INDUSTRIE UND
 HANDEL, KÖRPERLICH UND STAATS-
 BEHÖRDEN, PARTVEREINE, GEWERK-
 SCHAFTEN, KRANKENKASSEN, ARBEITER-
 SPORT- UND VERGÜGUNGSGESELLSCHAFTEN DIE
 BUCHDRUCKEREI DER
VOLKSWACHT
 DRESLAU 2, FLURSTRASSE 4-5

Leihweise
Grad- Rod- und
 Smoking-
 Anzüge
C. P. Pätzold,
 Röhlitzstraße 219, 1. Ritling-
 Hausgrund

Berufskleidung
Arbeitsbosen
 in allen Längen und Weiten
Oskar Dehmel, Breslau, Neumarkt 45

Hermann Roth, Schneider-Artikel
 Groß- und Kleinvertrieb, Hummerlei 52/53. 6881

DAS NEUE GROSSE
EBERT-
PORTRAT

NACH DEM GEMALDE VON CORRAET
 BILDGROSSE: 46x62 cm
 PREIS: 9.50 M.

DAS BILD IST IN 7-FARBEN-
 OFFSET-DRUCK HERGESTELLT
 EINWELK HOCHSTER TECHNISCHER
 VOLLENDUNG IST DAS
EBERT-PORTRAT
 DAS SCHÖNSTE GESCHENK FÜR JE-
 DEN REPUBLIKANER! BESONDERS
 GEEIGNET FÜR SALE, VERSAM-
 LUNGSFESTE USW.

VERLAG J. H. W. DIETZ NACHF.
 BERLIN SW 48, LINDENSTRASSE 3
 ZU BEZIEHEN DURCH:
Volkswacht-Verhandlung
 Breslau
 Neue Grapenstr. 5 — Neue Taschenstr. 11

Um unsere stadtbekanntesten **Marinaden**
 Marke **Schlüsselflagge** und andere erstklassige Fabrikate
 noch mehr einzuführen
verkaufen wir dieselben
ab Dienstag mittag zum Einheitspreis

II. Bratheringe die 1 Liter-
 echt Schlüterer Dose
II. Rollmöps nur **70** alles
II. Bismarckheringe **72** garantiert
 in klarem Gelee feinste
II. Hering bei **70** Qualität
II. Essigsardinen 3 Dosen **35** normale
 auch sortiert

Außerdem Dienstag bis Donnerstag: 3 billige Seefischtage
Blutfrischer fetter Seelachs im Schnitt 20
ff. Cabliou im Schnitt 25, ff. weiße Fischkoteletts **58**
Rackfisch stets heiß aus dem Ofen, Portion **60**, m. Brötchen **35**
 rum Mitnehmen u. z. sofort. Geuß, Pid.

Bitte, beachten Sie die anderen billigen Preise I. d. Feinsten

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft
 Nur Bohrerstr. 2, an
 der Teichstr.-Unterführung.
 Nur Seefischvertrieb Nr. 19,
 rechts vom Ring aus.
 Nur Hema Schwandauer Str.
 Nr. 3 a, rechts v. d. Gassestr.
 Nur Seefischvertrieb Nr. 2, an
 der Friedrich-Wilhelm-Straße

Nordsee
 Fernsprecher: Stephan 31840, 31841, 31842. 6871
 Inh.: **L. Legnitz, Breslauer Straße 27, Fernsprecher 3347.**
 Etablierte Preise.
 Postcheckkonto: Breslau 3484



**Blütenweiße
 duftige Wäsche
 mit
 Bienenwäse
 Excellent!**
 60 S

General-Vertreter: **H. Hartmann Breslau, Rosenthalerstraße 16**
 Tel. Ohle 5998.

Die „Frauenwelt“ den Frau-
 zum Lesen, Denken und Schreien
„Frauenwelt“
 Eine Halbmonatsschrift
 für die Frau
 des schaffenden Volkes.
 Preis 30 Pl.
 Zu bestellen
 bei allen Zeitungsträgern.

Anzug-Zulaten
 4 bis 12 Stk., Rittler 48
 bis 90 Stk., Leinwand 48
 35 Stk. bis 120 Stk., Hermelin-
 luster 48 Stk. b. 1.40 Stk.,
 Gern 1000 Stk. 25-70 Stk.,
 Heltgen 20 Gramm 10 Stk.,
 Hato-Schürzentel 100 Paar
 2.00 b. 8.00 Stk., Knöpfe 200
 3-10 Stk., Kernseife Riegel
 15 Stk., Seife 15 Stk.
 Detail und Engros
Bertold Lippert
 Heinrichstraße 16
 Filiale: Oberstraße 17.

Fahrräder
 6888
 Teilzahlung
 Herr- u. Dam-Räder
 Renn-Maschinen
 Anzahlung 10.—
 wöchentlich 5.—
 ohne jede Zinsberechnung
 Ständige Ersatzteile vorräthig
Lombard- u. Kredithaus
 Leub. 38 — Schloßplatz 7
 Aufgang Portal 4, 1

In ganz Deutschland
 nicht allein, sondern auch im Ausland sind unsere
 Fabrikate in den feinsten Geschäften zu haben.

Direkt aus der Fabrik
 ohne jeden Zwischenhandel geben
 wir in Breslau und Umgegend auch
 an Privatpersonen ab. Wir unter-
 halten 5 vornehme Verkaufsstellen,
keine Destillen.

Wir bieten an:
 Breslauer 35% . . . p. Ltr. **2.10**
 Weinbrand-Verschnitt 38% **2.80**
 Weinbrand** aus **3.50**
 Weinbrand*** franz. **4.00**
 Weinbrand**** Weinen **5.00**
 Weinbrand***** p. Flasche **6.00**
 Jamaika-Rum-Verschnitt
 per Liter 5.00, 4.00, 3.50 **3.00**

Meisterwerke in Likören
 per Liter **3.00** und **3.60**
 Stonsdorfer, Rosen, Blut-Gold-
 orange, Prunelle Abtei, Cacao, Gold-
 wasser, Curaçao, Sherry-Brandy
 und auch alle anderen Sorten

Monopol-Alkohol 96% . . . **4.70**
 Franzbranntwein . . . **3.00**

Dampf-Destillierwerk 6963
Herzberg & Co.,
 Hofchenstr. 48 **Bücherplatz 20**
 Michaelisstr. 3 **Klosterstr. 64**
Leubensstr. 19

Buchhandlung Volkswacht
 Modernes Aniquariat
 Breslau 3 **Neue Grapenstraße 5**

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 22. März.

Die Mitgliederversammlung der Partei.

Die gestrige Mitgliederversammlung im gutbesuchten Saale des Gewerkschaftshauses wurde kurz nach 8 Uhr vom Genossen Siegler eröffnet. Genosse Eickstein sprach zum ersten Punkt der Tagesordnung über den Parteitag in Kiel und behandelte...

Anderer Wege wie bisher werden auf dem Gebiet der Frauenagitation bestritten werden müssen, insbesondere ist eine grundlegende Änderung der "Frauenwelt" in Inhalt und Richtung notwendig. Nicht immer zutreffend ist die vielfach geübte Kritik an der Arbeit der Jugend- und Jungsozialistenorganisation. Man dürfe weder die Bedeutung der theoretischen Aufklärung, noch die besonderen Formen der Jugendbewegung...

Innenpolitisch stand die Epoche 1919 bis 1926 für uns im Zeichen der Koalitionspolitik und bedeutet in ihren Ergebnissen eine Kette von Mißerfolgen. Als sprechendstes Symptom dieser Mißerfolge sei die politische Entwicklung des derzeitigen Reichspräsidenten und einstigen Volksbloß-Präsidentenwahlkandidaten Marx...

Auf das mit starkem Beifall aufgenommene Referat folgte unmittelbar die teilweise recht lebhaft, aber im wesentlichen sachliche Diskussion, an der sich die Genossen Schuler, W. Müller, Krumschmidt, Sommer, Winger, Weg, Schramm, Ganzenmüller und Hannak beteiligten. Die Genossen Winger und Ganzenmüller wandten sich gegen die Verteilung der Koalitionspolitik und begründeten einmündig die nach ihrer Auffassung ausschlaggebenden Motive der bisherigen Koalitionspolitik.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung verwies Genosse Wache auf die Notwendigkeit der gezielten Werbearbeit für Partei und Gewerkschaft und verschiedenes dabei zu beachtende organisatorische Ergebnisse hin. Genosse Siegler gab bekannt, daß am 11. April in den Abteilungsverfammlungen das Agrarprogramm behandelt werden soll, am 26. April durch Wahl die Delegierten zum...

„Raus aus dem Dreiß!“

Die schwarz-weiß-rote Wirtschaft in Mark und Pfennigen.

Wie wir gestern kurz mitteilten, steht der Stadthaushaltsplan für 1927 in Brutto eine Einnahme und Ausgabe von 115 557 200 Mark oder in Netto eine Einnahme und Ausgabe von 96 964 738 Mark vor.

Weiße jemand, was das heißt? Der Bruttohaushalt interessiert hier weiter nicht, denn er enthält neben den städtischen zugleich auch die Auftragsangelegenheiten, die von der Stadt für das Reich und den Staat erledigt werden. Der Nettohaushalt dagegen zeigt, was die städtische Verwaltung die Bürgerlast kostet. Im Frieden wuchs der Nettohaushalt entsprechend der Stadtentwicklung um...

jährlich eine reichliche Million.

Er sah im Jahre 1914 eine Ausgabe von 45,7 Millionen Mark vor, die durch Einnahmen zu decken war. Der Krieg kam, er machte die Stadt arm und hemmte die Entwicklung; um so härter aber wuchsen die finanziellen Ansprüche nach dem Kriege. Tausende ehemaliger Rentner waren verarmt, aus guten Steuerzahlern waren Wohlfahrtsempfänger geworden. Die Revolution brachte den Achtstundentag, gegen den der verfloessene Kämmerer bei jeder Gelegenheit heulte, weil er die Verwaltung verteuere. Die sozialdemokratische Mehrheit hat jedoch den Achtstundentag in der städtischen Verwaltung bis zu ihrem Zusammenbruch bei der Wahl von 1924 aufrecht erhalten. Den schlecht bezahlten Arbeitergruppen sind die Löhne wesentlich aufgebessert worden. Ebenso wurden die jämmerlichen Armenunterstützungen der Vorkriegszeit ganz wesentlich erhöht. Dafür betrug im Jahre 1924 der Nettoetat 54,3 Millionen, das sind...

in 10 Jahren nur 8,8 Millionen mehr.

Dabei ist nicht zu vergessen, daß die Mark von 1924 nicht den Wert der Mark von 1914 besaß. Die 54,3 Millionen von 1924 waren kaum mehr als die 45,7 Millionen der Vorkriegszeit. Trotz Achtstundentag, höherer Löhne, höherer Unterhaltungen und einer vermehrten Zahl von Unterstützungsempfängern hat sich mithin der Finanzbedarf der Stadt...

unter der sozialdemokratischen Mehrheit überhaupt nicht erhöht.

Trotzdem hat die "Wirtschaft" und ihre Organe, die "Schlesische Zeitung" und der "General-Anzeiger" ständig die Sozialdemokraten verlästert, daß sie die Steuern der Bürger verschwendeten, daß sie Futtertruppenwirtschaft trieben oder gar in ihre Taschen arbeiteten. Seit drei Jahren regiert nun die schwarz-weiß-rote "Wirtschaft" im Reich wie auf dem Breslauer Rathaus. Dafür liegen die Nettoausgaben bis zum Jahre 1926 auf 85,6 Millionen, das ist in zwei Jahren eine Steigerung um...

auf das Jahr 15,6 Millionen!

Und nun sind wir ein Jahr weiter und haben den Nettoetat von 96,9 Millionen vor uns, das heißt...

eine weitere Steigerung von 11,3 Millionen!

Nicht genug damit, lieber Leser! Die sozialdemokratische Mehrheit hat 1924 eine Erhöhung von 7 Millionen Ueber-schuss hinterlassen. Die bürgerliche Mehrheit erwirtschaftete im vorigen Jahre...

ein Defizit von 12 Millionen!

Die sozialdemokratische Mehrheit hat große einmalige Ausgaben, z. B. den Bau der Wasserkraftwerke aus laufenden Einnahmen bestritten. Sie mußte die Bürgerschaft belasten, denn Anleihen waren nicht zu haben und vorwärts mußten wir...

kommen. Heute müssen Anleihen herhalten, um laufende Ausgaben zu bestreiten; soweit sind wir in Breslau gekommen!

Der neue Etat „balanciert“, aber niemand frage wie?! Er sieht zunächst folgende Gebührenerhöhungen vor:

- Gas von 18 auf 21 Pfennige, Wasser von 18 auf 23 Pfennige, Elektrizität von 40 auf 45 Pfennige, Straßenbahnfahrpreis von 15 auf 20 Pfennige.

Die Gewerbesteuer wird erhöht vom Ertrage von 350 auf 400 Prozent, vom Kapital von 700 auf 900 Prozent,

wobei allerdings der Trakt verbleibt, daß ein Teil der Gewerbetreibenden infolge veränderter Errechnungsgrundsätze von der Erhöhung nicht betroffen wird.

Die Grundvermögenssteuer wird um 25 Prozent erhöht, was...

auf die Mieten abgewälzt

wird. Sag, Bürger, was willst du noch mehr? Dabei balanciert der Etat nur formell. Anfangs übersteigt der Bedarf die Einnahmen um 21 Millionen, und es kostete Mühe, den Ausgleich zu finden. Im vorigen Jahre balancierte der Etat auch, und am Ende sind 12 Millionen Defizit da. Es gehört gar keine Prophezeie dazu, auch für das neue Jahr ein Defizit von 12 Millionen herauszurechnen. Der Kämmerer hofft auf Besserung der Wirtschaftslage, aber worauf gründet er diese Hoffnung? Eine Besserung ist erst 1929 zu erwarten, nachdem das Volk bei den Wahlen des nächsten Jahres die schwarz-weiß-rote "Wirtschaft" aus dem Reichstage hinausgeschickt haben wird.

Dennoch dieser Gesellschaft rührt der ganze Jammer. Man macht große Steuergeschenke an Großindustrie und Großagrarier, und gibt den Gemeinden nicht, was sie brauchen. Man führt hohe Zölle ein, und belastet damit die Stadtwirtschaft, wie jeden Privathaushalt. Was städtische Arbeiter, Angestellte oder Beamte an unbedingt nötigen Lohn- und Gehaltserhöhungen bekommen müssen, ruht ihnen gar nichts, sondern flieht in die Taschen der nimmerlatten Agrarier. Schrankenlos wüßte man im Lande mit der Volkswirtschaft, indem man Beamte abhaut, Arbeiter und Angestellte auf die Straße setzt und erschlägt damit die eigene Ruinlichkeit, denn der Arbeitslose kann nichts kaufen. Unzählige Weiten sind die Folge.

Diesem ganzen System gilt es Krieg anzujagen. Bei der nächsten Stadtverordnetenwahl muß alles versucht werden, die rote Mehrheit wieder herzustellen. Aber auch eine sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit würde an den Dingen allein nicht viel ändern können, wenn nicht die nächste Reichstagswahl einen großen Umchwung bringt. "Vorkriegsverhältnisse", etwa daß es für 5 Pfennige wieder Knoblauchwurst zu kaufen gibt, haben sich die Wähler der schwarz-weiß-roten Parteien 1924 vorgestellt. Jawohl, wir haben Vorkriegsverhältnisse, insofern, als wir einen „obersten Kriegsherrn“ wie einstens an der Spitze haben, und die Junker den Lauf der Politik bestimmen, aber sonst sind wir das aus lauten Kriegswunden blutende Volk, das solches Herrenregiment auf keinen Fall lange verträgt, wenn es nicht ganz zugrunde gehen soll.

Arbeiter vor die Front! Schafft bei den Stadtverordnetenwahlen im Herbst Ordnung in der Stadt, und dann im nächsten Jahre auch Ordnung im Reich.

Die schwarz-weiß-rote Wirtschaft muß aufhören!

Parteitag gewählt werden und am 31. März eine internationale sozialistische Frauenkugelung, mit der polnischen Genossin Kuczynska als Rednerin, stattfinden wird. Gegen 12 Uhr wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Wissenschaftliche Grundlagen

gibt es für jeden Beruf. Sie zu beherrschen, gehört mit zu den Pflichten des neuzeitlichen strebsamen Arbeiters.

Zur Erlangung dieses Wissens in abendlichen Lehrgängen ist...

Die Technische Abendschule

vor Jahren gegründet worden. An ihr kann jeder Metallhandwerker und ihm verwandte Berufsangehörige teilnehmen.

Anmeldungen und Auskünfte abends von 5 bis 7 Uhr im Zimmer 44 des Gewerkschaftshauses.

Heinrich Wegner gestorben.

Wieder hat der Tod einen unserer bravsten und pflichttreuesten Mittkämpfer nach kurzem, unheilbarem Leiden im Alter von 58 Jahren aus unseren Reihen gerissen. Genosse Heinrich Wegner war seit 20 Jahren Mitglied unserer Partei, in dieser Zeit erfüllte er 15 Jahre lang mit großem Fleiß das Amt eines Bezirkskassierers im Bezirk 16. Zugleich war er auch langjähriger Träger unseres Symbols, wo sich nur je sein Distrikt versammelte. Gleich ihm weiter zu wirken, mögen an seiner Bahre recht viele unter uns geloben.

Die Städtische Sparkasse zu Breslau zur Darablösung der Altbesitzanleihen.

Die Städtische Sparkasse zu Breslau weist nochmals darauf hin, daß am 31. März 1927 die Frist für die Anmeldung der Altbesitzanleihen des Reiches zur Darablösung abläuft. Wer bei einem Jahresertrags von höchstens 1500 Mark weniger als 1000 Mark solcher Anleihen besitzt, und die Stüde bei der Städtischen Sparkasse zur Aufbahrung hinterlegt hat, muß sie unverzüglich abholen. Die Anmeldung hat bei der Anleihealtbestellstelle des zuständigen Finanzamtes zu geschehen. Sämtliche bis 31. März nicht abgeholten Stüde werden als Neubefehl behandelt.

Im Zimmer 147

des Breslauer Amtsgerichts dürfte es in den nächsten Tagen wieder viel Arbeit geben. Wahrscheinlich werden sogar Dutzende von Leuten auf dem Korridor vor der Tür Schlange stehen. Der Unmut über die politische Zusammenarbeit von Zentrum und Deutschnationalen, die rigorosen Kirchensteuererhebungen und anderes mehr haben wieder einmal eine Stimmung erzeugt, die der Kirchenaustrittsbewegung außerordentlich viel Nahrung bietet. Die freigläubigen Verbände haben sich deshalb die Gelegenheit zu einer Kirchenaustrittswoge nicht entgehen lassen. Allorts hält man Versammlungen ab; in Breslau Mittwoch abend im Gewerkschaftshaus.

Um unnötigen Anfragen im voraus zu begegnen, teilen wir deshalb mit, daß der Kirchenaustritt im Zimmer 147 des Amtsgerichts einem Beamten zu Protokoll erklärt wird, was etwa zwei Minuten dauert. Jede austretende Person muß selbst auf das Gericht gehen. Der Mann kann also nicht die Frau von der Kirche mit abmelden, sondern beide müssen hingehen. Man nimmt sich irgend ein amtliches Papier als Ausweis mit. Nachdem man seinen Austritt erklärt hat, bekommt man hierüber nach etwa vier Wochen eine gerichtliche Bescheinigung kostenlos zugestellt. In der Zwischenzeit kommt meistens ein Geistlicher in die Wohnung, besonders wenn der Mann auf Arbeit ist, um die Frau noch einmal umzustimmen, was manchmal sogar schon gelungen sein soll. Die Bescheinigung über den Kirchenaustritt hebt man sich gut auf, denn die Kirche versucht auch von den Ausgetretenen immer wieder Steuern zu erhalten, in dem sie es vergißt, der Steuerbehörde die Austritte anzuzeigen.

Frau Neumann in der Beschwerdefinstanz.

Nachdem der Untersuchungsrichter den Haftentlassungsantrag der Frau Neumann in Sachen der Ermordung des Professors Rosen Anfang März dieses Jahres abgelehnt hatte, ließ diese durch ihren Rechtsbeistand hiergegen Beschwerde einlegen. Die Beschwerdefinstanz, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schenke, hat nunmehr dahin entschieden, daß die Haftbeschwerde zurückschlagen wird, da die Gründe, die seinerzeit zur Verhaftung führten, auch weiter fortbestehen. Auch Strauß hatte einen Antrag auf Haftentlassung gestellt, der ebenfalls abgelehnt wurde.

Wieder ein Diebesprozeß.

Anfang nächsten Monats wird der Prozeß gegen den Schmied Josef Barbe und Genossen seinen Anfang nehmen. Gegen Barbe ist in 127 Fällen Anklage erhoben worden, teils wegen einfachen, teils wegen schweren Diebstahls; außerdem wegen mindestens 187 Fahrraddiebstählen. Als Dauer des Prozesses sind zwei Wochen vorgesehen, doch dürfte diese Zeit kaum ausreichen, da außer Barbe noch sieben weitere Personen angeklagt sind, die von Barbe teils der Beihilfe zum Diebstahl, teils der Helferei beschuldigt werden. Auch sind zur Verhandlung gegen 200 Zeugen geladen.

Diese Woche gilt der Werbung für unsere Presse!

Tretet an gegen die Unwissenheit!

Breslaus Not in den Augen der Späteren.

Gewiß werden einst Zeiten kommen, in denen auch Breslaus Einwohner sich wieder fühlen und von glücklicheren Lebensbedingungen umgeben sind. Dafür sorgt schon unsere Partei, die bisher dieses erreicht hat im Kampfe um ein besseres Los für diejenigen, die man so gern der Armut und Arbeit überlassen möchte. Wie wird diesen Späteren, diesen Glücklicheren, zu Mute sein, wenn sie von der traurigen Lage und der schrecklichen Not, in der die meisten Breslauer in der Kriegs- und Nachkriegszeit leben mußten, Kenntnis erhalten. Daß diese Kenntnis stets fortleben wird, dafür sorgt die Statistik des hiesigen Wohlfahrtsamtes, die, so ausgebaut sie schon ist, in der aller-nächsten Zeit trotzdem eine völlige Umgestaltung erfahren soll, damit die gesamte von der Stadt ausgehende Unterstützungstätigkeit vollständiger und übersichtlicher für die Späteren niedergelegt wird.

Eine groß angelegte, im Erdgeschloß des hiesigen Wohlfahrtsamtes, Ecke Ritterplatz, sich befindende Hauptarbeit umfasse bisher alle Personen, denen von irgend einer öffentlichen Fürsorgestelle Unterstützung zuteil wurde. Die täglichen Anfragen an diese Hauptarbeit sind überaus zahlreich und sie verhindert oft Doppelunterstützungen. Das hier gewonnene Zahlenmaterial wird zu bestimmten Zeiten dem Städtischen Statistischen Amte übermitteln, das es monatlich im „Wohlfahrtsblatt der Stadt Breslau“ verarbeitet, veröffentlicht.

Trotzdem hörten Klagen über Mißstände in der hiesigen Wohlfahrtsstatistik nicht auf. Es ist ja auch klar, daß eine in ihren Grundzügen schon in der Vorkriegszeit bestandene statistische Arbeitsmethode, bei der die Wohlfahrtsstatistik mit recht einfachen Mitteln statistisch erfaßt werden konnte, nicht mehr den heutigen weitverzweigten Aufgaben der gemeindlichen Fürsorgestelle gewachsen sein kann. Diese in Angriff genommene vervollständigte Statistik wird auch das Gute haben, daß sie die ganz besondere Not Breslaus, wie sie gegenüber den anderen Großstädten erwiesenermaßen besteht, und die selbstverständlich in erster Linie aus der finanziellen Belastung des Breslauer Wohlfahrtsamtes erkennbar wird, durch unanfechtbares Zahlenmaterial vor Reich und Staat erhärten wird und diese zu größerer Mithilfe anspornen dürfte. Sie wird auch ein Prüfstein jener allgemeinen Angriffe auf die Tätigkeit des Wohlfahrtsamtes sein, die ihm Weich- oder Herzhierigkeit, Duldsamkeit oder Unzulänglichkeiten, vorwerfen. Zu diesen inneren Gründen kommt als äußerer die Tatsache, daß voraussichtlich am 1. April eine große Reichsfürsorgestatistik ihre Tätigkeit beginnt.

Wie denkt man sich nun diese Umgestaltung, die, wie verlautet, schon am 1. April dieses Jahres in Tätigkeit treten soll?

Vor allem wird die eigenliche statistische Erfassung des gesamten Armatmaterials den geschulten Kräften des Städtischen Amtes übertragen. Diesem werden die sogenannten „Zählblätter“, die ein Hauptmoment der Neuordnung bilden, zugestellt und Grundlag ist, keine Unterstützung ohne Zählblätter. Zwecks Einführung in den Gebrauch dieser Zählblätter und in das Verständnis der ganzen Neuordnung soll für die nächste Zeit ein Berufsbeamter den Sitzungen der Wohlfahrtsratgeber und -vorsteher beiwohnen. Die Einzelheiten des neuen Verfahrens dürften weniger allgemeines Interesse haben, interessant ist aber gewiß für die Breslauer Öffentlichkeit die Tatsache, daß überhaupt eine Neuordnung in der Statistik des hiesigen Wohlfahrtsamtes eintritt. Hier erbliden wir eine Tätigkeit, die gewiß auch für die Lebenden nicht ohne Interesse ist, die aber, wie anfangs erwähnt, besonders den späteren Geschlechtern gilt, die einst mit Stauern und Grauen vernehmen werden, in welcher Not und welchem Elend Breslauer gelitten haben, hervorgerufen durch den unglücklichen Weltkrieg. Ihnen wird es hoffentlich unter dem humaneren Einfluß der Republik besser ergehen.

Eine Abstimmungsgebedenfeier

Der Vereinigten Verbände Heimatruher Oberschlesier wurde am Sonntag vormittag im großen Saale des Konzerthauses abgehalten. Im Mittelpunkt der Veranstaltung, die von musikalischen und gelungener Darbietungen umrahmt wurde, stand die Festrede des Studentrats Dr. Schöneck, der in großen Zügen das tragische Geschick Oberschlesiens den zahlreichen Zuhörern vor Augen führte und sie aufforderte — soweit sie gebürtige Oberschlesier sind — ihrer Heimatprovinz die Treue zu halten. Der 2. Vorsitzende, Postinspektor Heinelt, brachte eine Einschließung zur Verlesung, in der gegen das Unrecht der Teilung Oberschlesiens Protest erhoben wird und die allen maßgebenden Reichs- und Verwaltungsstellen sowie den Parlamenten zugehen soll.

Von Stahlhelmsoldaten überfallen

wurden gestern abend 10 Uhr in der Nähe der Synagoge zwei jüdische Lehrlinge. Der eine der beiden Lehrlinge wurde mit einem Schlagring desart ins Gesicht geschlagen, daß er von anderen Personen in das Wenzel-Hande-Krankenhaus gebracht werden mußte, wo ihm die Wunden verarztet wurden. An den Zugängen zur Synagoge treiben sich fast täglich Satanzuzümmel herum, um Passanten aufzulauern und zu belästigen. Es ist notwendig, daß die Polizei in dieser Gegend verstärkt wird.

Die Ansprüche der Hesse an Josephsen.

Fräulein Martha Hesse hatte bekanntlich gegen den früheren Amtsgerichtsrat Siegfried Josephsen den Zivilprozeß angezettelt, der vor der Breslauer VI. Zivilkammer geführt wird. Die Ansprüche lauten auf 2500 Mark, die sie Josephsen während der Zeit, da sie seine Geliebte war, geliehen haben will. Zu diesem Zivilprozeß, wie auch zu dem im Juli v. J. verhandelten Strafprozeß, wäre es nicht gekommen, wenn Josephsen den seinerzeit vom Vertreter der Hesse, Justizrat Dr. Marcuse, gemachten Vergleichsvorschlag angenommen hätte. Josephsen hatte aber jede Einigung über die gelieblichen Forderungen der Hesse abgelehnt, woraus sich dann das Strafverfahren entwickelte, das bereits einmal eingestellt worden war. Josephsen wurde im Strafprozeß bekanntlich von der Anklage der Anstiftung zum versuchten Morde freigesprochen, doch war die Urteilsbegründung für ihn moralisch vernichtend. Der Zivilprozeß der Hesse gegen ihn läuft aber weiter und es wurde erst kürzlich vor der VI. Zivilkammer verhandelt, die beschloß, in der Beweiserhebung fortzuführen. Mit Rücksicht auf die von der Hesse gestellten Ansprüche waren Josephsen längere Zeit hindurch Abzüge von seinem Gehalt gemacht worden. Wie nun dem Vertreter der Hesse mitgeteilt wurde, beziehe Josephsen kein Gehalt mehr, also können auch keine Abzüge mehr gemacht werden. Demnach ist wohl anzunehmen, daß Josephsen inzwischen aus dem Staatsdienst entlassen wurde.

Die Milch der Erwerbslosenfinder.

Das städtische Presseamt schreibt:

Die vom städtischen Jugendamt durchgeführten Winter-Kot-Randmaßnahmen für die Kinder von Erwerbslosen werden am 31. März dieses Jahres eingestellt. Vom 1. April ab erhalten Erwerbslose nur noch Freimilch für jedes zweite und weitere Kind. Vom 1. Mai ab hält jede Fürsorgestelle, wie früher, nur noch dreimal wöchentlich Sprechstunden ab.

Die Unternehmer zur Wahrheit ermahnt.

Das städtische Arbeitsnachweisamt schreibt uns: An alle Arbeitgeber ergeht das bringende Ersuchen, in den Bescheinigungen über Entlassung der Arbeiter und Angestellten den wirklichen Entlassungsgrund richtig anzugeben. Die Bescheinigungen gehören zum Prüfungsmaterial für die Erwerbslosenfürsorge. Wenn aus der falschen Entlassungsbescheinigung der Erwerbslosenfürsorge ein Schaden entsteht, muß von dem Arbeitgeber Ersatz des Schadens verlangt werden. Es liegt daher im Interesse der Arbeitgeber, stets den wirklichen Entlassungsgrund anzugeben.

Im Jähorn erschlagen.

Montag vormittag ereignete sich unter den Arbeitern, die den neuen Sportplatz zwischen Opperauer und Hardenbergstraße an der Umgebungsbahn anlegen, ein blutiger Mordtät. Ohne ersichtlichen Grund schlug einer der dort beschäftigten Hilfsarbeiter einen anderen mit dem Spaten über den Kopf. Schwerverletzt sank der Geschlagene zu Boden und verschied bald. Wie wir hören, soll der Jähornige schon einige Male durch seine plötzlichen Ausfälle anderen Schaden angerichtet haben. Er soll auch bereits als schwerer Nervenleidender erkannt und als unter § 51 der Strafprozessordnung zu zahlender Betrachtet worden sein. Der Täter gilt sonst im normalen Zustande als ein ruhiger und arbeitswilliger Mann.

An die Betriebsvertrauensleute!

Hast du schon in deinem Betriebe mit den Generalanzeigerlesern Fühlung genommen, sie dazu zu bringen, daß sie endlich die Volkswacht lesen und Mitglied der Sozialdemokratischen Partei werden?

Von der städtischen Feuerversicherung.

Die städtische Feuerversicherungsanstalt schreibt uns: Der für das Versicherungs-(Kalender-) Jahr 1926 nach § 14 der Anstaltsordnung von den Versicherungsnehmern zu erhebende Feuerversicherungsbeitrag ist auf 68 v. H. des veranlagten Grundbeitrages festgesetzt worden. Für ein gewöhnliches Wohngebäude beträgt demnach der wirklich zur Erhebung kommende Beitrag 17 Pfennig von 1000 Mark Versicherungssumme. Die Beitragsrechnungen werden den Zahlungspflichtigen in der zweiten Hälfte des Monats April zugestellt werden. Die Versicherungsnehmer werden gebeten, Zahlung nur an die in der Rechnung angegebene Kasse, das ist die städtische Steuerkasse, Einzahlungssamt, in Breslau, Elisabethstraße 9a, nicht an Posten zu leisten. Die Veröffentlichung der Verwaltungsergebnisse der Anstalt findet nach endgültigem Rechnungsabluß im Breslauer Gemeindeblatt statt.

Ein ausgezeichnetes Variété-Programm

widerten die stellunglosen Künstler Sonntag, den 20. März, in einer Morgenvorstellung im Viktoriathheater ab. Es ist zu wenig bekannt, daß die Künstler wohl zu mehr als 90 Prozent international und freierwerktlich sind, in der „Internationalen Künstler-Vereinigung“ organisiert sind, die dem „Allgemeinen freien Angestelltenbund“ (Afa) angeschlossen ist. Die Not der Variétés ist die Ursache, daß es auch in Breslau eine große Zahl stellungloser Künstler gibt. Der Reichsarbeitsminister hat deshalb einen Zuschußbetrag zur Verfügung gestellt, der unter gewissen Bedingungen zur Veranstaltung von Volkstheateraufführungen verfügbar ist. Das ganz ausgezeichnete Programm zeigte den erstaunten Zuschauern, daß allererste künstlerische Kräfte keine Beschäftigung finden. Was man zu sehen bekam, würde jedem erstklassigen Variété zur Zierde gereichen. Die Vorstellung soll folgende Wiederholungen erfahren: Dienstag, den 22. März, im Gewerkschaftshaus; Freitag, den 25. März, im Hotel Baudach, Frankfurter Straße 119; Sonnabend, den 26. März, im Schlegeltheater, und Sonntag, den 27. März, im „Lanzenhof“, Berliner Straße 20. Alle diese Vorstellungen beginnen abends 7 1/2 Uhr. Außerdem ist wieder eine Morgenvorstellung von 11 bis 1 Uhr am Sonntag, den 27. März, im Viktoriathheater geplant. Die Eintrittspreise zu jeder Vorstellung betragen 40 und 60 Pf. Der Besuch dieser Veranstaltungen kann mit gutem Gewissen empfohlen werden, denn für so lächerlich niedrige Eintrittspreise wird Gleiches wohl nie mehr geboten werden.

Eine gewandte Betrügerin.

Sehr vorzüglich scheint es die 46 Jahre alte Krankenpflegerin Martha Kluge zu verstehen, die Schwächen ihrer Mitmenschen auszunutzen. Ihre große, imposante Erscheinung, in Verbindung mit ihrem gewandten Auftreten, ermöglicht es ihr, sich für eine reiche Aristokratin auszugeben. Sie nennt sich oftmals Gräfin, prahlt mit ihrem kolossal reichem Vermögen und bringt es so fertig, daß die Männer ihr gern mit einigen hundert Mark ausbelfen, wenn sie sich gerade in Geldverlegenheit befindet. Abgesehen davon, daß sie bereits wegen solcher Betrügereien verurteilt und gegenwärtig verbüßt hat, wieder eine längere Gefängnisstrafe in Berlin. Am Montag fand sie in Breslau vor dem Großen erweiterten Schöffengericht, um sich wegen Verletzung des Briefgeheimnisses und Betrages im Rückfalle zu verantworten. Im Jahre 1925 war sie zur Pflegerin einer kranken Frau in einem Berliner Sanatorium bestimmt worden. Als eines Tages für die kranke Frau ein Brief ankam, öffnete sie diesen und behielt ihn. Ihre zweite Straftat lag wieder auf ihrem alten Gebiete. Im vorigen Jahre hatte sie einem Landwirt aus Kurhess, Kreis Ströhlen, erzählt, daß sie sehr reich sei. 34000 Mark lägen bei einer Breslauer Bank, und jetzt wolle sie das Rathaus in Charlottenbrunn kaufen. Der Landwirt glaubte ihr alles aufs Wort. Es wurde noch eine Bergnützungsgewinn in einige andere Bäder gemacht, und der Land-

wirt bezahlte gern für seine Begleiterin, die er gerade in der Verlegenheit stand. Als er merkte, daß er einer Betrügerin in die Hände gefallen war, hatte ihn der Spaß bereits in 600 Mark gekostet. Das Gericht billigte ihr nochmals mildere Umstände zu, um sie nicht ins Zuchthaus zu schicken. Betrug des Briefes wurde Unterstellung angenommen. Das Gericht erkannte gegen sie wegen Betruges und Unterschlagung auf ein einhalb Jahre Gefängnis. Staatsanwalt hatte nur ein Jahr und einen Monat Gefängnis beantragt. Die Angeklagte nahm das Urteil an.

Wenn der Betriebsrat fehlt!

Ein im Gasthof „Schwarze Kräh“ tätig gewesener Kellner erhob gegen seine Entlassung Einspruch beim Gewerbegericht. Er hatte sich gleich an dem Tage nach seiner Entlassung an den Betriebsrat gewandt, der aber hier nichts unternehmen konnte, denn von den zehn Betrieben der Firma Weiskner, zu der auch die „Schwarze Kräh“ gehört, hat nur einer einen Betriebsrat, nämlich der „Alte Weinboden“. Dieser Betriebsrat besteht aus drei Mitgliedern. Herr M. hatte die Wiederbestellung des Klägers verweigert, weil nicht er, sondern der Pächter der „Kräh“ dafür zuständig wäre. Der als Zeuge vernommene Pächter jagte aus, daß er das Bedienungspersonal für das „Alte Weinboden“ die Löhne zahle er aus, verrechne sie aber mit dem Kläglichen.

Das Gericht war der Ansicht, daß das Betriebsratgesetz für den Kläger in diesem Falle nicht in Betracht komme. Der Pächter stelle die Leute ein und zahle die Löhne aus. Eine heftige Betriebsleitung hinsichtlich der Arbeiterfragen besteht nicht, und einen Betriebsrat gäbe es nur in einem Lokal, „Alten Weinboden“. Da der Kläger die Klage nicht zurückzuziehen wollte, wurde die Klage abgewiesen.

Engagiert — und nicht eingestellt.

Immer wieder kommt es vor, daß Arbeiter von irgendeinem Arbeitgeber engagiert werden und wenn sie sich dann zum Vertragsantritt einfinden, wird ihnen gesagt, daß keine Arbeit vorhanden ist; auch wären sie nicht fest engagiert worden. Die Schlußsatz der unliebsamen Auseinandersetzungen spielt sich gewöhnlich vor den Gerichten ab. Unrecht bekommt dann solchen Fällen meist der Arbeitgeber, der darüber beklagt wird, daß man nicht so ohne weiteres Leute engagieren kann, um dann unter irgendeinem Vorwand wieder laufen zu lassen. Dem Gewerbegericht stand kürzlich wieder ein Fall zur Verhandlung. Mit dem fiktiven Wochenlohn von 12,50 Mark in Gewährung von Holz im Werte von 50 Pf. war ein Arbeiter engagiert worden. Als er seinen Dienst antreten wollte, wurde ihm gesagt, daß keine Beschäftigung für ihn da sei. Als er später wieder meldete, wurden ihm die Papiere ausgehändigt. Das Gewerbegericht riet zum Vergleich. Der Kläger ließ sich schließlich engagieren; nur hatte der Beklagte dann keine Arbeit für ihn. Dies sei kein Grund, um die vierzehntägige Kündigungsfrist nicht innezuhalten. 20 Mark stehen dem Kläger zu. Wenn die Behauptung des Klägers, daß der Beklagte später wieder zu ihm geschickt habe, durch Zeugen bewiesen würde, dann würde er weitere Lohnansprüche haben. Angeföhrt dieser Sachlage war der Beklagte bereit, an den Kläger 30 Mark im Vergleichswege zu zahlen.

Die Taschenlampe am Geschäftsrat.

Ein in der Wurfabrik von Sch. beschäftigter Buchhändler hielt eines Tages ein Strafmandat über 6,20 Mark, weil er eine Laterne gefahren war. Sein Vater verweigerte die Zahlung der Geldbuße, denn abgesehen davon, daß er kein Feld zu hatte, war er der Ansicht, daß die Firma hier ein Verschulden trage, da es sich um ein Geschäftsrat handelte. Die Justizstelle dahier nur eine Taschenlampe zur Verfügung. Das Gewerbegericht war auch der Ansicht, daß dies keine ordnungsgemäße Beleuchtung wäre und die Firma für eine solche sorgen hätte. Die Beklagte tat denn auch das Beste, was sie konnte; sie erklärte sich bereit, die Sache durch Vergleich aus der Welt zu schaffen und die 6,20 Mark an die Polizei zu zahlen.

Ein liberaler Pfarrer, der Pfarrer Dr. Just von Salvatorikirche, ist am 17. März im Alter von 51 Jahren gestorben und inzwischen im Krematorium eingäschert worden. Sein Wunsch ging dahin, daß sein Tod vor erfolgter Einäschierung öffentlich nicht bekannt gegeben werden solle. Neben seinem Hof hat er den verschiedensten sozialen Bestrebungen gedient. Neuhaupt war er einer von den ganz wenigen Breslauer Geistlichen, denen man Sympathien entgegenbringen konnte. Politisch gehörte er zur Demokratischen Partei.

Silberhochzeit feiert heute der Genosse Franz Jaschke Steinauer Straße 8, mit seiner Frau. Genosse Jaschke liegt „Volkswacht“ seit dreißig Jahren und ist Mitglied der Partei seit 1903, seine Frau seit 1908. Wir wünschen dem braven Paar zum heutigen Ehrentage und für später alles Gute.

Eigentümer von Wertpapieren gesucht. Bei der Reichsbank Berlin befinden sich vier Stücke fünfprozentige Reichsanleihe Nr. 6842 225 über 500 Mark, Nr. 15 268 074 über 100 Mark, Nr. 10 591 109 über 200 Mark und Nr. 11 181 675 über 200 Mark. Diese Wertpapiere wurden am 5. März der Reichsbank geboten. Die Stücke sind vermutlich in der Gegend von Bautzen oder Rattowitz im Jahre 1920 bis 1921 gestohlen worden. Eigentümer können sich im Polizeipräsidium, Zimmer 56, melden.

Die Feuerwehre wurde in der vergangenen Nacht, gegen 12 1/2 Uhr, zur Hilfeleistung nach Neue Schweißstraße, Ecke Lauenburgplatz, gerufen. Dort war ein Mann von der Straßenbahn gefallen und überfahren worden. Der Verunglückte wurde mittels Krankenwagens nach dem Allgemeinen Hospital gebracht.

Einbruch. Am 20. März wurde in einer Wohn-Altbüßerstraße 52, St. III, ein Einbruch verübt, und sind unterstehende Sachen gestohlen worden: Zwei Trauringe, gez. E. und F. S. und A. H., beide noch mit Namen Hammer graviert, in einem Etui, das mit dem Namen Schubert, La Holzgasse versehen ist; ferner ein Radiopulsenapparat mit Hörer, 1 1/2 Meter Damenkleiderstoff (Popeline), eine schwarze Lederne Kinderhandschuh, ein als Anhänger verarbeitetes Zinnmarkstück (Zubehörsstück), eine imitierte schwarze Reiselampe 16 Mark Bargeld und vier Stück Konsumwaren à 10 Mark. Angaben erstattet die Kriminalpolizei, Zimmer 67.

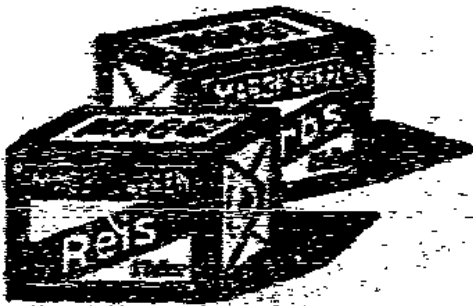
Bestrahlung wurde am 18. März ein Fahrrad, Marke „Brennabor“, das zweifellos von einem Diebstahl herrührt, Eigentümer können Ansprüche im Zimmer 10 des Polizeipräsidiums geltend machen.

Gestohlen wurde am 19. März der Fernhörer des Müllersprechers in der Verkehrshalle des Hauptbahnhofes.

Wasserstand

22. März	
Kanonen (Unter-Dege).....	2,84
Neisse (Stadl) vom 21. 3.	2,13
Dobersruh	2,35
Reifenbrunn (Unter-Dege) ...	2,35
Abflusmenge (täglich) 261 ckm	
Brieg (Mühlentran)	3,27
Friedenberg vom 21. 3.	1,66
Wasserwärme	+ 7,6

Zum Alltag u. zum Feste bleibt Christ's Brot doch das Beste!



Reiche Abwechslung in der täglichen Suppe bieten MAGGI'S Suppen-Würfel

Neu Sorten: z.B. Eier-Madein, Reis, Blumenkohl, Ochsenschwanz, Erbs, Grünkern, Tomaten, Reis mit Tomaten usw.

Zigaretten mit **echtem** Stroh-Mundstück
5-10 Pf.

u. **Persimmon** 8 Pf.
a. **weltberühmt**

Patent **Strohalm** Zigaretten
8 Pf. **Anhuri Shu** 10 Pf.
L. Przedekl, Breslau II, Berlin W. 8, Passage 45/46

Zigaretten Kork-, Gold-, ohne Mundstück,
3-6 Pf.

Bairam
hervorragende Qualitäten.

Stammhaus gegründet 1860

Wir stehen tieferschüttelt an der Bahre des

Herrn Professor

Dr. Alexander Tietze

Primärarzt am städt. Krankenhospital zu Allerheiligen.

Vor mehr als 21 Jahren ist er in den Dienst der Stadt getreten, nachdem er, ein Schüler des großen Chirurgen Mikulicz, 10 Jahre lang das Augusta-Hospital geleitet hatte. Von dem Zauber, der in der Persönlichkeit seines Lehrers Mikulicz lag, hatte er sich viel zu eigen gemacht. Seitdem hat er mit Rat und Tat unermüdlich gewirkt, wo es sich darum handelte, das Geschick des Krankenhauses zu entscheiden.

Die tiefe Trauer seiner Mitarbeiter, der Primärärzte, der Assistenten, des Pflege- und technischen Personals seiner Abteilung zeigt, wie sie sein gerechtes und gütiges Wesen zu würdigen wußten, wie sie, eine große Familie, das Gefühl haben, in ihm ihr allverehrtes Oberhaupt scheidend zu sehen. Die Verwaltung schätzte sich glücklich, auf seinen aus reichster Erfahrung fließenden Rat in jeder Lage zählen zu können.

Für die Bürgerschaft war er längst einer der volkstümlichsten Aerzte, weil alle wußten, daß sein Interesse nicht mit der körperlichen Heilung oder Besserung erschöpft war, sondern daß er in gleichem Maße Anteil an der seelischen und wirtschaftlichen Not seiner Kranken nahm. Für die Hilflosesten unter ihnen, die Kinder, die ihm oft auf lange Zeit anvertraut waren, schuf er die Krankenhausschule. Der nachgehenden Hilfe bei allen widmete er die soziale Krankenhausfürsorge.

Als Stadtverordneter hat er viele Jahre lang die Kraft eines guten und aufrechten Bürgers für die Stadt eingesetzt, die ihm Heimat geworden war. Sein Name schließt sich würdig der Reihe großer und vorbildlicher Aerzte des Allerheiligen-Hospitals an.

Die Stadt wird den Dank, den sie ihm schuldet, nie vergessen.

Breslau, den 21. März 1927.

6971

Der Magistrat hiesiger Hauptstadt.

Anton Berg

Inhaber:
Richard Kempe
Gartenstraße 86



Zur Einsegnung

Taschenuhren □ Ketten
Armbanduhren
Ohringe □ Medaillons
□ Armbänder □

Bekannt gut und billig

*Bemühen Sie sich
nicht im Zütaten!*

Ich habe ja alles in mir, was für
6 Teller gute, nahrhafte Suppe not-
wendig ist. Nur kalt anrühren und
20 Min. kochen lassen und schon
bin ich fertig. Sie sparen Arbeit,
Zeit und Kohlen.

Knorr Erbswurst

in Wurstform,
enkohl. Reis mit Tomaten, Grünkern usw.

Für die Jugendweihe



Cohn, Bebel kart. 0.90
Cohn, Robert Owen 0.75
Cohn, Marx „ 0.60
Cohn, Engels „ 0.90
Cohn, Lassalle „ 0.50

Lebensbilder unserer Führer

Volkswachsbuchhandlungen
Neue Graupenstraße 5
Neue Taschenstraße 11



Dr. Senfner-Brot

Bei ständigem Genuss wirksames Vorbeugungs-
mittel gegen Aderverkalkung und Lungenleiden.
Dr.-Senfner-Brot, durch Autoritäten glänzend
begutachtet, unterscheidet sich geschmacklich nicht
von anderem Brot.

Zu haben in allen durch Plakate gekennzeichneten Bäckereien u. Verkaufsstellen.

Die „Frauenwelt“ den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau
des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
Zu bestellen bei allen Zeitungsausträgern.

Bitte bei allen Ein-
käufen stets
die Inserenten unserer
Zeitung zu berücksichtigen

Stäberinnen
für Knaben-Bekleidungs- und Chemisierarbeiten
Paul Schindler, Schmiedmühlener Straße 43b

Heute früh 3 1/4 Uhr entschlief nach
kurzem, aber sehr schwerem Leiden
mein inniggeliebter Mann, unser herzens-
guter Vater, Schwieger- und Großvater,
Schwager und Onkel

Heinrich Wegner

im Alter von 58 Jahren.

In tiefstem Schmerz

Breslau, Urm, den 21. März 1927

Marie Wegner
nebst Kindern.

Beerdigung: Donnerstag, nach-
mittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Am
Waldchen 15, aus nach dem Erlöser-
Friedhof in Oswitz. 242

Am 21. März, früh 3 1/4 Uhr, verstarb nach kurzem aber
qualvollem Leiden, unser langjähriger Bezirkskassierer

Heinrich Wegner

im Alter von 58 Jahren. 5246

Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Genossinnen u. Genossen des Distrikts 16
des Sozialdemokratischen Vereins.

Beerdigung: Donnerstag, nachm. 3 Uhr, vom
Trauerhause, Am Waldchen 15.
Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.

Am 19. März, früh 8 Uhr, verschied nach
kurzem, schwerem Leiden meine liebe Frau,
unsere herzengute Mutter, Großmutter und Tante

Frau Maria Bittner

geb. Römer
im Alter von 54 Jahren. 229

Der trauernden Gattin
Wilhelm Bittner,
nebst Angehörigen.

Beerdigung: Mittwoch, den 23. März,
nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause in
Cosel, nach dem Kocannal-Friedhof in Cosel.

Müh' und Arbeit war dein Leben,
Voll von Aerger stets umgeben.
Schwer war auch dein Krankheitsleiden,
Denn du wolltest noch nicht scheiden.
Doch die starke Todeshand
Führt dich weg von diesem Land,
Und wir werden dich stets vermissen,
Denn du warst ein guter Mensch.
Die dich kennen, werden's wissen.

Am 19. März, vormittags 8 Uhr,
verschied nach langem, schwerem
Leiden unser lieber Bruder

Fritz Reimann

im Alter von 34 Jahren.

Dies zeigen schmerzzerfüllt an

Die trauernden Geschwister
und Anni.

Beerdigung: Mittwoch, den 23. März,
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Salvator-Friedhofes. 249



„Was ist denn mit Dir los?“
„H—H—Heiser!“
„Nanu! Warum nimmst Du denn nicht
Lakrol? Das bekommst Du überall!“

Lakrol ist von prominenten Fachleuten empfohlen
Lakrol beugt Husten und Heiserheit vor!
Lakrol bewirkt die Entwicklung schädlicher Keime, bremst
wirklicher Erkrankung des Halses und der Atmungs-
organe vor.

Preis: Mk. 4.00 pro Schachtel

Bonitas & Schütz, G.m.b.H., Berlin N 30, Passat, 12-M.
Fabrikation: Heinrich Weber, Berlin, Ring 8. Fernr. Nr. 622

Inserente erzielen in unserer Zeitung
das größte Erfolg!

Vethwette elegante
Grad u. Rod-
Anzüge

Herm. Mohaupt
Raststraße 1, 1. Tel. Nr. 1300
früher Wilschstraße.

Die schönsten
Frühjahrs-Anzüge
und
Mäntel

kaufen Sie immer
noch am
billigsten
im

Herrenbekleidungshaus
Nikolaistraße 48
vis-à-vis der Barbarkirche
Hermann Patetzke

Silber. Herren-Uhren
neu, prima Wert mit Garantie
für nur 15.00 Mk. zu verkaufen
Leithaus Müller & Co.
Dhlauer Str. 50, 1. Etg.

**Druckerei
Volkswacht**
BRESLAU 2
Flurstraße 4/6

übernimmt die An-
fertigung sämtlicher
Druckarbeiten für
Industrie, Handel, Ver-
eine u. Gewerkschaften
in ein- u. mehrfarbiger
Ausführung bei preis-
werter Berechnung u.
schnellster Lieferung.

Spezialität:
Massenaufgaben
(Rotationsdruck)

Kleine Anzeigen
sind kompact gelegte ein-
seitige Anzeigen von Ver-
käufen, Kaufgejuchen u. a.
nur von Privat. Max
3 Pfennige, fett 4 Pfennige.

1 Schrant, 1 Bettito, Wasch-
tisch, Küchenschrankchen,
Rüchenschrank, Küchenschrank,
2 Bettstellen zu verkaufen.
Matthiasstraße 37, Hof. 211

Sofa 10 Mk., Ausziehtisch
15 Mk., 4 Stühle
à 2.50 Mk., 1 Küchenschrank
4 Mk., 1 Bettstelle m. Mat-
trage 20 Mk., Schrant 18 Mk.,
1 edelener Spielisch 16 Mk.,
Sportwagen 6 Mk., zu vert.,
Stengritt, Vorderbiedeje 4.

Arbeitsmarkt
Suche für halb anständig,
kräftig Burjchen, von ungef.
17 Jahren, als
6869

Lehrling
bei freier Station, einschließl.
Wäsche sowie Barlohn nach
Vertrag.
Bruno Seidel, Oberhewiger
Dom. Stuppen,
Station Bohrau, Kreis Dels.

Laufmädchen
lof. gel. Sonnenstr. 39, 1. Etg.
Borstell. von 3-6 Uhr.

Zu der
„Volkswacht“ haben
Stellen-Angebote
infolge ihrer großen Ber-
eitung in Arbeiter-
kreisen besten
Erfolg

Internationaler Sozialistischer Frauentag

22. März bis 7. April.

Proletarierinnen aller Länder

Das letzte Jahrzehnt hat eine ungeheure Wandlung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht nur in Europa, sondern darüber hinaus in — uns viel zu wenig bekannten — Gebieten der Erde mit sich gebracht. Die jahrelange Einkettung der europäischen Industriestaaten auf Warenexportierung nur für den Kriegszweck waren, eigene, rapid wachsende Industrien entstehen lassen; die weitreichende Vernichtung der Massenarbeitskräfte (mehr als 2 Millionen Arbeitslose in Deutschland, 1 1/2 Millionen Arbeitslose in England), läßt die europäischen Kapitalisten, das heißt die Regierungen, erbitterte Kämpfe um den Markt, um Rechte für den Warenabsatz, führen. Diese Kämpfe um den Markt in der kapitalistischen Welt bedrohen den Weltfrieden, Millionen von Proletariern in der beständigen Gefahr neuer überhöhter Auseinandersetzungen schweben. Der Besinnung auf die Zusammenhänge, der Nachprüfung, was und wieviel die proletarischen Frauen zur Überwindung dieser Zustände leisten können, soll der Internationale Frauentag gewidmet sein. Frauen sind, aus ihrer Neigung zum Festhalten am Überkommenen, im Allgemeinen, noch stärker als Männer in der Gefahr des Nationalismus; ihnen sollen Presse und Versammlungen zeigen, wie sehr ähnlich der Kapitalismus mit seiner Ausbeutung des Proletariats, der Frauen, der jungen Mädchen und Kinder in allen Ländern gestaltet. Die Arbeiterinnen in der Textilindustrie Schlesiens und Sachsens kennen die Kämpfe um so geringere Verbesserungen ihrer Löhne gegen brutale Arbeitgeber, die gleiche Not drückt ihre politischen Leidensgefährtinnen im Bodner Textilgebiet. Und welche Ueberfülle von Elend schließlich die Feststellung in sich, daß die gesamtchinesische Textilindustrie im Jahre 1924 in ihren Fabriken 4 300 000 Spindeln beschäftigte, gegen 1 000 000 1913. Dieses Tempo der Industrialisierung bringt mit sich eine unerhörte Ausbeutung gerade der schwächsten, der Frauen, der Kinder; eine Arbeitszeit von 12 bis 16 Stunden täglich, die Beschäftigung von Kindern von 6 Jahren an, Nachtarbeit, Sonntagsarbeit, elendeste Löhne, Mangel an notwendigen Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit. So in China, in Indien, in Japan, in Afrika werden mit zunehmender wirtschaftlicher „Geschließung“ die schwarzen Arbeiter eben diesen Zuständen auch ausgeliefert, proletarische Lebensverhältnisse, wie wir sie aus den Schilderungen über den Kapitalismus in Europa kennen. Von der europäischen Arbeiterbewegung haben die gelben und schwarzen Kapitalsklaven der fremden Erdteile gelernt, sich durch die Macht der Organisation, durch die geschlossene Vertretung von Forderungen, durch Anwendung von Machtmitteln, die sie in der Hand haben, mit Gewehren und Waffen, gegen ihre Peiniger zu wehren. Alle Machtmittel berein sich der Kapitalismus bedient, die Proletariat niederhalten, sie auszubeuten zum Zwecke der hohen Dividenden, alle Künste und Irreführungen, die er in welchem Lande auch immer anwendet, um das Proletariat willig zu machen, in Kriegen zu verbluten, die angeblich zur Erhaltung, zum Schutze des sogenannten „Vaterlandes“ geführt werden müssen, sie werden nutzlos sein, wenn die geknechteten Frauen der Arbeiterklasse in allen Teilen der Erde begreifen, daß über alle Grenzen hinweg sie einstehen müssen für die Befreiung der Millionen aus dem wirtschaftlichen und kulturellen Elend, für die Weltbürgerlichkeit der Mütter, für den Schutz der Kinder. Hier liegen die ungeheure Aufgaben für die Arbeiterbewegung jedes einzelnen Landes und für die Internationale. Wie weit sind wir in Deutschland entfernt von der Verwirklichung des Artikels 151 der sogenannten Reichsverfassung, die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundrissen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Abschaffung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen, über dem Artikel 157, „die Arbeitskraft steht unter besonderer Schutze des Reiches“. Wie weit auch sind wir von der Verwirklichung jener Forderung im kommunistischen Manifest (sie ist 80 Jahre alt!), „Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder“.

Es genügt nicht, daß nach dem Weltkriege in einigen Ländern Frauen und Kaiser davongejagt wurden. Diese kronenträgenden Charaktere waren nicht die wirklichen Machtgeber, die wirkliche Macht liegt in den Händen der großen Kapitalisten, eine Macht, die erst verschwinden kann mit der Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung selbst. Die proletarischen Frauen sollten die Lehren lernen, welche Kraft, welche Bedeutung sie in diesem Kampfe der gesamten Arbeiterklasse entwickeln können, welche ungeheure Aufgabe ihnen gestellt ist.

Proletarierinnen aller Länder, vereinigt euch!
Clara Zils-Eckstein.

Die Aufgaben des Internationalen Frauentages.

Die besondere, minderberechtigte Stellung der Frau in der Familie, Staat, kurzum im gesamten gesellschaftlichen Leben, der im Banntreibe der kapitalistischen Zivilisation lebenden Arbeiter bedingt für die sozialistische, neben der Befreiung der Frau als Verkäuferin ihrer Arbeitskraft auch ihre Gleichstellung im gesellschaftlichen Leben der Gegenwart anstreben. Die Befreiung die besondere Aufgabe der Agitation unter den Frauen der arbeitenden Klasse. Zu den Mitteln dieser besonderen und besonders wichtigen Agitation gehört der Internationale Frauentag, dessen Abhaltung die zweite Internationale Sozialistische Frauentagkonferenz 1910 in Kopenhagen beschloß und der erstmalig am 19. März 1911 in Deutschland, Österreich, Dänemark, Schweiz und Amerika begangen wurde. Das grausige Völkermorden von 1914—1918 unterbrach die hier begonnene schützende und hoffnungsvolle Arbeit. Erst anlässlich des Verbindungskongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale im Mai 1923 in Hamburg wurde die Frage der Internationalen Frauentage auf der dortigen Frauentagkonferenz wieder aufgenommen und erst die jüngste Zeit hat ihre Abhaltung wieder im internationalen Maßstab ermöglicht.

Der Internationale Frauentag soll keine Veranstaltung sein, die sich lediglich an die Frauen wendet; soll und darf nicht nur eine Sonderung unter weiblichen Mitkämpfern von den männlichen mit sich bringen; sondern hat lediglich die Aufgabe, besonders nachdrücklich Agitation unter den Klassenangehörigen Frauen. Der Internationale Frauentag soll die Frauen, noch allzu große Masse der Frauen aufzurufen und zur Teilnahme an der Arbeiterbewegung führen, welche noch immer unpolitisch, erdrückt von den Sorgen des Alltags, vor sich hin leben und dieses Leben für unabänderlich als ihnen von unbekannten Mächten vorherbestimmtes Schicksal hinnehmen.

Und ein Teilabschnitt, ein ganz kleiner Teil dieser, in ihrem ganzen Umfang gewaltigen Aufgabe wird in Deutschland vom 22. März bis zum 3. April verwirklicht werden können. Aber jeder, auch der kleinste Fortschritt der Arbeiterbewegung und jede, auch der kleinste Fortschritt in der politischen Erweckung der Klassenmäßig zu uns gehörigen Frauen, ist der Mühe wert, die für ihn aufgewandt werden müssen.

Zwar mag ein flüchtiger Blick auf die politischen Wandlungen in Deutschland seit 1918 es fast überflüssig erscheinen lassen, besonders nachdrücklich für die Rechte der Frauen einzutreten. Die rechtliche Gleichstellung der Frauen ist im Wesentlichen errungen (das Cherecht läßt allerdings auch in dieser Beziehung noch zu wünschen übrig), die politische Gleichberechtigung selbstverständlich geworden und doch ist vieles, allzu vieles, noch nicht so, wie es sein sollte, wie es werden muß. Noch wirkt sich im ganzen gesellschaftlichen Leben bis in die Arbeiterbewegung hinein, die Minderbewertung des weiblichen Geschlechts in einer als ganz selbstverständlich angesehenen moralischen wie materiellen Schlechterstellung aus; noch ist die arbeitende Frau das Werkzeug des Lohnbruders und vielfach von qualifizierter besserbezahlter Tätigkeit ausgeschlossen.

Deshalb ist es nicht überholt, sondern von allergrößter Bedeutung, den Internationalen Frauentag im sozialistischen internationalen Sinne zu einer machtvollen Aktion des Kampfes und des Kämpfens zu gestalten.

Der Internationale Frauentag in Deutsch-Oesterreich.

Von Adelheid Popp, Wien.

Von der zweiten Hälfte des März bis in die erste Aprilwoche wird in vielen Ländern der Internationale Sozialistische Frauentag begangen. Als auf der Internationalen Frauentagkonferenz in Kopenhagen im Jahre 1910 die Genossin Luise Zieg die Einführung dieses Frauentages beantragte, wurde ihr Antrag mit Begeisterung angenommen, und ohne Ueberhebung kann wohl gesagt werden, daß speziell die österreichischen Genossinnen von 1911 bis heute ununterbrochen, selbst in den schlimmsten Kriegsjahren, an der Idee des Frauentages festgehalten haben. Die Form hat sich gewandelt, die Idee ist geblieben. Der Antrag von Luise Zieg ging dahin, an einem Tage im Jahre in allen Ländern für die Eroberung des Frauenwahlrechtes zu demonstrieren. Der erste Frauentag im Jahre 1911 war in allen Oesterreich gleichzeitig die erste Demonstration der sozialistischen Frauen überhaupt, und zwar in den schönsten Straßen Wiens.

Im Kriege, als diese Form der Demonstration nicht möglich war, wurden in vielen Versammlungen in geschlossenen Sälen einberufen. Jemande neutral klingende Tagesordnung wurde angelehnt und, umrahmt von Rezitationen, wurde die Rede zum Frauentage gehalten. Die Form mußte in jedem Jahre geändert werden, weil man bei Wiederholungen mit einem Verbot hätte rechnen müssen. Nur 1919, als kurz vorher die Frauen das durch die Revolution in Deutsch-Oesterreich erhaltene Wahlrecht ausgeübt hatten, ist der Frauentag ausgefallen. War doch der Besitz des Wahlrechtes die größte Demonstration für das Fortschreiten der Gleichberechtigung der Frauen! Von 1920 an wurde in Oesterreich der Frauentag wieder aufgenommen, weil sich die Genossinnen sagten: Die Frauen haben zwar den Stimmzettel in Händen, aber die Zeit zur politischen Auffklärung der Frauen war so kurz, daß man nicht annehmen konnte, daß die größere Masse auch schon weiß, was der Stimmzettel bedeutet. So waren seit 1920 die Frauentage nicht mehr Demonstration für die Eroberung politischer Rechte, sondern Mittel, um in besonders manifestanter Weise den Frauen vor Augen zu führen, welche Pflichten ihnen der Stimmzettel auferlegt. Der Frauentag ist in Oesterreich eine der besten Aufklärungsmöglichkeiten, da sonst Frauen nie in Massen zusammenkommen. Als wir 1925 in Wien, dem großen Zentrum unseres kleinen Staates, zum ersten Male statt einer großen zentralen Veranstaltung den Frauentag in die Bezirke verlegten, um aus einer einzigen Veranstaltung einundzwanzig zu machen, war der Erfolg überwältigend. Bis zu sieben tausend Frauen hatten sich in den einzelnen Bezirken versammelt. Vielfach kamen sie unter Führung der Betriebsräte aus den Fabriken und Werkstätten nach dem Aufstellungsplatze, um von dort, begleitet von Musik, nach dem Versammlungsort zu ziehen. Die Zahl der roten Fahnen, Banner und Standarten in den Frauenmärschen wurde immer größer. Die sozialdemokratischen Ordner stellten sich an die Spitze und an das Ende der Züge, um jede Unbill von den demonstrierenden Frauen fernzuhalten. Im Vorjahre fand der Wiener Frauentag an einem trübem, regnerischen Sonntag am Rathaus statt. Trotz des nassen und kalten Wetters waren mindestens dreißigtausend Frauen auf dem Platz vor dem Rathaus erschienen.

In diesem Jahre wird der Frauentag bei uns die Zeit von drei Wochen in Anspruch nehmen. Schon am Sonntag, 13. März, haben in den Alpenländern die ersten Frauentagsversammlungen begonnen. Selbst im schwarzen, kerzernen Triol veranstalteten die Frauen Bezirksfrauentage, wo sich am Hauptort die Genossinnen aus den umliegenden Orten zusammenfanden. Ungefähr vierhundert Frauentagsversammlungen werden in diesen drei Wochen stattfinden. In den größeren Industrieorten sind Vorbereitungen für große Demonstrationen getroffen worden. Vielfach plant man große Bezirksfrauentage, zu denen die Frauen aus weit entfernt liegenden Orten zu Fuß oder mit Lastkraftwagen und Sonderzügen kommen werden. In Wien wird der Frauentag wieder in die Bezirke verlegt. Da am 24. April die Wahlen in den Nationalrat, in den Landtag und die Gemeinde stattfinden, wird der Frauentag in den Dienst der Wahl-agitation gestellt.

In erster Linie gilt der Frauentag jedoch der internationalen Idee. Die Gründung des Internationalen Frauenkomitees, der am 12. Februar dieses Jahres die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zugestimmt hat, wird als eine Etappe der internationalen Bestrebungen der Frauen gefeiert. Die sozialistischen Frauen Oesterreichs werden sich an diesem Tage den Genossinnen aller Länder besonders verbunden fühlen. Internationale Solidarität und Pflichterfüllung in den Reihen der eigenen Partei werden dem Frauentage 1927 das Gepräge geben. Den Genossinnen Deutschlands im besonderen senden die Genossinnen Deutsch-Oesterreichs ihre schweizerischen Grüße. Wie in jedem Jahre, gibt das österreichische Frauenreichskomitee auch diesmal eine eigene Festschrift zum Frauentage in 50 000 Exemplaren heraus.

Die Einführung der weiblichen Polizei.

Von M. E. Prochownik.

Wohl auf keinem Gebiete der öffentlichen Verwaltung kommt die Entwicklung vom alten Obrigkeitstaate zum modernen Volksstaate so sinnfällig zum Ausdruck als durch die jetzt in verschiedenen Freistaaten beginnende Einführung weiblicher Kräfte in verantwortlicher Stellung bei der Polizei. In der Polizei verkörpert sich die Staatshoheit, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Einzelnen oder der Gesamtheit drohenden Gefahren an Leib, Leben und Besitz zu dienen hat. Die Polizei hat also Gefahren und Nachteile, die durch Naturereignisse und Rechtsverletzungen herbeigeführt werden können, vorzubeugen oder diese abzuwehren und im alten Staate vor der staatsbürgerlichen Gleichstellung der Frauen durch die Revolution wäre es Vertreter der Regierung wohl als eine Ungeheuerlichkeit erschienen, daß Frauen, die nur als Objekt der Regierung in Frage kamen, das Recht erhalten sollten, polizeiliche Befugnisse auszuüben. Wohl sind auch schon in den letzten Jahren vor dem Kriege Frauen bei den Polizeiverwaltungen tätig gewesen. Sie wurden in einzelnen Städten als Fürsorgerinnen zugelassen, um sich der Jugendlichen beiderlei Geschlechts und Frauen anzunehmen, die zu ihrem eigenen Schutze oder wegen des Verdachtes eine strafbare Handlung begangen zu haben, festgenommen worden waren. Diese Frauen hatten aber keinerlei polizeiliche Befugnisse, das heißt, sie durften weder bei den Aufgaben der Sicherheitspolizei (sicht Schutzpolizei) im Straßendienst zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit, noch bei Aufgaben der Verwaltungspolizei, Gewerbe, Markt-Unfall, Feuer, Arbeiterchutz, Versicherungsweien, Wirtschaftspolizei, Melde- und Postwesen und anderes mehr oder bei polizeilichen Ermittlungen aller Art, Erlass und Vollstreckung von Strafverfügungen mitwirken. Auch bei den Aufgaben der Kriminalpolizei, die die Erforschung strafbarer Handlungen, Ermittlung der Täter, Festnahme und Transport verdächtiger und verurteilter Personen durchführt, war die Beteiligung der Fürsorgerinnen, auch soweit es sich um Jugendliche und Frauen handelte, im Rahmen der polizeilichen Maßnahmen unzulässig und eine Beteiligung von ihnen erst möglich, wenn die Polizei auf weitere Tätigkeit in einer Sache verzichtete und die Behandlung abgab. — Die Fürsorgerinnen brauchten darum auch nicht den allgemeinen Bestimmungen über Vorbildung, Art des Dienstverhältnisses, Disziplinargewalt, äußere Kennlichkeit durch Uniform oder Dienstaussweis unterliegen und waren in ihrer Tätigkeit nicht an die Beobachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Formalitäten, die für die Amtshandlungen der Polizeibeamten in Geltung sind, gebunden. Ein Teil der Frauen, die als Fürsorgerinnen tätig waren, lehten sogar die Uebertragung polizeilicher Befugnisse ausdrücklich ab mit der Begründung, daß sie nur Fürsorgerin treiben wollten und an eine entsprechende Tätigkeit als Polizeibeamte wegen der ihnen dann auferlegten Hemmungen nicht glauben. Diese Einstellung ist dadurch zu erklären, daß sie vornehmlich die Aufgabe hatten, sich der stilllich gefährdeten Frauen und Mädchen anzunehmen, die in Verdacht standen, Gewerksunzucht zu treiben, das heißt, ihren Körper gegen Entgelt an verschiedene Männer preiszugeben und die Fürsorgerinnen fürchteten, solange das System der sittenpolizeilichen Aufsicht über die als Dirne zugelassene Frau in Geltung war, ständig innere und äußere Konflikt, indem sie bestrebt waren, möglichst viele Frauen vor der Sittenkontrolle zu bewahren und die Polizei wiederum die Aufgabe hatte, die Frauen, denen mehrfach Gewerksunzucht nachgewiesen worden war, den polizeilichen Kontrollbestimmungen zu unterwerfen. Nachdem jetzt durch die Annahme des Gesetzes zur Aufhebung der Geschlechtskrankheiten diese sittenpolizeiliche Aufsicht im ganzen Reiche zum 1. Oktober 1927 aufgehoben wird, sind diese Schwierigkeiten für die Tätigkeit der weiblichen Polizei nicht mehr zu befürchten. Trotz des tief inneren Widerpruchs in Ziel und Methode der bis jetzt zwischen den Aufgaben der Sittenpolizei und der Fürsorge besteht, hat sich die Zusammenarbeit von Polizei und Fürsorge überall bewährt, wo von beiden Seiten Takt und guter Wille herrschten und streng unterschieden wurde zwischen grundsätzlich anderer Auffassung und praktisch notwendigen Maßnahmen auf Grund der noch in Geltung befindlichen gesetzlichen Bestimmungen. So hat die Tätigkeit der fürsorgerisch wirkenden Frauen nicht nur auf dem Gebiete der Sittenpolizei allmählich in die herrschenden Anschauungen eine Stelle geschaffen, sondern auch die Erkenntnis gewacht, daß für die Aufgaben der Polizei, insbesondere soweit sie auf dem Gebiete der Vorbeugung von Gefahren liegen, die Mitarbeit der Frau nicht mehr entbehrt werden kann.

Die ersten Versuche mit der Einführung weiblicher Polizei sind auf Anregung einer Engländerin, Mrs. Corbett-Abbott, der Präsidentin des Frauenweltbundes für Frauenstimmrecht, in Köln, während der Zeit der englischen Besatzung im Jahre 1923 gemacht worden. Hierbei hat sich über politische und nationale Gegensätze hinweg das gemeinsame Verantwortungsgesühl von Frauen für Frauennot bewährt. Die englische Führerin hatte von den unhaltbaren Zuständen gehört, die in Köln infolge der rückwärtsgehenden Art der Festnahme von Frauen jeden Alters und jeden Standes entstanden waren, die im Verdacht standen, intime Beziehungen zu einem Angehörigen der Besatzungsstruppen zu haben. In ganz unzureichenden Räumen waren oft 30 bis 40 Frauen nachts eingesperrt, die aufgegriffen worden waren und einer Zwangsuntersuchung wegen Verdacht der Geschlechtskrankheit unterworfen wurden. Das englische Kriegsministerium ließ sich von Frau Corbett-Abbott von der Unhaltbarkeit der Zustände überzeugen und entsandte eine englische Kommandantin zur Prüfung der Verhältnisse nach Köln, die nach Führungnahme mit dem Frauenausschuß für Gefährdetenfürsorge, dem Frauen aller politischen Richtungen angehörten, und im Benehmen mit den zuständigen Behörden die Einführung einer weiblichen Polizei nach englischem Muster übernahm. Am 1. Juli 1923 trat eine englische Polizeieinspektorin und 5 Konstablerinnen den Dienst an, denen bald 3 deutsche Frauen zugeordnet wurden. Die weibliche Polizei erhielt den Namen Frauenmohlfahrt; sie war im Straßendienst, bei Revisionen über beleumdeter Lokale, Bergnigungsarbeiten, Kummelpunkte aller Art, bei Revisionen des Hauptbahnhofes und anderes mehr tätig. Außerdem wurde den Frauen die Vernehmung von Kindern, Jugendlichen und Frauen in allen Fällen, in denen sie als Geschädigte oder als Angezeigte in Strafsachen vorkamen, wegen Verdacht der Geschlechtskrankheit oder der Gewerksunzucht, zugelassen. Kuppelei usw. vernommen werden mußten. Die Kosten der weiblichen Polizei in Köln wurden zunächst auf Reparationskonto verbucht, bis die englische

Am 31. März in Breslau

Internationale Kundgebung

Rednerin: Genossin Doróta Kluczynska, Warschau

Delegierte der politischen Sozialdemokratie bei der Sozialistischen Arbeiterinternationale.

Regierung, nachdem die Verhältnisse sonderbar waren, ihre Kräfte im Jahre 1926 zurückzog. Die Stadt Köln wollte nur eine verminderte Zahl von Kräfte auf ihre Kosten übernehmen und so wurde die Frauenteilnahme am 1. Mai 1925 in Köln aufgesetzt und ein Teil der städtischen Tätigkeit von städtischen Fürsorgeeinrichtungen übernommen. Die weibliche Polizei in Köln hatte neben den genannten polizeilichen auch fürsorgliche Aufgaben erfüllt, wie Unterbringung in Heimen, Mülltransport nach Hause, Unterbringung in Stellen und anderes mehr. Ein Teil dieser Aufgaben wird an anderen Orten, zum Beispiel bei uns in Breslau, durch das städtische Waisenamt durchgeführt. Als entscheidende Neuerung wurde aber in Köln zum ersten Male der Jugenddienst durch Frauen, die Umwandlung des Polizeigewährsamts in ein Schutzheim und die Einführung der Unterbringung durch eine Verzeiterin in einem Heim anstelle des Polizeigewährsamts mit Erfolg durchgeführt und diese Aufgaben sollen auch in Zukunft das Haupttätigkeitsgebiet der weiblichen Polizei werden. — Aufgaben der Wohlfahrtspflege, der Erziehung und Jugendfürsorge sollen dagegen außerhalb der Zuständigkeit der weiblichen Polizei bleiben. Eine scharfe Abgrenzung polizeilicher Maßnahmen ist im Interesse der Gewährleistung der verfassungsmäßigen Rechte der einzelnen Staatsbürger unbedingt notwendig, ohne Rücksicht darauf, welche Vorbildung oder persönliche Eignung und Geschlecht die einzelnen Beauftragten der Polizei teilweise auch für weitere Aufgaben haben könnten, weil bei einer Erweiterung des Prinzips der Beschränkung polizeilicher Tätigkeit auf ihr ursprüngliches Gebiet der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit und der Abwendung drohender Gefahren auch auf anderen Gebieten polizeilicher Tätigkeit eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse eintreten konnte.

Die Entwicklung der heutigen Polizeitätigkeit geht bei uns in Deutschland nach dem Vorbilde der angelsächsischen Länder seit der Revolution immer mehr dahin, den alten Polizeigeist des nur Befehlens und Verbietens zu überwinden und das Vertrauen der Bevölkerung und Verständnis für im allgemeinen Interesse notwendige polizeiliche Maßnahmen durch Höflichkeit, Hilfsbereitschaft und Entgegenkommen im Umgang mit dem Publikum zu erreichen. In dieser anderen Stellungnahme der Polizei zur Bevölkerung drückt sich deutlich die Entwicklung vom Untertan zum Staatsbürger, vom Obrigkeitsstaate zur demokratischen Republik aus. Schutzpolizeiliche Maßnahmen zur Abwendung von Gefahren können jetzt in einem Geiste getroffen werden, der sich Auffassungen der öffentlichen Wohlfahrtspflege nähert und durch rechtzeitiges Einschreiten zur Verhütung sozialer Misstände, insbesondere auf dem Gebiete des Schutzes von Kindern, Jugendlichen und Frauen führen. Die neue weibliche Polizei, die als Grenzgebiet der Wohlfahrtspflege polizeilichen Schutzes allen Gefahren in enger Zusammenarbeit mit der Gesundheitsfürsorge gewähren und im Straßendienst, bei polizeilichen Vernehmungen, bei Ermittlungen, Transporten von Kindern, Jugendlichen und Frauen tätig werden soll, wird durch die Einstellung der sozial geschulten Frauen zu den polizeilichen Aufgaben dazu beitragen, daß nicht nur auf den Gebieten der Schutz- und Verwaltungspolizei, sondern auch der Kriminalpolizei neben dem Gedanken der Vergeltung einer Straftat sich der Gedanke der Erziehung und Bewahrung vor weiteren Straftaten durchsetzt und daß bei Aufhebung von Verbrechen und Vergehen nicht nur der Tatbestand ausschlaggebend bleibt, sondern die Persönlichkeit des Täters. Die Tätigkeit der weiblichen Polizei kann damit — über das ihr zunächst gesteckte Ziel hinaus — aus ihren Erfahrungen und Erkenntnissen auf dem weiten Gebiete der Kriminalistik, das hier ausschlaggebend von männlicher Weisheit beherrscht wurde, dazu beitragen, daß durch die Einwirkung weiblicher schöpferischer Kräfte, durch feineres Einfühlungsvermögen und bessere Erfassung psychologischer Zusammenhänge die soziologischen Ursachen schuldhaften Verhaltens besser erfasst und damit neue Wege zur Bewahrung und Verhütung, nicht nur im Einzelfalle, sondern allgemein gefunden werden.

Zur Frage der §§ 218, 219.

Wenn auch die Frage der §§ 218, 219 durch die kürzlich im Reichstag verabschiedete Novelle in der aktuellen Politik etwas in den Hintergrund getreten ist, so hat sie doch an Bedeutung für die Frau im allgemeinen und die proletarische Frau im besonderen keineswegs eingebüßt. Die Strafbestimmungen sind der langsam sich geltend machenden Wandlung in der Spruchpraxis der Gerichte und der gesellschaftlichen Beurteilung ein wenig gefolgt, sind ein wenig gemildert worden. Doch die Tatsache des Verfalls, die Kennzeichnung der Schwangerschaftsunterbrechung als kriminelle unter Strafe gestellte Tat, bleibt bestehen und wird von jenen Kreisen, deren politische Vertretung sich in den bürgerlichen Parteien widerspiegelt, immer noch nachdrücklich als notwendig, ethisch oder bevölkerungspolitisch erforderlich begründet. Auch in unseren Kreisen war und ist das Problem der Schwangerschaftsunterbrechung nicht etwa ein eindeutig gestellter Programmpunkt, sondern bis zu einem gewissen Grade, sei es von medizinischen, sei es von bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten aus, weniger über die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der §§ 218, 219 auch in ihrer gemilderten Fassung Einmütigkeit herrschen dürfte. Problem. So vertritt beispielsweise Genährt Toni Wulf die Auffassung, daß das von Seiten eines deutschnationalen Abgeordneten betonte Argument des Rechts der Frau über den eigenen Körper nicht der Maßstab einer kollektiv gerichteten zum Sozialismus strebenden Gedankenwelt sein könne, in deren Bereich die Bestimmungsmöglichkeit der Einzelnen hinter dem Gemeinwohl zurücktreten hat. Dem steht als Gegenspieler der emanzipierten Vorkämpfer der kommunistischen Bewegung auf unserem Boden stehenden Breslauer Verzeiter Dr. C. Bender in der schließlichen Gesellschaft für vaterländische Kultur ist das wichtigste, ausschlaggebende Argument gegen diese entschieden etwas zu weitgehende Auslegung der in der sozialistischen Gemeinschaft — in der wir ja noch nicht leben — notwendigen Einordnung des Einzelnen, mit dem Worte Galtworths, „Es ist eine böse Sache, dem Instinkt einer Mutter zu wider zu handeln“, vorangestellt. Dr. Bender tritt nämlich mit bemerkenswerter Konsequenz für die bedingungslose Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung und öffentliche Volksbelehrung über empfängnisverhütende Maßnahmen ein und begründete diese von ihr scharf formulierten Forderungen durch eine wissenschaftliche, zafsiologische Untersuchung. Mag man auch erinne in die diesem Zusammenhang ausgesprochenen Auffassungen, wie des einmal notwendig werdenden „Befehlens mit dem eigenen Bodenertrag“ und dem voraussetzlichen Einschränkung der industriellen Abnahmefähigkeiten (was Dr. Bender an anderer Stelle teilweise selbst widerlegt) vom Gesichtspunkt sozialistischer Wirtschaftsbetrachtung für antichristlich halten, was man als Sozialist, nicht als „Partei“politiker, auch behaupten, daß aus der jählichen und doch erschütternden Darstellung der proletarischen Existenzbedingungen und der in der heutigen Gesellschaftsform grauen Zukunft des Proletariats nicht die Begründung einer Forderung eben dieser Gesellschaftsform erwächst, so ist doch die wissenschaftliche, von herrschenden Vorurteilen vollständig losgelassene Beweisführung Dr. Benders außerordentlich bedeutungsvoll. Es kann nur konstatiert werden, wenn sie sagt: ... mit juristischen Spitzfindigkeiten, mit Paroxysmen und moralischen Werturteilen soll man kein biologisches Problem. Das biologische Problem ist in diesem Falle auf eine kurze Formel gebracht — Qualität oder Quantität. Ueber die „Partei“politik sind wir vielleicht ein wenig anderer Ansicht, denn tatsächlich war die Frage der §§ 218, 219 nie ein Objekt parteipolitischer Rücksicht. Sie geriet und mußte in die politische Diskussion geraten, weil sie nur politisch lösbar ist. So ist auch — wir glauben hier mit Frau Dr. Bender einig zu sein — das lächerliche und läuzliche mit aller Feindschaft moralisierenden öffentlichen Heimgelächter umgangene Verbot der Anwendung empfängnisverhütender Mittel

*) Das Verbot der Schwangerschaftsunterbrechung und seine Wirkung auf die Frau von Dr. Clara Bender Verlag „Die Welt“ Köln, Breslau.

hym. die Frage der zu erfüllenden Volksbelehrung auf öffentlicher Grundlage viel zu wenig in den Banquets der politischen Diskussion und Aktion getreten, welche allein Reformen der bestehenden Zustände ermöglichen.

Besonders bedeutsam erscheint uns, was über die Einflüsse der materiellen Interessiertheit der Kirche gesagt wird, deren Verfolgung für Dr. Bender Voraussetzung der Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung ist und ersichtlich die unheimlichste Grabschrift, mit der sie den Kollegenkreisen ihres faches gegenübertritt, die zwischen der für eigenen und der für fremden Gebrauch gültigen Moral unterscheiden. Im ganzen gesehen, finden wir hier einen wertvollen Beitrag zu der Diskussion über die Zulässigkeit der Schwangerschaftsunterbrechung, die die sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Österreichs in den letzten Jahren besonders bewegte und für uns, wie schon betont, keineswegs als abgeschlossen gelten darf. Denn für uns handelt es sich nicht nur um eine zafsiologisch wichtige, sondern auch, und in erster Linie, um eine Lebensfrage der proletarischen Frau.

Der Geist, gegen den wir kämpfen,

erhebt sich aus einem Gutachten, das der Direktor der Rheinischen Provinzial-Hebammenlehranstalt und Frauenklinik in Elberfeld, Dr. C. Martin, im Auftrage der Deutschen Textilindustriellen über die Schwangerschaftsunterbrechung in der Textilindustrie erarbeitet hat. Dieser merkwürdige „Fachmann“, dessen Elaborat als Musterbeispiel der Verhärtung der Wissenschaft für das kapitalistische Profitinteresse gelten kann, ergründet, ohne sich durch Sachkenntnis des Begriffs Fabrikarbeit das Urteil trüben zu lassen, daß es den Textilarbeiterinnen gar nicht so schlecht geht. Er schreibt:

„Keineswegs soll und kann geleugnet werden, daß auch der Beruf der Textilarbeiterin seine Anstrengungen birgt. Auch das Nichtstun kann zu einer Anstrengung werden. (Dieses „Problem“ ist für die Textilarbeiterinnen nicht von großer Bedeutung.) Nicht bis zehn Stunden lang den Lärm der Maschinen zu hören, hin und her zu gehen, fortgesetzt die Glieder zu bewegen, gespannt aufzupassen, ermüdet gewiß. Man kann aber nicht sagen, daß diese Tätigkeit der Arbeitsleistung einer Hausfrau gleichkommt. Auf Grund meiner Beobachtungen kann ich die Tätigkeit einer schwangeren, schwer und rastlos bis zum Augenblicke der Geburt arbeitenden Hausfrau und einer Textilarbeiterin nur dahin vergleichen, daß ein gesunder Körper einer Textilarbeiterin bei einer im physiologischen Rahmen sich abspielenden Schwangerschaft die angeforderte Arbeitsleistung ohne weiteres erledigen kann. Ihre hohen Erleichterungen durch männliche Hilfen, sowie durch Austausch der Arbeitsstätte zur Verfügung, der Hausfrau nicht. Das Bewußtsein der Hilfe allein erleichtert schon die Arbeit, das Bewußtsein des Fehlens erschwert, vergrößert.

Was die Arbeit im Stehen kennzeichnet, ist das Fehlen der Muskelbewegung in den Beinen, welche bewirkt, daß das Blut nicht, wie bei regelmäßigem Wechsel zwischen Muskelzusammenschiebung und -erschaffung, in die Höhe getrieben wird. Zunächst ist man geneigt, an die Menschen zu denken, welche bei feierlichen Gelegenheiten wie aus Wachs gegossen stillstehen. Ein derartig ruhiges Verhalten habe ich in den Betrieben nicht gesehen. Da die meisten Menschen beim Schlafen mit dem Kopf hoch und den Beinen tief liegen, so mühten auch alle diejenigen, welche viel und lange schlafen, unter derartigen Bluttauungen leiden. Das ist bisher noch nicht beobachtet worden. Die Arbeitsleistungen der Textilarbeiterinnen sind nicht so hoch einzuschätzen, wie die einer schwangeren Hausfrau. Der in hohem Grade anpassungsfähige (?) Körper einer Schwangeren ist, soweit sich alles in physiologischen Grenzen abspielt, der schwereren Arbeitsleistung

Moskauer Nachtasyl.

Im Moskauer „Trud“ gibt Sofia Winogradskaja ihre Eindrücke wieder, die sie in den Nachtasylen gelegentlich der Volkszählung im Dezember 1926 gesammelt hatte.

Nachtasyl ... Mit diesem Wort unverständlich verbunden ist die Vorstellung von den Schlupfwinkeln einer Großstadt, von den Spielarten der Sittenverderbnis, von Dieben, Mördern und Prostituierten.

Das Nachtasyl war ehemals die letzte Stufe. Tiefer konnte man nicht sinken. Wer darin verfangen, fand keinen Ausweg mehr. Wie ein Schwamm lag es allen Abgängen des Lebens ein. Es verschlang alle, die das Kapital von Haus und Scholle jagte, aller Mittel entblühte, in ferne Gegenden nach Lohn und Arbeit trieb und schließlich, ausgebeutet und ausgepreßt, auf die Straße warf. Neben dem durch Steuern ruinieren Bauern und dem hinausgeworfenen Fabrikarbeiter ging dorthin der hungernde Student, der bankrotte Kaufmann, der durch Spielschulden verlotterte, oft hochbegabte Hölbling. Das am meisten berühmte Nachtasyl war die Chitrowka. Sie wurde nach der Revolution geschlossen, doch behielt sie den Charakter einer Herberge für Obdachlose.

Düstere Szenen aus Gortis „Nachtasyl“ entrollt Sofia Winogradskaja aus der Kammerabteilung der Chitrowka, die sie zuerst besucht hatte, um dann fortzufahren: Durch die Schlafräume für Männer gelangt man in die Abteilung für Frauen. Vor der Tür hängt ein Schild. Für die Nacht werden die Frauen eingeschlossen. Die Aufseherin überzeugt sich von Zeit zu Zeit, ob auch die Tür verschlossen ist oder ob ...

Wer verbringt die Nacht hinter diesem Schloß? Die Verflohenen — das sind die Bewohnerinnen des Nachtasyls für Frauen. Jede hat ihr Drama, ihre Tragödie. Weist sind es junge, während ihrer Schwangerschaft von Männern verlassene Frauen. Im Hof erwarten sie die Geburt. Wo sollen sie sonst hin? Hier bleiben sie mit dem Neugeborenen, sofern es nicht in einem Kinderhort untergebracht werden kann. Sie vom Kindchen trennen — oder

„Zum Beispiel: aussetzen“, bemerkt eine. Viele Frauen leben hier mit ihren Kindern, mit ihren Säuglingen. Schwangere und bereits mit Kindern besetzte. Die Mutter nährt ihr Kleines und plaudert lassen. Lebte in der Provinz. Der Mann ging nach Moskau. Schrieb nicht mehr. Sie fuhr ihm nach, ihr zu suchen, denn die schwere Stunde nahte. Wo mag er nur sein? Sie weiß es nicht. Und so gebat sie im Nachtasyl ...

Ihre Nachbarin hat es besser. Deren Kind ist im Kinderhort. Beide suchen Beschäftigung, helfen einander. Sie fanden sich im gemeinsamen Leid.

Gegenüber heißt ein blendend schönes Mädchen, siebzehnjährig. Schwarze, lange Zöpfe ringeln sich auf ihrem Rücken. Ein weiches, ein schönes Kleid, hängt in Fetzen herunter. Die ehemals schneidenden Pantoffeln sind längst abgetreten, zerfressen, mit Bindfäden gebunden. Sie liegt ein Buch. Bereitwillig gibt sie Auskunft. Tochter eines abtrübsenen Goldindustriellen. Lebte vom Schokoladenhandel. Seit August handelt sie nicht mehr. „Warum?“ „Gehen Sie das nicht? Schwanger im neunten Monat. Mein Mann versich mich.“ Sie lebt jetzt davon, was ihr die Bekannten ihres Vaters geben. Ihre Mutter wohnt in Moskau. „Warum heb Sie nicht bei der Mutter?“ Sie schweigt.

„Ja, was mach's!“ tröstet die Nachbarin, eine alte, auf der Reife nach Palästina bedingungslos zücht. Was mach's, wenn auch dein Vater reich war! Und ich was nicht arm. Alles hatte ich. Gott sei Dank! Man behält mich — Gott wollte es. Man behält mich just bei der Reife nach Palästina. Egal — Gott wird mir schon helfen!

Dem Gespräch hört eine Dritte zu. Die Haare nach hinten gekämmt, blaues Kleid. Offenes Gesicht. „Und wer sind Sie?“ „Arbeitslos, handle mit Büchern. Neunzehn Jahre.“ Ihre „Bare“ liegt unterm Kissen.

einer Hausfrau gewachsen und somit auch ohne weiteres erheblich leichter der Textilarbeiterin. Die vorhandenen Bestimmungen für die schwangeren Textilarbeiterinnen werden „vollau“. Die neben dem Erwerb notwendige Hausarbeit dem tiefgründigen Wissenschaftler entgangen. Wahrscheinlich trachtet er sie in Konsequenz seiner Neigungen als Erholungs von der mechanischen Tätigkeit in der Fabrik.

Es heißt dann weiter: „Namentlich in bezug auf die schädliche Wirkung bei handbarer Schwangerschaft kommt es nicht darauf an, wo Arbeit geleistet wird. An Lärm und Geräusche, in welchen der Mensch sich berufsmäßig dauernd aufhält, gewöhnt der einseitig sich dem, daß hiernon kein schädlicher Einfluß zu erwarten ist.“ Ist es zunächst unästhetisch, unmenslich, und unbevölkerungspolitisch, daß Hausfrauen auch in der Schwangerschaft ihr Geschlecht, ihre Kinder und Mann verbergen? Soweit alle physiologischen Rahmen verläuft, besitzt der weibliche Körper eine ungeheure Anpassungsfähigkeit auch an die regelmäßigste Tätigkeit unter außergewöhnlichen Bedingungen. Gewiß gibt es genug Frauen, welche in der Schwangerschaft unter der gewöhnlichen Arbeitslast außerordentlich leiden. Hier bestehen aber lediglich irgendetwelche Enttarnungen.

Diese nur auszugswiese wiedergegebenen Auslassungen des merkwürdigen Elberfelder Frauenarztes werfen ein greuliches Schlaglicht auf die Geistesverfassung, die aus Profitinteresse der männlichen Vorherrschaststradition zusammengesetzt, rechtlicher Gleichstellung noch besteht und von den Frauen der arbeitenden Klasse übermanden werden muß.

Dieses Überwinden ist aber im Kampf gegenüber den solchen Auffassungen gesellschaftlich interessierten Unternehmern durch die Macht der gewerkschaftlichen, gegenüber den Auswirkungen im gesellschaftlichen Leben nur durch die Macht der politischen Organisation möglich.

Sorget dafür, daß der Kampf um die Seele der arbeitenden Frauen beim Internationalen Frauentag neue Kraft, neue Lebens Elemente gewinne.

Die Frau gehört ins Haus.

Zu den im allgemeinen noch vorherrschenden Ansichten über Veranlagung, Funktion und Können des weiblichen Geschlechts gehört in erster Linie der Satz: „Die Frau gehört ins Haus“. Hauswirtschaftliche Tätigkeit, die in zunehmendem Maße durch die technische Entwicklung in ihrem Funktionsbereich verringert wird, gilt immer noch als die naturgegebene Beschäftigung der Frau. Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft aber ist schon längst über solche Thesen hinweggegangen und die Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung vom Jahre 1925 zeigen gegenüber 1907 nicht nur eine erhebliche Vermehrung der absoluten Ziffer der erwerbstätigen Frauen, sondern auch vielfach eine stärkere Zunahme der weiblichen Erwerbstätigen gegenüber der Zunahme männlicher Erwerbstätiger. Die Zunahme der Erwerbstätigen betrug beispielsweise in der Textildruckerei: männliche 23,7, weibliche 38,7, in der Handels- und Verkehrsgewerbe: männliche 35,7, weibliche 41,7, in der Theaterwelt usw. und im Unterricht: männliche minus 4, weibliche 29,2.

In fünf Gewerbegruppen, nämlich im Handelsgewerbe, Bekleidungsindustrie, in der Textilindustrie, im Nahrungs-, Genussmittel-, Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, die den höchsten Prozentsatz an weiblichen Erwerbstätigen aufweisen, sind 37 bis 61 Prozent der im Gewerbe Beschäftigten Frauen und Mädchen. Diese Anteilnahme am Erwerbsleben entsprechend, den Anteil der Frauen in den Arbeiterorganisationen zu steigern, ist das Ziel für das der Internationale Frauentag wirbt.

Eine andere: Bublikopf, Tiefstiege, mit erkaitem Blick blinde Augen. „Warum sind Sie hier?“ „Dahin, weil ich keine Arbeit habe, weil zu Hause kein Platz für mich ist.“ „Wer heiratet?“ „Widig. Ist das nicht gleich?“

An die Reibe kommt ein Bauffisch, mit Lumpen bedeckt, mit schweifendem Blick und wirrem Haar. Bei unserem Erscheinen flüchtet die Kleine mit wildem Getöse. Die Freundin bringt sie zurück, nötigt sie ins Bett, deckt sie zu, beruhigt sie und plaudert mit ihr. Woher kommen die beiden? Wer sind sie? Welchen Weg wandeln diese zwei Wesen?

Im gegenüberliegenden Winkel haufen zwei andere. Der Weg ihres Lebens ist gleich erkennbar. Sie haben sich verabredet. Kennen ihr Alter nicht. „Meinen Geburtschein habe ich längst verloren“, schreit die eine, „was mich auch gar nicht zent“. „Alt sind Sie ungefähr — 15, 40 Jahre?“ „Ob 15 oder 40, egal. Meine Jahre interessieren mich nicht. Woher ich gebürtig bin, ist auch nicht wichtig. Meine Mutter jagte es nicht bei meiner Geburt, na, und ich habe sie auch nicht gefragt, wo ich mich zur Welt brachte.“

Die Freundin interessiert sich auch nicht für ihre Jahre. Sie lacht höflich, wobei die offenen Lippen klaffende Zahnlücken zeigen lassen. „Womit ich mich beschäftigen? Mit nichts! Am Tag bin ich meiner Mutter Gast, nachts bin ich hier.“ „Schwimm nicht“, sagt die Aufseherin, „bekenne, daß du stichst. Alle wissen das.“ „Wie sollte ich?“ Hier ist doch nichts abhandeln gekommen. Vor Gericht war ich noch nicht. Und wenn ich im Gefängnis war, dann nur infolge eines Irrtums. Ich gehe zur Mutter nur in Bejauch, davon lebe ich.“

Weiter hinten liegen verdächtige, runzlige, alte Weiber, mit verlogener, unfitem Blick. Wie lange sie hier sind, woher sie kommen, wo, was sie treiben, ist nicht zu erfahren. Ihre verkrüppelten Gestalten erinnern an Hezen, Märlagerinnen, weil Frauen, Fallstricke. Sie murmeln und jammern. Ihre Hand gefenkte sind verkrüppelt. Mag vermeint, stumpfe, verblödete Dost trinen vor sich zu sehen. Ekelhaft. Fliehen möchte man von ihnen.

Die weiteren Reihen rekrutieren sich aus Zuwanderern, alle vom Dorf. Eine Bäuerin, dreißigjährig. Der Mann erschlagene Sucht Arbeit. Eine andere, jung, hübsch, weiße, kräftige Zähne, bettelt. Eine Frau von 50 Jahren, mit zwei Töchtern, schwarz Reisgebäck zusammen, um ins Dorf zurückkehren zu können. Kommt um ihren Mann zu suchen, fand ihn aber nicht. „Wird schon eine andere genommen haben“, bemerkt sie demütig.

Nebenan schlafen Kinder — ein dreizehnjähriges Mädchen und ein winziges, greisenhaftes Wesen von fünf Wochen. Ich frag nach der Mutter dieser Kinder. Das Mädchen richtet sich auf. „Die Mutter bin ich.“ „Du? Wie alt bist du?“ „Zwanzig.“ „Lügt, noch keine fünfzehn“, werfen die Nachbarinnen bezwischend. Die kindliche Mutter erhebt sich und betourt ihr Kleines. Sie ist klein von Gestalt. Kindliche Manieren, kindliche Figur, kindliches Gesicht. „Ist dein Mann bei dir?“ „Ja, ist Schlaffer, schlief auch im Hof.“ „Wozum lebst du? Wo kommst du her?“ „Hort Dorf, nähre mich von milden Gaben. Gute Menschen geben schon was. Auch du kannst mir eine Kopeke geben. Bitte, bitte!“

Von Almosen leben die meisten Bewohnerinnen des Nachtasyls. Kleine, blaue, abgemagerte Kinder, oft mit erfrorenen Füßen, sind den bettelnden Frauen eine Quelle des Erwerbs. Kindern wird ja eher was geschenkt. Die Frauen ohne Kinder leben von Gelegenheiten oder von „weiblicher“ Arbeit. Lebende sind hier ziemlich vertrieben.

Solche Verhältnisse herrschen im Hof für Frauen. Da vegetieren sie zwischen Lumpen, Windeln und Dedern, zwischen zappelnden, weinenden, winzigen Wesen. Still leuzen die Mütter. In nervösen Schlaf wälzen sich junge Mädchen und Frauen. Gebt man an den Schlafstätten vorbei, vermeint man, auf dem Wege eines großen Menschenleibs, eines tiefen weiblichen Gemüts zu schreiten. In diesen Stuben, hinter Schloß und Kegel, liegen die einjamem, verlassenen Frauen, die das Leben als lästige, überflüssige Geschöpfe in den Abgrund stieß.

Die sozialen Lebensbedingungen sind immer noch größtenteils gegen die Frau gerichtet. Uebersetzen von Victor Kalinowski.

Gewerkschaftsbewegung.

Schweres Geschick.

Die Entscheidung über das Arbeitszeit-Kotageschick ist von neuem angeknüpft. In der kommenden Woche soll es endlich erörtert werden, d. h. zunächst nur hinter den Kulissen bei den Verhandlungen der Regierungsparteien. Der Reichsarbeitsminister kehrt am Dienstag nach Berlin zurück und in acht Tagen wird der Regierungsentwurf für das Kotageschick angeblich an den Reichstag gehen. Der Reichsarbeitsminister will so oder so eine Entscheidung erzwingen. Er hat ein Ultimatum gestellt und droht, daß der Regierungsentwurf, wenn es zu keiner Einigung der Regierungsparteien komme, bestimmt an das Plenum des Reichstags gehen werde. Daß dann, im offenen Kampf, die Ausschüsse auf eine Einigung im Bürgerblock noch geringer sind, liegt auf der Hand.

Zu letzter Stunde fährt der Vorsitzende der Christlichen Gewerkschaften, Herr Stegerwald, in schweres Geschick auf, um die Rechtsparteien müde zu machen. Er erklärte in München in einer beachtenswerten Rede: „Entweder die jetzige Regierungskoalition macht in einer Stunde, in der zwei Millionen Arbeitslose vorhanden sind, ein vernünftiges Arbeitszeit-Kotageschick oder sie spielt mit ihrer Gültigkeit.“ Weiter betont Stegerwald, sie für Eventualitäten gedeckt zu sein, er habe die jetzige Koalition nicht gewollt, weil er die Augen- und Innenpolitik nicht für ausreichend halte. Diejenigen, die die Koalition erzwungen hätten, müßten jetzt den Nachweis bringen, daß sie mit ihr nicht die sozialpolitische Reaktion wollten.

Ob Stegerwald mit seiner Salbe gegen die Besinnung der Kotageschickgegner Erfolg haben wird? Wir glauben es nicht. Gemäß müssen die Rechtsparteien auch auf die in ihrem Lager stehenden Arbeiternehmererwähler Rücksicht nehmen, aber sie wissen, daß ja auch das Zentrum an dem Bestand der jetzigen Regierungskoalition nicht uninteressiert ist. Für die Kasse hat das Zentrum den für seine Arbeitswähler höchst unpopulären Weg zum Bürgerblock nicht gemacht. Schulgesetz und Kontofordat, das Zentrum bei der Stange halten zu können glauben. Wahrscheinlich werden sich diese Maßbürger mit Ach und Krach noch zu einigen kleinen Zugeständnissen bequemen und dann werden sich schon die richtigen Dolmetscher finden, die die bittere Bille den Arbeitnehmern des Bürgerblocks zu verkünden sich bemühen. Stegerwald hat in München dem Bürgerblock zugerufen: „Wer regieren will, muß Opfer bringen!“ Ein Opfer wird gebracht werden. Das Opfer wird aber nicht der Verzicht des Kapitals, sondern die christliche Arbeiterschaft sein. Diese und nicht die Maßbürger sind von den Bürgerblockstrategen zum Opferlamm auserkoren.

Musiker-Elend.

Deutschland wird zurzeit von ausländischen Musikern und Kapellen geradezu überschwemmt. Die Sucht des Publikums, möglichst fremdländische Kapellen zu hören, zwingt die Konzert- und Caféhäuser, immer mehr ausländische Kapellen zu engagieren. Alle möglichen Jazz- oder Ralalaika-Kapellen tauchen auf und machen der deutschen Musikerschaft die ärgste Konkurrenz.

Gegen gelegentliche Gastspiele guter ausländischer Kapellen hat gewiß niemand etwas einzumenden, ebensowenig gegen musikalische Darbietungen hervorragender ausländischer Künstler. Bei der Abwehr der Ausländerkonkurrenz handelt es sich nicht um ausgeprobenes künstlerische Kunst, sondern um das Musikergewerbe.

Wenn sich die deutschen Musiker gegen scharfe Ausländerkonkurrenz zur Wehr setzen, so ist das schon deshalb nur allzu begründet, weil dem deutschen Musiker der Zutritt in fremde Länder so gut wie verschlossen ist. Rußland, das früher als guter Abnehmer deutscher Musik in Frage kam, scheidet heute völlig aus. Ebenso kommen England, Frankreich und Belgien für die Arbeit deutscher Musiker so gut wie nicht in Frage. Oesterreich ist selbst musikalisches Exportland. Nach Skandinavien werden u. B. höchstens nur Musiker für ganz bestimmte Stimmen engagiert, die zufälligerweise im Lande nicht zur Verfügung stehen; der deutsche Musiker wird sofort nach Erlebigung seines Engagements wieder entlassen.

Der Deutsche Musikerverband, der 25 000 Mitglieder stark ist und als Hauptvertretung der deutschen Musiker in Frage kommt, sah sich angesichts dieser Sachlage gezwungen, wiederholt bei den Behörden auf Maßnahmen gegen die ausländische Konkurrenz zu drängen. Das Auswärtige Amt hat daraufhin einen Kunderlaß an sämtliche diplomatische und konsularische Vertretungen, Poststellen und zur Erteilung von Sichtvermerken ermächtigte Konsulate herausgegeben. Der Kunderlaß betont, daß wiederholt ausländischen Musikern zum Zwecke der Berufsausübung als Mitglieder von Kilm-theater-, Restaurants- und Caféhäuserorchestern Sichtvermerke zur Einreise nach Deutschland erteilt worden sind, ohne daß eine politische Zuzugsgenehmigung beigebracht worden ist. Dies widerspricht den bestehenden Bestimmungen. Wenn auch Musiker ohne Rücksicht auf den Kunstwert ihrer Leistungen nach dem mit dem Kunderlaß vom 21. Juni 1924 überlieferten Ergänzungsbestimmungen zur Pass-Befreiung nicht als „Arbeiter“ anzusehen sind, so fallen sie doch in den oben bezeichneten Fällen ins unter den Begriff „Angestellte in nicht-leitender Stellung.“ Von diesen muß eine Zuzugsbewilligung vor Erteilung eines Sichtvermerkes verlangt werden. Auch sind nach dem oben bezeichneten Kunderlaß Angestellte ausdrücklich neben Arbeitern von der Bewilligung ausgenommen, daß im allgemeinen Sichtvermerke für nicht mehr als sechs Monate ohne vorherige Zuzugsbewilligung erteilt werden dürfen.

Der Gedinge-Nepp im Bergbau.

Eine der ergreifendsten griechischen Sagen ist die von Tantalus in der Unterwelt. Vor dem Verdammten steht ein Baum, voll von süßlichen Früchten, sobald jedoch Tantalus, von Hunger gepeinigt, die Hand nach diesen Früchten ausstreckt, schnellen die Äste zurück, und der Griff ist umsonst gewesen. Tantalus ist nur eine Sagenfigur, die Unterwelt des Kampels dagegen ist keine Sage, und das in dieser Unterwelt heutzutage übliche raffinierte Gedingesystem ist ebenfalls bittere Wirklichkeit. Keine noch so verzweifelnde Anstrengung macht es dem Bergmann möglich, den ihm durch das Gedingesystem vorgezeichneten höheren Lohnsatz zu erreichen.

Im Bergbau gibt es zurzeit keine Frage, die so viel Verbilligung und Streitzugigkeiten verursacht, wie das jetzige Gedingesystem. Wohl besteht die Bestimmung, daß das Gedinge zwischen Aufsichtsbekanntem und Bergmann vereinbart und seine Höhe so festgestellt werden soll, daß der Bergmann mindestens 15 Prozent über den tariflichen Schichtlohn hinaus verdient und daß der Durchschnitt aller Gedingearbeiter einer Schichtanlage diesen Satz auch erreicht. Aber in der Praxis sieht der berufstragende Beamte die Höhe des Gedingelohnes fest. Weigert sich der Bergmann, das angebotene Gedinge anzunehmen, dann tritt der tarifliche Mindestlohn mit nur 6,95 Mark gegenüber dem tariflichen Durchschnittslohn von 8,40 Mark in Kraft. Die Steiger dürfen über eine bestimmte Gesamtlöhnsomme für das Revier nicht hinauskommen, der Effekt ist also: Niedrighaltung der Gedingelöhne; dem Bergmann ist es nur bei uns erhöhter Anstrengung, ohne Rücksicht auf alle Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen, möglich, einen Lohn zu erzielen, der dem tariflichen Durchschnittslohn nahekommt oder ihn übersteigt. In den meisten Fällen gelingt ihm das nicht. In allen Industriezweigen, wo die Arbeitszeit eingeführt ist, gibt es Spezialitäten, die stark über den Tariflohn hinauskommen. Nicht so im Bergbau. Hier sind die Gedinge so gerechnet, daß auch der pflichterfüllteste Arbeiter den Gesamtdurchschnittslohn nicht wesentlich beeinflussen kann. So beträgt der tarifliche Durchschnittslohn seit dem 1. September vorigen

Jahres 8,40 Mark. Trotz enormer Anstrengungen ist der tariflich erreichte Durchschnittslohn im September nur auf 8,41 Mk., im Oktober auf 8,49 Mk., im November auf 8,55 Mk. und im Dezember auf 8,52 Mark gesteigert worden. Also ein verblüffend niedriger Zuwachsverdienst und ebenso eine auffallende Gleichmäßigkeit in der Anpassung an den tariflichen Durchschnittslohn von 8,40 Mark. Ein raffiniertes System!

Dieses Nepp-System, bei dem die Bergleute noch mehr wie sonst ihr Leben aufs Spiel setzen, muß weggelassen werden. Die Festsetzung eines Mindestlohnes, der höher ist als der jeweils geltende tarifliche Reparatur-Pauer-Schichtlohn, das ist das, was für den einzelnen Gedingearbeiter verlangt werden muß.

Zum Tarifstreit in der Zigarrenherstellung.

Vom Tabakarbeiter-Verband wird uns geschrieben:

Die Erregung und Empörung der schlechtesten Zigarrenarbeiter und Arbeiterinnen, anlässlich der durch das Verbot der Fabrikantenvertreter gescheiterten Reichsstarkehandlungen in Eisenach, welche sich jetzt überall in den Versammlungen hemmertbar macht, scheint den Verantwortlichen der Bezirksgruppe des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller auf die Nerven gefallen zu sein. In einem Rundschreiben der genannten Bezirksgruppe an seine Mitgliederfirmen werden die Berichte der Arbeitervertreter in Versammlungen und Presse über die Verhandlungen als falsch hingestellt. Die Bezirksgruppe macht es ihren Mitgliedern zur Pflicht, in den Zeitungen und auch in den Betrieben den Arbeitern persönlich bekannt zu geben, daß die Fabrikantenvertreter in Eisenach den Zigarrenarbeitern neben einer 4prozentigen Lohnerhöhung auch eine Zulage als Abgeltung der kommenden Mieterhöhungen angeboten hätten, so daß von einem Lohnabbau keine Rede sein könnte. Außerdem wird die Einreichung einer neuen Lohnstatistik über die im November vorigen Jahres verdienten Löhne der Arbeiter angeordnet. Wir wissen nun nicht, ob es die Angst vor der Arbeiterschaft oder die Angst vor der Öffentlichkeit ist, was die Bezirksgruppe schließlich veranlaßt hat, unteren Veröffentlichungen entgegenzutreten. Von den Arbeitervertretern ist nichts anderes behauptet und veröffentlicht worden, als was in Eisenach sich abgepielt hat. Die in dem Rundschreiben erwähnten Sonderzulagen für Mieterhöhungen sind in Eisenach nicht zugesandt worden. Wichtig ist, daß die Unternehmervertreter in Eisenach für Form- und Quellsarbeit bis zu 18 Pfund Gewicht eine Erhöhung der Löhne vom 16. März 1925 um 4 Prozent vorgehen wollten, so daß anstatt der 7 Prozent Zulage vom 7. September 1925 jetzt 11 Prozent auf die Löhne vom 16. März 1925 gewährt werden sollten. Die Löhne für Penalarbeit und die Löhne für Sortierer sollten von 7 Prozent auf 9 Prozent erhöht werden, also 2 Prozent auf den Lohn vom 16. März 1925. Die Zigarrenarbeiter hingegen sollten überhaupt keine Zulage erhalten. Zu bemerken ist aber, daß in diesen minimalen Erhöhungen die Abgeltung für die kommenden Mieterhöhungen mit einbegriffen war. Daß aber neben diesen, sich nur auf einzelne Arbeiter auswirkenden minimalen Zugeständnissen eine ganze Reihe von Verbesserungen beantragt worden waren, muß und wird der Zigarrenarbeiter und der Öffentlichkeit unterbreitet werden, weil dadurch die vorher genannten Erhöhungen nicht nur illusorisch gemacht, sondern in Anbetracht der immer trostloser werdenden Materialverhältnisse eine Vergrößerung der jetzt erzielten Löhne eingetreten wäre. Durch das schlechte Material ist bereits die Erhöhung von 7 Prozent vom 7. September 1925 zum größten Teil unwirksam geworden. Wenn wir den Verschlechterungsanträgen zugestimmt hätten, von deren Annahme die Erhöhung einzelner Positionen abhängig gemacht wurde, so hätten wir einem regelrechten Lohnabbau zugestimmt. Wir erwarten die Rechtsetzungen der Fabrikanten in der Presse. Die Arbeiterschaft wird diesen Pressenaarichten der Fabrikanten keinen Glauben schenken. In den letzten Jahren hat die Arbeiterschaft zur Genüge erfahren müssen, daß den Zigarrenfabrikanten jegliches soziale Empfinden abhanden gekommen ist. Wenn eine Lohnstatistik für die Zeit der größten Beschäftigungsmöglichkeit aufgestellt werden soll, so kann heute schon behauptet werden, daß die schlechtesten Fabrikanten auch bei den kommenden Schlichtungsverhandlungen diese Statistik wohlverwahrt in ihren Aktenstücken behalten werden, da die Löhne der schlechtesten Tabakarbeiter, auch wenn sie in der Zeit der Hochkonjunktur und der langen bis 60 Stunden währenden

Arbeitszeit erstellt wurden, den Beweis erbringen müßten, daß die Forderungen der Arbeiterschaft berechnigt sind. Wir erwarten aber auch, daß der Herr Vorsitzende der Bezirksgruppe die Löhne der Arbeiter seiner Betriebe an das Tageslicht bringt und nicht, wie bei den letzten Verhandlungen in Berlin damit hinter dem Berge hält. Durchschnittslöhne von 17,50 Mark bis 26 Mark, wie sie damals angegeben wurden, gibt es in Eisenach nicht. Dafür wird die von uns aufgestellte einwandfreie Lohnstatistik den Beweis erbringen. Bei Stundenlohnstatistiken von unter 25 Pf. pro Stunde, wie sie bei dem größten Teil der von uns erfassten Arbeiter festgestellt worden sind, kann auch bei 60stündiger Arbeitszeit niemand einen Wochenverdienst von 17,50 Mark erreichen. Was auch die Unternehmer in der schlechtesten Zigarrenindustrie zur Verbesserung ihrer sozialen Rückständigkeit unternehmen werden, wird die Empörung ihrer Arbeiter nicht befeitigen können. Das Maß ist voll, gerüttelt voll. Die Zeit nach dem 31. März wird beweisen, sollten die dahin keine befriedigenden Zugeständnisse gemacht werden, daß die schlechteste Tabakarbeiterchaft auch vor dem letzten ihr zu Gebote stehenden Mittel nicht zurückbleibt.

Rücksichtnahme auf ältere Angestellte.

Die Preussische Regierung hat einen Kunderlaß herausgegeben, der bei Stellenbesetzungen und Kündigungen besondere Rücksichtnahme auf ältere Angestellte, vor allem, soweit sie Ernährer von Familien sind, fordert. Den Dienststellen wird zur besonderen Pflicht gemacht, dort, wo sich Gelegenheit zur Beschäftigung bietet, auf ältere Angestellte zurückzugreifen. Entlassungen solcher Angestellter sollen nur dann erfolgen, wenn ihre Ueberweisung an andere Dienststellen derselben Verwaltung nicht möglich ist. Bei Ueberweisungen können Anträge auf Umzugskosten gestellt werden. Die Bestimmungen für Beschäftigung von Schwerbeschäftigten, geschützten Angestellten, Versorgungsanwärtern, Wartegeldempfängern werden von dem Kunderlaß nicht berührt.

Wie steht es denn eigentlich mit der generellen Regelung des Schutzes für ältere Angestellte und Arbeiter, wofür die Gewerkschaften nun schon vor mehr als einem Vierteljahr dem Reichsarbeitsministerium Vorschläge gemacht haben? Das Schweigen des Reichsarbeitsministeriums wird allmählich ungemüht.

Der Verband der Buchbinder erhöht seine Arbeitslosen-Unterstützung.

Die seit mehr als einem Jahre anhaltende schwere Krise in der Papiererarbeitungsindustrie hatte den Vorstand des Verbandes der Buchbinder veranlaßt, dem Beirat eine Vorlage zur Erweiterung der Arbeitslosen-Unterstützung vorzulegen, die eine Erhöhung der Unterstüzung in den fünf Beitragsklassen von 10 bis 50 Tagen vorlag. Wie stark die Arbeitslosigkeit besonders im letzten Jahre war, zeigt sich darin, daß im Jahresdurchschnitt 14,9 Prozent Mitglieder arbeitslos waren. Insbesondere zeigte sich die große Kostlage der Arbeitslosen in dem immer stärkeren Anwachsen der langfristigen Arbeitslosen. War doch nach den letzten Feststellungen des Vorstandes am 1. Februar d. J. nicht weniger als ein Fünftel der Arbeitslosen mehr als ein Jahr arbeitslos. Die Vorlage wurde mit 20 gegen 12 Stimmen angenommen; sie tritt aber erst am 1. Mai in Kraft. Die vorgeschlagene geringe Beitragserhöhung von 5 bis 10 Pf. wurde ebenfalls gutgeheißen. Die Einführung von Pflichtbeiträgen wurde jedoch abgelehnt, weil der Beirat dem im nächsten Jahre stattfindenden Verhandtag nicht vorgreifen wollte.

Am Schluß der Beratungen forderte der Beirat in einer einstimmig gefaßten Entschliessung die Durchführung eines Gesetzes, das den Arbeitslosenentzug als Höchstleistung vorzieht, sowie die Durchführung eines Gesetzes, das die Bezüge der Witwen und Arbeitsunfähigen erheblich erhöht.

Arbeitsaufnahme in Lodz.

Warschau, 21. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Lodzger Textilarbeiter haben am Montag teilweise die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streit ist als beigelegt zu betrachten. Der Arbeiterverband hat einen Aufruf erlassen, daß das Schiedsgericht den Arbeitern von der Regierung mit Gewalt aufgedrängt worden ist. Vor Sonnabend ist der Schiedspruch der Regierung nicht zu erwarten.

Wirtschaft.

Textil-Hochkonjunktur.

In der Textilindustrie herrscht, abgesehen von einigen Betrieben im Tuchgewerbe und in der Spitzenweberei, durchaus Hochkonjunktur. Die Betriebe sind bis weit in den Sommer hinein beschäftigt. In einigen Fällen liegen sogar Auftragsbestände für das ganze Jahr 1927 vor. Darüber hinaus ist, im Anschluß an den guten Ausfall der Leipziger Messe, mit einem weiteren Eingang von Aufträgen und mit Nachbestellungen zu rechnen.

Zweifellos hat der Sturz der Baumwollpreise dem guten Geschäftsgang in der Textilindustrie Vorlauf geleistet. Die Rohstofflöhne sind, besonders in der Baumwollindustrie, zum Brechen voll. Nach einer Zusammenstellung der Internationalen Föderation of Cotton-Spinners and Manufacturers Association's betrug der Baumwollankauf Deutschlands in den sechs Monaten vom August 1926 bis Ende Januar 1927 insgesamt 702 000 Ballen gegen 501 000 Ballen im Halbjahr vom Februar bis Ende Juli. Das ist eine Steigerung des Baumwollankaufs von über 40 Prozent. Leider klagen die Webereien teilweise über nicht genügende Garnbelieferung, die tatsächlich in mehreren Fällen zu Betriebseinsparungen Anlaß gab.

Am günstigsten ist die Geschäftslage nach den Berichten, die dem Deutschen Textilarbeiterverband zugegangen sind, in den Baumwollspinnereien und Webereien. Aus Nordhorn wird gemeldet: „Die Spinnereien haben nach wie vor Hochkonjunktur. Soweit Versandgarnen in Betracht kommen, werden diese, wenn sie kaum von den Spindeln genommen sind, sofort zum Versand gebracht. Die Firma Niehus & Dütting ist mit ihrem Verkauf von Garnen so weit gegangen, daß sie jetzt gewagungen ist, die für den noch vorzunehmenden Spinnereineubau angekauften Maschinen in den Räumen aufzustellen, die für die Weberei vorgesehen waren.“

Das gleiche Bild wie in den Baumwollspinnereien zeigt sich in den Baumwollwebereien. Hier klagen teilweise die Webereien über Mangel an Garnen. Aus Bayreuth wird gemeldet: „Die Ware ist kaum vom Stuhl, so wird sie schon zum Versand gebracht. Man wartet auf jedes Stück.“ Die Nordhorne Fabrikanten suchen in Holland Weber. Aus Rheine wird u. a. mitgeteilt, daß von 3399 Webstühlen nicht ein einziger stillsteht. Es wird hinzugefügt: „Die Zeiten sind gut, nur die Arbeiter verstehen nicht, die guten Zeiten für sich auszunutzen. Welche Nacht hätten sie, wenn sie organisiert wären!“ Aus Mylau-Rehlfau schreibt man uns: „Die Firma Gebrüder Uebel sucht noch immer Weber und legt hat sie an alle Eltern, deren Kinder zu Ostern die Schule verlassen, einen Brief geschrieben und empfiehlt sich, den Kindern das Weben zu lehren.“ Bemerkenswert ist hierzu, daß die Firma Gebrüder Uebel zu den „gelben Lichtern“ im Vogtlande gehört und deshalb wohl auch die Arbeiter erst immer in der letzten Not der Betriebe dieser Firma auffuchen.

In der Kammgarnindustrie ist die Lage ähnlich wie in der Baumwollindustrie. Vieles sind Doppelschichten eingesetzt worden. Aus Augsburg wird berichtet: „Die hiesige Kammgarnspinnerei ist außerordentlich stark beschäftigt. Die Aufträge reichen für das ganze Jahr aus. Ein Drittel arbeitet in zwei Schichten je acht Stunden, die anderen zwei Drittel arbeiten volle 52 Stunden pro Woche.“ Der gleiche günstige Ge-

säftsgang ist in den Damentuchwebereien zu verzeichnen. Aus Gera, Greiz und Pöhl sind Meldungen vor, daß mit Hochdruck gearbeitet wird. Sehr gut beschäftigt ist auch die Zuteilindustrie. Die Unternehmer klagen vielfach, daß die Erkrankungen der Arbeiter und Arbeiterinnen an der Grippe föhrend für die Betriebe gewesen ist. Gleich guter Geschäftsgang herrscht in der Wigognepinnerei und Weberei und in der Maßfadenindustrie. Für die Hanf- und Flachsaufbereitungsanstalten wird ebenfalls günstiger Geschäftsgang gemeldet. Der Geschäftsgang in den Trikotagenfabriken ist ebenfalls gut. Die Leinenweberei und Spinnerei ist zum überwiegenden Teil gut beschäftigt. Von der Tüll- und Gardinenweberei und der Stickereiindustrie wird guter Geschäftsgang berichtet. Die Kunstseidenfabriken sind ebenfalls nach wie vor gut beschäftigt. Die Firma J. S. Bemberg A.-G., Barmen trägt sich mit dem Gedanken, die vorhandenen Betriebsanlagen noch zu erweitern.

Die Textilindustrie hat in dem vergangenen Jahre trotz des ungünstigen Geschäftsganges erhebliche Gewinne gemacht. Im Zeichen dieser Hochkonjunktur werden diese Gewinne ganz gewaltig steigen. Hoffentlich sorgt die Textilarbeiterchaft dafür, daß ihr auch ein Teil von diesem Hochkonjunkturseggen zukommt.

Die Zahl der polnischen Konturk 1926 hat gegenüber dem Vorjahr um 219 abgenommen und im ganzen 300 betragen, wovon 192 auf Handels-, 97 auf Industrie- und 11 auf Bankfirmen entfielen.



Aus Schlesien.

Die Außenpolitische Schulungswoche der Deutschen Hochschule für Politik.

die vom 5. bis 15. März in der Breslauer Universität stattfand, hat für die Bestrebungen zur Förderung der politischen Bildung auf überparteilicher Grundlage einen großen Erfolg gebracht. Mit Ausnahme eines einzigen erkrankten auswärtigen Referenten konnten alle angekündigten Vortragenden ihre Vorlesungen bei einem durchweg über Erwartung starker Besuch durchzuführen und hatte keiner der Vorträge weniger als 200 Hörer aufzuweisen. Bei einigen der bekanntesten auswärtigen Vortragenden reichte der große Hörsaal I der Breslauer Universität gar nicht aus, um die erschienenen zu fassen. Ein kleiner Kreis von besonders interessierten Hörern versammelte sich an den Tagen nach den Hauptvorträgen, um mit den Referenten in freier Aussprache die Erörterungen über einzelne Spezialthemen noch weiter zu vertiefen. Auswärtige Referenten, die zu solchen Zusammenkünften die Zeit nicht zur Verfügung stellen konnten, gaben unmittelbar nach ihren Vorträgen Gelegenheit zu Anfragen und Einwendungen, wozu reichlich Gebrauch gemacht wurde.

Der politischen Stellung nach setzten sich die Vortragenden aus allen bedeutenden Parteien von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie zusammen, daher kamen in einzelnen Referaten auch gegenläufige Ansichten zum Ausdruck. Nicht etwa fertige Rezepte für die außenpolitische Gestaltung zu liefern, sondern in der Darstellung der Hauptprobleme die Hörer zur Auseinandersetzung mit den Problemen anzuregen war das Ziel der ganzen Veranstaltung. Die Auswahl der Themen strebte nicht so sehr Vollständigkeit der Behandlung aller Fragen der Welt-politik, als eine Auswahl derjenigen Fragen, die in Zukunft im Mittelpunkt der internationalen Machtkämpfe und rechtlichen Organisationsversuche stehen und derjenigen Probleme, die für das deutsche Volk in seiner heutigen internationalen Lage besondere Bedeutung haben, an. Von den großen Weltmächten behandelte Professor Benn-Berlin die Vereinigten Staaten; Geh. Rat Dr. Kuenzler, Direktor der „Germania“, Frankreich; Geh. Rat v. Schultze-Savernitz, England; Reichstagsabg. Professor Boetlich-Berlin, Rußland; Dr. Linde-Berlin, Japan. Von den aktuellen Sonderproblemen der deutschen Politik fand die Frage der deutschen Minderheiten im Ausland eine spezielle Behandlung durch Studienrat Prof. Hoffmann-Berlin, das außenpolitische Verhältnis zu den westlichen Staaten Polen, Tschechoslowakei, Litauen und den Nordstaaten durch Chefredakteur Sierzba-Breslau, und Universitäts-Professor Dr. Giese sprach über die alte und neue Türkei. Die Probleme der internationalen Rechtsorganisation hatte einleitend der Leiter des politischen Seminars der Hochschule für Politik, Dr. Meffers, und die Fragen der internationalen Wirtschaftsorganisation der aus Breslau stammende Ministerialdirektor Dr. Schäfer.

Eine gefällige Zusammenkunft von Referenten und Teilnehmern schloß die Veranstaltung ab. In ihr wurde besonders dem örtlichen Ausschuss der Dank ausgesprochen, der unter Leitung von Polizeipräsident Reichsmeyer alles vorbereitet und zusammen mit der Hochschule für Politik durchgeführt hatte. Der gute Erfolg der Schulungswoche hat bereits den Gedanken an eine spätere ähnliche Veranstaltung der Hochschule in Breslau angeregt.

Verlängerung der geltenden Betriebszeiten in den Bäckereien und Konditoreien.

Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet, daß der preussische Handelsminister die Frist für die nach § 5 der Bäckereiverordnung vom 23. November 1918 zulässige Verschiebung der achtstündigen Betriebszeit in den Bäckereien und Konditoreien auf die Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens bis zum 31. März 1928 verlängert hat.

Um die Nachfolge Dr. Lutafhets.

Blättermeldungen verzeichnen das Gerücht, daß an Stelle des durch seine Wahl zum Oberbürgermeister in Hinderburg ausgetretenen Dr. Lutafhets, Graf Praszma-Falkenberg zum Mitglied der Gemischten Kommission ernannt wird. Eine Bekräftigung dieser Nachricht liegt noch nicht vor.

Waldenburg. Zwei Stunden in Todesgefahr. Der Schlepper Willi Klein, der in der 12. Abteilung der Reichsgrube arbeitet, wäre kurz vor seinem 20. Geburtstage fast das Opfer seines Berufes geworden. In dem Augenblick, als seine Kameraden nach Holz gegangen waren und er allein im Pfeiler arbeitete, brach plötzlich vor und hinter ihm das Hangende zusammen. Eingesperrt in einer Höhle von kaum einem Meter Länge und Höhe war es Klein nur unter großer Anstrengung möglich, seine verschütteten Beine freizubekommen. Aus Berge und Kohlenstücken baute er sich schnell Stützpfiler, um die Dede seines Gefängnisses vor dem Einsturz zu sichern. Auf seine verzweifelten, draußen nur schwach hörbaren Hilferufe nahmen die Kameraden des Eingekerkerten sofort alle nur erdenklichen Hilfswerkzeuge in die Hand. Nach fast zweistündiger schwerer Arbeit waren die Helfer endlich bis an den Verunglückten herangefommen. Durch ein enges Loch konnte er sein Gefängnis, das ihm zum Sarge werden konnte, verlassen. Seine Wunde mit dem Abstoß usw. liegt unter den Trümmern begraben. Außer Verletzungen an den Beinen trug Klein vorläufig keinen Schaden davon.

Waldenburg. Bau eines Polizeipräsidiums. Am vergangenen Freitag hat sich eine Ministerialkommission, bestehend aus Vertretern des Ministeriums des Innern und des Ministeriums der Finanzen, die in Waldenburg über den Umfang und die Unterbringung der künftigen staatlichen Polizeiverwaltung Waldenburg verhandelt. Hauptsächlich des künftigen Polizeibezirks bestand Einigkeit darüber, daß dieser sich im großen und ganzen den Grenzen des neuen Groß-Waldenburg anschließen müsse und mit der Eingemeindung und Verstaatlichung am zweckmäßigsten Hand in Hand gehe. Für den Neubau des Polizeipräsidiums wurde der in Aussicht genommene Bauplatz an der Sandstraße in Augenschein genommen und geeignet befunden.

Lauban. Aus der Stadtverwaltung. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der Ankauf des Geländes der Volkeregenossenschaft, das sonst Privatunternehmern in die Hände gefallen wäre, beschlossen. Der Schlesischen Heimstätten-Verein soll ein größeres Baugelände an der Göttinger

Eisenbahnstrecke überlassen werden, um eine Parallelstraße zur Lindenstraße mit zwanzig Wohnungen auszubauen. Der Herr Regierungsräsident hat der Heimstätten-Verein für diesen Zweck 40.000 Mark aus dem Hauszinssteuererträgen überlassen. Die Stadt hat sich das Vorkaufsrecht dieser Bauten vorbehalten und will auf diese Art Kleinwohnungen außerhalb der städtischen Bauregeln schaffen. Der Gaspreis wird von 22 Pfennigen auf 20 Pfennige herabgesetzt.

Oppeln. Hundesperre. Mit Wirkung vom 19. März ist auch über den Stadtkreis Oppeln wieder die Hundesperre verhängt worden. Die Maßnahme ist auf einen Tollwutfall in Grotzowitz zurückzuführen. Auch über die bisher nicht betroffenen Teile des Landkreises Oppeln wurde die Sperre wieder verhängt.

Groß-Strehlitz. Sinken der Arbeitslosenziffer. In der letzten Berichtswoche verzeichnete der hiesige Arbeitsnachweis eine leichte Besserung der Arbeitsmarktlage. Die Ziffer der unterstützten Erwerbslosen hat sich um 295 verringert.

Hinderburg. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Im Kampf um tägliche Brot verlor der Häuer Joseph Kuffa aus Hinderburg auf der Kontorbiagrube sein Augenlicht. Er war beim Sprengen beschäftigt und wollte einen Versager mit der Keilhaue heraustreiben. Das Geschloß explodierte und riß ihm beide Augen aus.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Altendorf. Sozialistische Arbeiter-Jugend. Heute Abend kommen wir um 8 Uhr in der evangelischen Schule zum Volkstanzabend zusammen. Arbeiterkinder, die Ostern die Schule verlassen, sind herzlich eingeladen.

Fortlieb-Altendorf-Ariern und Umgegend. Öffentliche Kirchenaustrittsversammlung. Im Rahmen der Kirchenaustrittswoche veranstaltet die Reichsarbeitsgemeinschaft der freiwilligen Verbände der deutschen Republik (Ortsgruppe des Verbandes für Freirecht und Feuerbestattung) am Mittwoch, den 23. März, abends 8 Uhr, bei Conrad in Altendorf eine große öffentliche Versammlung. Gefinnungs-freund, Lehrer Schirde wahn, spricht über das Thema: „Der neue Staat — die alte Kirche!“ Eingeladen sind alle Kopf- und Handarbeiter, namentlich die Frauen. Die Geistlichkeit und die Lehrtätigkeit wird besonders ermartet. Alle Gegner der freigeistigen Weltanschauung haben freie Aussprache.

Schwoitz. SPD. Donnerstag, 24. März, abends 7½ Uhr, findet im Lokal von Hoffmann unsere ständige Mitgliederversammlung statt. Referent ist Genosse Schiffer. Vollständiges Erscheinen ist notwendig. Gäste können eingeführt werden.

Oswitz. Aus der Partei. Am Mittwoch, den 23. März, abends 8 Uhr, findet in der Volkshalle unsere ständige Mitgliederversammlung statt. Da wir mitten in der Werbeweche für die „Vollswacht“ stehen, wird zahlreicher Besuch erwartet. Genosse Müller-Breslau wird ein wirtschaftspolitisches Referat halten. Auch Gäste und besonders die Frauen sind herzlich eingeladen.

Maria-Höfchen. Die Eingemeindung beschlossen. Am Sonntag, den 18. März, tagte im Preis'schen Lokal eine Gemeindevorstandssitzung. Die Tagesordnung lautete: 1. Beschlußfassung über Unterzeichnung des Eingemeindungsvertrages mit der Stadt Breslau. 2. Festsetzung der Entschädigung für abgetretenes Gelände. 3. Wahl einer Prüfungskommission für die Jahresrechnung für 1926. 4. Verkauf von Gelände an Sachs und Schiedewitz. 5. Anträge und Mitteilungen. Genosse Knobloch kennzeichnete in kurzen Worten den Werdegang der Eingemeindungsfrage. Der vorliegende Vertrag wurde einstimmig angenommen und im Anschluß daran die übrigen Tagesordnungspunkte erledigt.

Stabelwitz-Beipe-Petersdorf. SPD. Die für Sonnabend und Sonntag angelegten Versammlungen mußten wegen plötzlicher Erkrankung der Referentin ausfallen. Wir bringen aber hiermit sämtlichen Versammlungsbesuchern und Parteigenossen zur Kenntnis, daß diese Versammlungen in allerhöchster Zeit bestmöglich stattfinden werden.

Wigen. SPD. Sonnabend, den 26. März, abends 7½ Uhr, im Lokal von Pfeiß, Mitgliederversammlung. Es gibt wichtige organisatorische Fragen zu besprechen. Aus diesem Grunde muß jeder Genosse mit seiner Frau hierzu erscheinen. Unser Parteisekretär wird einen Vortrag halten.

Broda. Öffentliche Volksversammlung. Freitag, den 25. März, abends 7½ Uhr, findet bei Mendel eine öffentliche Volksversammlung der Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände der Deutschen Republik statt. Das Thema lautet: „Der neue Staat — Die alte Kirche.“ Redner: Lehrer Schirde wahn-Breslau. Genossen, macht eure Verwandten, Bekannten und Mitbewohner auf diese Versammlung aufmerksam. Es gilt, die alten Vorurteile der Kirche zu überwinden. Massenbesuch wird erwartet.

Neumarkt. Von der Protektion des Landhundes. Nachdem im Laufe der vergangenen Woche in allen Orten des Kreises ein Flugblatt zur Verteilung gelangte, worin die Landwirte des Kreises Neumarkt zu öffentlicher Kundgebung für Sonnabend, den 19. März, aufrief, wußte man schon im voraus, daß bei solch begünstigten Forderungen viele Landwirte der Einladung Folge leisten würden. So haben wir am Sonnabend die großen Bauern per Auto oder Gespann, die mittleren und kleinen Bauern mit einfachen Beiwagen oder auf Schultern Kappen nach der Kreisstadt ziehen. Gegen 11 Uhr bereitete sich ein Zug von einigen Tausend Teilnehmern durch die Stadt, um auf dem Oberring Aufstellung zu nehmen. Wer der Veranstalter des Ganzen war, konnte man sofort an der Persönlichkeit der Redner feststellen. Es sprachen unter anderem v. Richthofen-Boguslawitz, v. Schiller, Lobetitz, und der im Kreise rühmlichst bekannte deutschnationale Parteisekretär Hennig-Wieha. Die Forderungen: Höhere Schutzgölle, Beschränkung der Zollfreien Gefrierfleischzufuhr, Senkung der Steuern und ähnliche Dinge. Aber die Herren Großgärtner hatten Vorzüge getroffen, daß die Stadt auch „wirkliche“ Not zu sehen bekam und bei ihnen beschäftigte Landproleten mittels Kastenwagen herbeigebracht, ihnen zur Stärkung Korn und Zigaretten spendet, aber nicht etwa auch für sie eine andere Lebenshaltung gefordert wurde. Die Kundgebung glückte einem großen Jahrmarkt und die Gastwirte, Fleischer, Händler usw. sind von dem Wunsch befeuert, bald wieder mit einer derartigen Kundgebung beglückt zu werden, wo Not und Glend so trag zum Ausdruck kamen. Selbstverständlich erkennt die Verbraucherschaft die berechtigten Forderungen der mittleren und kleinen Bauernschaft an. Die Verbraucherschaft tritt gern dafür ein, daß diesem Lebensmittelproduzenten auch die Gewähr gegeben wird, bei der steuerlichen Erfassung nicht völlig ausgepumpt zu werden. Durch Schutzgölle und Einfuhrverbote werden aber gerade jene Schichten der Bauernschaft wesentlich zu leiden haben und in keiner Weise die geringste Verringerung ihrer Lebenslage bekommen. Um der Verbraucherschaft und allen an objektiver Betrachtung interessierten Kreisen zu zeigen, welche Gefahren mit den Landbun-forderungen verbunden sind, wird in der heute, Dienstag abend, im „Gelben Löwen“ stattfindenden öffentlichen Volksversammlung Aufklärung gegeben. Verbraucher Neumarkts, sorgt für Massenbesuch!

Aus dem Kreise Nimptsch.

Vom 3. d. M.

Der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Nimptsch, hielt am Sonnabend nachmittag, 5 Uhr, seine März-Versammlung im Vereinslokal „Schwarzer Adler“, ab. Der Vorsitzende, Kollege Morawek eröffnete mit Begrüßungsworten die Versammlung und nahm sodann das Wort zu dem Bericht über die Konferenz in Bad Salzbrunn. Redner besprach zunächst den auf dieser Konferenz gegebenen Geschäftsbericht des Kollegen Wachner-Breslau mit den darin behandelten Themen wie Kassenbericht, Gewerkschaftsarbeit, Rechtschuttsfragen, Mühlstundentag, Betriebsrätegesetz, Jugendfragen, sowie Angelegenheiten der Erstkasse, und ging dann über zu dem Referat des Kollegen Urban-Berlin über „Aufgaben des Verhandlungslages“, das Sachungsänderungen, Beitragsneuregelung, Altersfürsorge, Ausfluchtbeihilfe, Sterbegeld behandelte. Darauf ging Berichterstatter auf die wichtigsten Anträge der einzelnen Ortsgruppen sowie deren Erledigung ein. Als Delegierter zum Verbandstag sind für Niedererschlesien die Kollegen Fiedler-Frankenstein und Wüch-Riegnitz gewählt worden. Zu Punkt 2 gab Kollege Riehnel den endgültigen Kassenbericht für das Jahr 1926, das bei einer Einnahme von 1046,08 Mark und einer Ausgabe von 965,89 Mark mit einem Bestand von 80,14 Mark abschließt. Die Versammlung erteilt dem Kassierer Entlastung. Anschließend gibt Kollege Riehnel bekannt, daß er sein Amt als Kassierer der Erstkasse niederlegt. Kollege Morawek bespricht die Beitragszahlung der hiesigen Ortsgruppe, die statutengemäß nicht korrekt ist, da der Beitrag nicht für den laufenden Monat, sondern nachträglich gezahlt wird. Der Vorsitzende macht den Vorschlag, zur Erleichterung den rückständigen Beitrag in zwei Raten nachzutragen, so daß am 1. Mai sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß ihre Marke kleben. Dem Vorschlag wird auf Antrag des Kollegen Witt entsprochen. Ueber die Notwendigkeit einer richtigen Beitragszahlung spricht kurz noch Kollege, Bezirkssekretär Bengmann-Reichenbach. Die vorgelegene Besprechung der Erstkassenmitglieder wird wegen mangelnder Beteiligung verschoben. Gegen 7 Uhr konnte Kollege Morawek die Versammlung mit Dankesworten schließen.

Aus der Partei.

Die fällige Monatsversammlung der SPD, Ortsgruppe Nimptsch, fand am vergangenen Sonnabend in der „Grünen Wiese“ statt. Der Besuch war gut. Eröffnet wurde die Versammlung durch Vorsitzenden Genossen Melzig, der sodann die Verteilung der Flugblätter für die Presse-Werbeweche vornahm. Sämtliche um Nimptsch liegende Ortshäuser werden durch Genossen mit Flugblättern belegt werden. Der Bericht über den Bezirksparteiabend mußte wegen Nichterscheinens des erwarteten Referenten abgelehnt werden. Ueber die Werbeweche für die Presse sprachen die Genossen Melzig, Witt und Baschdorf, die zu intensiver Werbearbeit aufriefen, da die Presse das geistige Rück-zug des Arbeiters ist. Genosse Dreier zeigte an einigen Beispielen, wie man der sozialdemokratischen Presse auch bei Gegen-wertung und Einzug verschafft. Im Regierungsbezirk Breslau stehen acht sozialdemokratischen Zeitungen 125 bürgerliche Organe gegenüber, darunter 22 deutschnationale Zeitungen, 3 völkische, 13 Zentrumsblätter, 5 demokratische und 82 sogenannte partei-lose. Hieran läßt sich ersehen, was für ungeheure Arbeit noch geleistet werden muß, ehe wir das geistliche Ziel: „in jedes Arbeiterhaus die sozialdemokratische Zeitung“, werden erreicht haben. Ratteier. Es wird beabsichtigt, einen imponierenden Demonstrationzug zu veranstalten. Seit Jahren hat Nimptsch keine Demonstration zum 1. Mai mehr gesehen. Landarbeitersekretär, Genosse Baschdorf, versprach, schon jetzt unter seinen Mitgliedern besonders im Kreise für die Maiseier zu propagieren und glaubte versprechen zu können, für diesen Tag eine stattliche Anzahl Landarbeiter auf die Beine zu bringen. Zur Erledigung der Vorbereitungen wird eine Kommission, bestehend aus den Genossen Furch, A., Schröder, Werner, Röhler und Witt gewählt. Die Kommission wird in den nächsten Tagen zusammenzutreten. Genosse Paul Schröder wird als Delegierter zur Unterbezirks-konferenz nach Strehlen gewählt. Nach einer Aussprache über Ortsgruppenangelegenheiten wird die Versammlung gegen 11 Uhr geschlossen.

Doppelte Federung

Ihres Wagens erzielen Sie durch den Niederdruck-Reifen. Er wirkt wie ein weiches Kissen, dämpft alle Stöße der Straße und leitet sie nicht auf den Wagen weiter. Ihr Wagen läuft selbst auf schlechtesten Straßen ruhig mit:

Continental

Reifen

„Fahr' Conti und Du bleibst dabei!“

Dames 5 Wg.

Memphis 5 Wg. Ill. Sorte 6 Wg.



die beliebtesten Zigaretten-Marken
der Österr.-Zabai-Regie